Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. Januar 1978
Jg. 6 Nr. 2

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Die schwedische Arbeiterklasse kämpft um das Streikrecht

In allen Industriezweigen führen die schwedischen Arbeiter gegenwärtig heftige Streikkämpfe für höhere Löhne. Die Kapitalisten versuchen, durch drastische Geldstrafen diese Kämpfe zu zerschlagen. Das ist ein entschiedener Angriff auf das Streikrecht. 80 Arbeiter des Konsum-Zentrallagers in Umeo wurden zur Zahlung von 300 Kronen wegen „wilden" Streikens verurteilt. Im Januar sollen die Arbeiter der Teppichfabrik Tarkett in Ronneby zu 1200 Kronen und die Arbeiter der Wäscher IMA in Sundsvall zu 900 Kronen aus den gleichen Gründen verurteilt werden. Gegen die Absichten der Kapitalisten stehen die Kämpfe der Arbeiter, die unter allen Bevölkerungsschichten große Unterstützung finden. Für die Streikkasse der Arbeiter des Konsum Zentrallagers sind bereits 50000 Kronen gespendet worden. Wegen des starken Protestes aus allen Teilen des Landes gegen die verhängte Geldstrafe mußten die Konsum-Kapitalisten, deren Vorstandsvorsitzender gleichzeitig im sozialdemokratischen Parteivorstand ist, den Arbeitern die Zahlung der 300 Kronen Geldstrafe erlassen.

Rekordkündigungszahlen bei der britischen Polizei

4243 Polizeibeamte verließen in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres den Dienst der britischen Polizei vor dem Pensionsalter. 1976 betrug die Zahl der Kündigungen 3287, 1975 3657. Von den 4243 kündigten über 1000 bei der „Metropolitan police" Londons, die eine Gesamtstärke von 22500 Mann hat. Die Imperialisten sind besorgt um die Funktionsfähigkeit ihres Unterdrückungsapparates. Dementsprechend nimmt die direkte Korruption der Polizeioffiziere zu. Erst vor zwei Wochen mußte der Polizeichef der Grafschaft Lancashire deshalb abgesetzt werden.

Als Ursache der Kündigungen werden von der Bourgeoisie der Einsatz der Polizei gegen die Arbeiterklasse bei einer Bezahlung wie die der Arbeiter genannt: „Anforderungen an die Polizei zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, wie die Notting-Hill Krawall und die Grunwick-Auseinandersetzungen, dazu die hohen Lebenshaltungskosten und die unbefriedigende Bezahlung". (Daily Telegraph)

8600 italienische Arbeiter besetzen Nahrungsmittelfabriken

8600 italienische Arbeiter besetzen Nahrungsmittelfabriken

Um die Entlassung von fast 5000 zu verhindern, halten die 8600 Arbeiter des italienischen Nahrungsmittelkonzerns Unidal seit dem 29.12. die acht Fabriken des Konzerns in Mailand, Verona und Süditalien besetzt. Mit den Marken Motta und Alemagna hat Unidal in Italien das Monopol für Speiseeis und Gebäck. Unidal, das zum Staatsmonopol IRI gehört, hatte allein im ersten Halbjahr 1977 28,4 Mrd. Lire (71 Mio. DM) Verlust gemacht. Um die Exportbranche wieder konkurrenzfähig zu machen, will das italienische Finanzkapital Unidal „sanieren". Zum Jahresende wurde der Konzern liquidiert, die profitablen Teile in einer Auffanggesellschaft zusammengefaßt und die Eisfirma dem privaten Kapital zum Kauf angeboten. Die Auffanggesellschaft will nur 3600 Arbeiter übernehmen. Die Arbeiter fordern die Weiterbeschäftigung aller. Aus vielen anderen Betrieben kommen zur Unterstützung Delegationen in die besetzten Unidal-Fabriken.

Die Befreiungsarmee von Zimbabwe trägt den Kampf in die Städte des Siedlerregimes

ZANLA-Kämpfer haben zu Beginn des neuen Jahres in der Nähe von Salisbury drei Polizisten erschossen, nach Presseberichten vor einer „Bierhalle". Tatsächlich handelte es sich nach Mitteilung der ZANU um ein Offizierskasino. Bereits im Dezember waren drei Polizisten in einer Afrikaner-Siedlung nur 4 Kilometer vor der Stadt erschossen worden. Die britische Zeitung „Guardian" berichtet, daß die rhodesischen Behörden die Angaben der Befreiungsorganisationen bestätigen mußten, wonach sich bereits eine größere Zahl bewaffneter Kämpfer in Zivilkleidung in der Stadt selbst aufhält. „Terrorismus im Gebiet von Salisbury ist daher keine Überraschung für die Militärs, die im vergangenen Jahr ein ‚Vereinigtes Operationskommando' in der Hauptstadt gebildet haben. Die Behörden sind jedoch ebenso machtlos, diese Infiltration zu verhindern, wie sie auch nicht in der Lage waren zu verhindern, daß Guerillas inzwischen alle Afrikaner-Reservate im ganzen Land infiltriert haben dürften." (The Guardian, 6. Januar 1978) – Am 29. Dezember drangen ZANLA-Kämpfer in ein Comupter-Zentrum mitten in Bulawayo ein, schickten die Angestellten hinaus und sprengten die Maschinen.

Schmidt auf Reisen: Versuch, aus der Konkurrenz der Supermächte Kapital zu schlagen

„Wir alle hängen voneinander ab", drohte Schmidt als Repräsentant der westdeutschen Finanzbourgeoisie am Vorabend seiner Reise nach Ägypten. Protektionismus auf einer Seite würde durch Protektionismus an anderer Stelle beantwortet, erklärte er. Wenige Tage vor Aufbruch Carters zu seiner „kleinen Weltreise" schickte die westdeutsche Bourgeoisie ihr Hamburger Krokodil an den Nil, in die „Schlüsselzone der Weltpolitik".

Mit dieser jüngsten Schmidt-Reise wollen sie „eine Tradition deutsch-ägyptischer Beziehungen, die weit bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen", fortsetzen sowie ihren Führungsanspruch in der EG unterstreichen. Begeistert schreibt Augstein: „Es war am vergangenen Dienstag in Kairo – gerade so, als wäre nicht der deutsche Bundeskanzler, sondern der Präsident von Europa zu Besuch gekommen." Schmidt gibt sich ganz als „Vorkämpfer für eine aktive europäische Rolle im Nahen Osten". Vor seinem Abflug hatte er den französischen Staatspräsidenten in *nächtlichen* Telefongesprächen zurechtgewiesen, die Finger ja aus dem Spiel zu lassen und Sadats „Nahost-Alleingang" nicht zu desavouieren. Offensichtlich hat er Giscard d'Estaing unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß die westdeutsche Bourgeoisie keinerlei Querschüsse von Seiten des französischen „Partners" wünsche. „Die europäischen Partner *fürchten sich nicht* vor einem *eigenen* Beitrag", das war Schmidts Erklärung an die Adresse der beiden Supermächte gerichtet.

Diesen eigenen Beitrag ließen (sich) die westdeutschen Imperialisten gründlich vorbereiten: Mitte September 1977 schickten sie den ehemaligen Bundesfinanzminister Alex Möller zusammen mit fünf weiteren Agenten vom Institut für Entwicklungspolitik aus Westberlin sowie der Weltbank vom Institut für Entwicklungspolitik aus Westberlin sowie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds für längere Zeit nach Ägypten, um das dortige Terrain für die Finanzbourgeoisie zu sondieren. Geprüft werden sollten die Bedingungen, Ägypten weiter in die Schuldknechtschaft zu treiben und für das westdeutsche Finanzkapital die Möglichkeiten zur Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter und Bauern zu verbessern. Nichts ließ Alex Möller unversucht, der Bourgeoisie den Weg zu verschaffen, sich direkt in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen: „Die ausländische Wirtschaft *beschwerte* sich *zu Recht* über die Unbeweglichkeit des öffentlichen Dienstes in Ägypten", stellte Möller unumwunden fest. „Die wirtschaftliche Gesundung Ägyptens muß auch eingeleitet werden durch die Orientierung des Bildungssystems an Produktivität und Leistung und durch die Reform des industriellen Managements." Für die ausländischen Investoren erwartet Möller „mehr Spielraum. Ihre Tätigkeit dürfe nicht länger durch unübersehbare Risiken erschwert werden. Für die finanzielle und wirtschaftliche Neuorientierung Ägyptens sei eine „finanzielle Atempause" unerläßlich. Ägypten, das in den letzten Jahren seine Anstrengungen verstärkte, die alten Abhängigkeiten vor allem vom Sozialimperialismus zu zerschlagen, soll zum Tummelplatz westdeutscher Kapitale gemacht werden. Die Sozialimperialisten hatten Ägypten gezwungen, die Rüstungslieferungen mit Rohstofflieferungen zu zahlen, was eine erhebliche Einschränkung der Warenanteile für den Export auf dem Weltmarkt zur Folge hatte. Die Gesamtschuld Ägyptens ist dadurch so angewachsen, daß sie den Wert eines ganzen jährlichen Nationalprodukts überstieg. Die klaffenden Löcher in der Handelsbilanz versuchte Ägypten, um aus dem Würgegriff des Sozialimperialismus herauszukommen, durch Aufnahme von Krediten zu schließen. Diese Lage wurde von den westlichen Imperialisten sofort dazu genutzt, die Zinsen für die Kredite auf bis zu 22% heraufzusetzen und kurze Laufzeiten zu diktieren.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Streikkämpfe in Indien



In Indien streiken 900000 Arbeiter und Angestellte des Staates Naharashtra in der vierten Woche für die gleiche Bezahlung wie die Angestellten des Zentralstaates. Sie werden von der Gewerkschaft der Angestellten bei der Zentralregierung unterstützt. Alle großen Gewerkschaften Bombays, der Hauptstadt Nahrashtras, haben am 30.12. einen Sternmarsch zur Unterstützung der Streikenden durchgeführt. Die Regierung hat am 2. Januar versucht, eine Massenkundgebung aufzulösen und hat dabei 500 Streikende festnehmen lassen. Am 29./30.12. haben 40000 Bankangestellte im ganzen Land, 15000 in Neu Delhi, gestreikt und in den großen Städten die Geschäfte der Imperialisten völlig lahmgelegt. Unser Bild zeigt die Angestellten einer Bank, nachdem sie am ersten Streiktag aus der Bank auf die Straße zu Kundgebungen gezogen sind. (Neu Delhi)

Der Streik der Beschäftigten des Staates Assam ist nach 17 Tagen am 2. Januar beendet worden. Über das Ergebnis ist uns noch nichts bekannt. – Die Grundschullehrer des Staates Uttar Pradesh streiken seit mehreren Wochen für bessere Arbeitsbedingungen und höheren Lohn. Die Regierung hat Tausende ins Gefängnis werfen lassen. Am 2.1. führten die Grundschullehrer Indiens einen nationalen Protesttag durch. Inzwischen hat die Regierung von Uttar Pradesh erklärt, alle Lehrer, die ihrer Pflicht nicht nachkommen würden, seien ab einem festgelegten Datum entlassen. Der indische Gewerkschaftsbund hat gegen diese Maßnahmen protestiert. Am 9.2. soll ein Solidaritätstag in allen Bundesstaaten durchgeführt werden.

Vier Millionen Mark mehr für Schülermonatskarten: „Maßvoll und im Kleinen"

Perspektiven der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat

„Die Bevölkerung habe Verständnis für Fahrpreiserhöhungen, wenn sie wegen der Kostensteigerung begründet sind und außerdem maßvoll und im Kleinen", propagiert die „Neue Hannoversche Presse" die Beschlüsse der Stadtregierung Hannovers zur für den 1.3.1978 geplanten Erhöhung der Fahrpreise für Schülermonatsfahrkarten. Nach Schätzungen der Üstra, der zuständigen Nahverkehrsgesellschaft, fahren täglich 70000 Schüler aus dem Großraum mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Ein Teil von ihnen, im Tarif I, soll statt bisher 20 DM dann 25 DM zahlen und der andere Teil statt 28 DM 35 DM; das heißt, die Eltern sollen es zahlen. 6 DM auf 10 Monate und 70000 Schüler, eine leichte Überschlagsrechnung – über vier Millionen DM sollen den lohnabhängigen Eltern aus der Tasche gezogen werden.

Um 6 Prozent durchschnittlich hat Hamburg am 1. Oktober die Fahrpreise in der 1,7 Millionenstadt erhöht. Der sogenannte Kostendeckungsgrad aus der gesteigerten Ausplünderung sei trotzdem von 60% auf 58% zurückgegangen. An eine weitere Tariferhöhung im Jahre 1978 sei „gleichwohl" nicht gedacht. So der Hamburger Wirtschaftssenator Dr. Wilhelm Nölling, hier in seiner Eigenschaft als Ratsvorsitzender des Hamburger Verkehrsverbundes.

Mit den aus der Erhöhung erwarteten Mehreinnahmen von 20,4 Millionen DM will sich der Senator im Namen des Vorstands der HVV für ein Jährchen zufriedengeben. Nein, in dieser Zeit will sich Hamburg darum bemühen, eine „Verbesserung" der Kostenbeteiligung einiger Schleswig-Holsteiner Nachbarkreise zu erwirken – auch eine Art Wahlkampfpolitik der bürgerlichen Parteien, sich in Fragen der Ausplünderung gegenseitig auszustechen und dann noch wechselweise in die Schuhe zu schieben –, immer sind es die Massen, die zahlen sollen.

Alle zwei Jahre die Fahrpreiserhöhung, dazwischen im Wechsel die Erhöhungen von Gas und Strom. Es sind ja nur Pfennige: Zum Beispiel ist es Hamburg jetzt von der Bundesregierung genehmigt worden, den Kohlepfennig zur Förderung der Kohleförderung von bislang 4,5 auf 4,9 Pfennig pro kWh zu erhöhen. Eine Erhöhung von 0,4 Pfennig, die auf 787 Millionen kWh, die 1976 für die öffentliche Versorgung verbraucht wurden, schon 3,15 Millionen DM Mehreinnahmen des bürgerlichen Staates, hier des Hamburger Senates, im Jahr ausmachen.

Der Oberstadtdirektor von Hannover kündigt eine Strompreiserhöhung für März 1978 an: in der Tarifgruppe I von 12,8 auf 13,5 Pfennig und im Tarif II von 9,8 auf 10,5 Pfennige – die bisherigen Tarife seien drei Jahre stabil geblieben. Die Ruhrkohle AG, die die Stadtwerke Hannover beliefert, hat zum 1. Januar 1978 Preiserhöhungen von 10% angekündigt. Damit sei eine Pause von zwei Jahren eingetreten, erfährt man von dem Ruhrkohlevorstandsvorsitzenden, „Mehr könne der Ruhrkohle AG nicht zugemutet werden", ließ er im Oktober 1977 verlauten.

Keine Pause in der Plünderung der Massen:

Die Subventionen für die Kohleförderung, die 1975 noch bei 1,7 Milliarden DM gelegen haben, sollen im Jahre 1978 auf 4 Milliarden DM ansteigen – ein Trost – einschließlich des Kohlepfennigs. Über 200 DM müssen dazu jedem einzelnen Lohnabhängigen geplündert werden, um diese 4 Milliarden für die Profite der Kohlebarone aufzubringen.

Die Informationsgesellschaft der Elektrizitätswirtschaft äußert sich sehr befriedigt über die staatlichen Plünderungsmaßnahmen. Sie schließt aus der noch wachsenden Bedeutung der gemischtwirtschaftlich organisierten Stromversorger (Stromversorger überwiegend im Eigentum öffentlicher Hände), daß in einem „enggeflochtenen Netz staatlicher Vorschriften, in deren Rahmen sich unternehmerische Initiative entfalten kann, die EVU (Elektrizitätsversorgungsunternehmen) zum Unterpfand einer sicheren und preiswerten Energieversorgung werden".

Weitere positive Aspekte dafür, daß die Preise für Kohle und Koks „unverändert" bleiben: Produktivitätssteigerung von über sechs Prozent und der „Zuspruch" der Jugendlichen. Zum Ende des Jahres 1977 befinden sich etwa 16000 Jugendliche in der Ausbildung im Bergbau. „Für den Steinkohlebergbau eine Investition in die Zukunft." Für die Arbeiterklasse ein Raubbau an der Arbeitskraft ihres Nachwuchses und Mittel zum weiteren Lohndruck.

Plünderung durch ihren geschäftsführenden Ausschuß, den bürgerlichen Staat, Lohnsenkung durch die vereinigten Kapitalisten – dagegen kann die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die imperialistischen Zersetzungsversuche gegen die OPEC-Länder scheitern

. Mit dem Beschluß, die Ölpreise nicht zu erhöhen und eine erneute Konferenz am 15. Juni dieses Jahres durchzuführen, endete am 21. Dezember 1977 die fünfzigste Konferenz der OPEC-Mitgliedsstaaten (Iran, Irak, Algerien, Nigeria, Libyen, Kuweit, Saudi-Arabien, Vereinte Arabische Emirate, Katar, Venezuela, Ecuador, Indonesien). Die ölproduzierenden Staaten der Länder der Dritten Welt nehmen durch diesen Beschluß hohe, nicht ausgeglichene Verluste durch Inflation und Dollarabwertung hin. Erhalten haben sie jedoch ihre Einheit gegen die Imperialisten und haben deren Druck standgehalten.

Vor einem Jahr hatten sie mehrheitlich eine Erhöhung von zweimal fünf Prozent in einem Abstand von einem halben Jahr beschlossen, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate beschlossen eine einmalige Erhöhung um fünf Prozent. Die übrigen OPEC-Staaten verzichteten daraufhin auf die zweite Anhebung, so daß ein einheitlicher OPEC-Preis bestehen blieb.

Vor der Konferenz sprachen die Imperialisten noch von „Preistauben“ und meinten damit Saudi-Arabien und Persien, die eine Ablehnung von Preiserhöhungen unter dem Druck der Imperialisten bekanntgegeben hatten, und von „Preisfalken“, wenn sie von den Ländern sprachen, die Erhöhungen zwischen 5 und 20 Prozent forderten. Gegen derlei Spaltungsversuche und Hetzpropaganda hatte der venezolanische Minister für Bergbau und Energie eine Woche vor Beginn der Konferenz erklärt:

„Die OPEC ist eine positive Organisation vom Standpunkt der Länder der Dritten Welt aus. Mit dieser Organisation haben unsere Länder ihre Stimmen erhoben. Obwohl die Mitgliedsstaaten der OPEC unterschiedliche Zielvorstellungen haben, sind sie doch alle der Meinung, daß sie ihre Zielvorstellungen so bestimmen müssen, daß die anderen sie akzeptieren können und erneut zu demonstrieren, daß es für die Mitgliedsstaaten wichtiger ist, Einheit und Solidarität zu bewahren. Die OPEC gewinnt an Stärke, und ihre Einheit ist mit jedem vergangenen Tag gestiegen.“ (Hsinhua, 16.12.77)

Die Einheit zu bewahren, um nicht in Konkurrenz übereinander herfallen zu müssen, war aufgrund der Erpressungen der Imperialisten vor der Konferenz nicht einfach.

Die OPEC-Länder streben an, die Abhängigkeit von den Imperialisten durch den Aufbau einer eigenen Industrie zu lockern. Auf einer Tagung im Oktober 1977 in Wien hatte der Generalsekretär der OPEC, Ali M. Jaidah, hervorgehoben, daß es für die OPEC-Staaten notwendig sei, eine eigene Verarbeitungsindustrie aufzubauen. Der Anteil der Ölproduktion der OPEC-Staaten an der Weltölproduktion liegt bei ca. 50 Prozent, wogegen die Raffineriekapazitäten der OPEC am Weltanteil nur 6 Prozent, die der Petrochemie nur 3 Prozent ausmachen. In mehrfacher Weise fallen die Imperialisten über die Länder her. Sie beuten die Arbeitskräfte aus, plündern die Rohstoffe, sie verkaufen ihnen die zu Produkten von den Arbeitern in den imperialistischen Ländern verarbeiteten Rohstoffe zu Monopolpreisen, und sie bereichern sich an den Zinsen bei der Lieferung von Geld und Mitteln für den Aufbau der nationalen Industrie dieser Länder. Für Saudi-Arabien, das derzeit eine Tagesförderung von 1,4 Millionen Tonnen Rohöl hat, an der sich Texaco, Standard Oil Company of California, Exxon, Mobil Oil bereichern, nimmt sich das z.B. so aus:

„Es begann wie jede Geschichte aus Tausendundeine Nacht recht verheißungsvoll: Saudi-Arabien stellt seit einigen Jahren eine der größten Baustellen der Welt dar. Die Großprojekte schossen wie Pilze aus dem Boden. Wer Baumaterial lieferte, konnte ein gutes Geschäft machen ... Folgerichtig nahm sich auch die Stinnes AG, die seit Jahren ihre Auslandsaktivitäten systematisch aufgebaut hat und 1977 allein auf diesen Märkten einen Umsatz von 1,7 Milliarden (16% des Konzernumsatzes) erzielt, diese ertragsverheißende Gegend aufs Korn.“ (Handelsblatt, 29.12.77)

Das war auch der Ausgangspunkt der Erpressungen gegenüber Saudi-Arabien vor allem durch die US-Imperialisten. Saudi-Arabien baut gerade den Hafen Jublai zu einem Handelshafen aus, geplant ist der Aufbau eines Stahlwerkes und der Bau einer Wasserentsalzungsanlage, die notwendig ist, um die Pipelines sauber zu halten. Mit der Drohung, die Preise drastisch für die Waren der im Bau befindlichen Projekte zu erhöhen, haben die Imperialisten Saudi-Arabien erpreßt:

„Die vorsichtige Preispolitik Saudi-Arabiens und Persiens ist bestimmt von ökonomischer Vernunft ... Eine Ölpreiserhöhung, die in dieser Phase wichtige Importe aus den Industrieländern verteuern würde“, kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“ hämisch (19.12.77).

Carter hatte sich bei seinem Kurzbesuch in Riad zur Aufgabe gestellt, die Erpressung weiter zu treiben, und die saudi-arabische Regierung zu einem Sonderabkommen über Öllieferungen in die USA, die 45 Prozent ihres gesamten Ölbedarfs aus den Ländern des Nahen Ostens importieren, zu bewegen und eine Vereinbarung der „Preisstabilität“ durchzusetzen. Mit diesem Versuch, die Einheit der OPEC noch nachträglich nach der Konferenz zu spalten, ist er gescheitert. Er hätte in Riad „Probleme des Nahen Ostens“ besprochen, hatte das ZDF dazu gemeldet.

Spaltung, nur mit anderen Methoden, hatten auch die Sozialimperialisten vor und nach der Konferenz betrieben. Sie meinten, daß die OPEC-Staaten mindestens 20 Prozent Preiserhöhung beschließen müßten in der Absicht, ihre Ölexporte, aus denen sie zum großen Teil ihre Devisen holen, um 20 Prozent erhöhen zu können, um sich dann tatsächlich als Preisfalke vor allem auf die RGW-Staaten stürzen zu können. Folglich begannen sie auch gegen die saudi-arabische Regierung zu hetzen und schrieben in der TASS: „Was auf den ersten Blick als rein wirtschaftliches Problem erschien, hat somit einen offensichtlich politischen Charakter.“ Als wenn die Beschlüsse der OPEC und der Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt in der OPEC gegen die Imperialisten jemals unpolitisch gewesen wäre und nicht gerade das politische Bewußtsein der OPEC-Staaten über den gemeinsamen Gegner ihre Stärke ausmacht. Diese zu unterhöhlen ist die Absicht der Sozialimperialisten. Als Ausgleich dafür, daß sie nach der Konferenz nicht einfach ihre Ölpreise erhöhen konnten, wie sie erhofft hatten, haben sie nach der Konferenz die Währungsparität des Rubel angehoben, zum dritten Mal damit im Monat Dezember.

Die Imperialisten frohlocken jetzt zwar, daß es ihnen, wenn schon die Spaltung nicht gelungen ist, gelungen ist, eine Preiserhöhung erpresserisch zu verhindern. Ihre Freude ist nur von kurzer Dauer. Der saudi-arabische Erdölminister Yamani hat in einem Interview gegenüber der „Welt“ erklärt: „Mit Sicherheit wird es einen Preisanstieg bis 1980 und einen erheblichen Anstieg bis 1990 geben.“ Zudem hat die OPEC vor ca. 2 Monaten einen Ausschuß eingerichtet, der für eine einheitliche Festlegung des Gaspreises der OPEC Untersuchung und Vorschläge ausarbeiten wird.

Den OPEC-Zusammenschluß zu erhalten und zu festigen ist die Grundbedingung für den Erfolg der Ölländer der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten. Darin besteht Einheit in der OPEC. Deshalb sind die Sozialimperialisten empört, und die Imperialisten werden ihrer Sache nicht froh. – (Z-Red.)

Rekruteneinzug

Leutnant: „Vorkommnisse?“ Stabsunteroffizier: „Im Zug keine. Sonst ist überall der KBW mit seiner ‚Lohnfortzahlung‘ und Zeitung.“ So geschehen am letzten Montag in Hannoversch-Münden bei Ankunft eines Sammeltransportes von Rekruten aus Richtung Köln. Der Leutnant ließ sich daraufhin die „Volksmiliz“ holen. Ein Obergefreiter (Z2) hat sich längere Zeit mit den Verteilern unterhalten und will zur nächsten Sitzung der SRK-Sektion kommen. Ein Einzelfall?

Das dritte Mal haben die SRK's zur Rekruteneinziehung einheitlich in ganz Westdeutschland Aktionen an den Bahnhöfen durchgeführt und die „Volksmiliz“ der Sprecherräte des Soldaten- und Reservistentages verteilt. Kann die Gegenseite mit wilder Reaktion reagieren, wie sie es bei den letzten Rekrutenziehungen zunächst versucht hatte? Verfolgen wir die Fahrt eines Rekruten:

Osnabrück-Emsland. Fürstenau. Der Sonderzug mit Rekruten wurde schon in Rheine gestoppt und die Rekruten in Busse geführt und in die Kaserne gefahren. Die Rekruten wurden scharf angepfiffen, keine „Volksmiliz“ zu nehmen; 80 Stück wurden verteilt.

Bremen. Am Bahnhof wurde die „Volksmiliz“ verteilt. Ein Soldat, der schon länger dabei ist und gerade aus der Weihnachtsdienstbefreiung zurückkam, wollte sich im SRK organisieren. Polizei, Bahnpolizei war nicht da, beobachtete nur.

Hamburg. An drei Bahnhöfen werden 650 „Volksmiliz“ verteilt, in Altona 15 KVZ an Rekruten verkauft und 7 DM für die Ausrüstung einer Kompanie der Befreiungsarmee von Zimbabwe, der ZANLA, gesammelt. Der Spielmannszug des SRK hat ein einstündiges Konzert in der Bahnhofsstraße durchgeführt. Im Bahnhof wurde eine Kundgebung gemacht. Polizei, Bahnpolizei haben zaghaft versucht zu stören, die Feldjäger haben sich gar nicht eingemischt. Alle Rekruten, die die „Volksmiliz“ wollten, haben sie bekommen.

men.

Holstein. In Neumünster, Lübeck und fünf weiteren Städten wurden über 2000 Rekruten von den SRK-Sektionen empfangen, ohne daß die Polizei wie bei der letzten Einziehung eingriff. In Lübeck wurde der Bahnhof von mehr als 20 Polizisten, Feldjägern und Spitzeln gesichert und die Rekruten auf Schleichwegen in die Lkw's der Bundeswehr geführt, um jeden Kontakt zum SRK zu unterbinden.

Flensburg-Westküste. Die Rekruten werden Montagabend vom Spielmannszug des SRK begrüßt. Dort, in Husum und Heide werden die Rekruten mit der „Volksmiliz“ versorgt.

Der OGefr von dem Sammeltransport aus Richtung Köln nach Hannoversch-Münden berichtete, daß es in Wuppertal auf dem Bahnhof, wo ein Sonderzug mit 900 Rekruten stand, zu Auseinandersetzungen zwischen Bahnpolizei, Feldjägern und Mitgliedern des SRK gekommen ist. Die Rekruten haben dabei für das SRK Partei ergriffen, es sind Bierflaschen geflogen.

Es bestätigt sich der Eindruck, daß der Grad der Zersetzung im Unteroffizierskorps und den unteren Diensträngen der Polizei soweit fortgeschritten ist, daß Armee- wie Polizeiführung nicht einfach offene Auseinandersetzungen anordnen kann. Genauere Erforschung und Auseinandersetzung mit den SRK's durch die Bourgeoisie können wir gegenwärtig feststellen; auch über kleinere Lokalblätter. Am 31.12.1977 widmet die „Wildeshauser Zeitung“ (bei Bremen) den „Aktivitäten der sogenannten Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK)“ eine Seite. Die „Böhme-Zeitung“ (Kreisblatt für Soltau) hat bereits das zweite Mal aus Munster Artikel zu SRK und KBW verfaßt. Beim morgentlichen Antreten einer Kompanie in einer Fernmeldeeinheit in Hannover hieß es in der letzten Woche: Die Musiktage der SRK's seien keine offizielle Veranstaltung der Bundeswehr, es wird empfohlen, nicht im „Kleinen Dienstanzug“ dorthin zu gehen.

Schmidt auf Reisen

(Fortsetzung von Seite 1)

Seit 1963 haben sich die westdeutschen Imperialisten mit insgesamt 1351 Mio. DM an der Ausbeutung der ägyptischen Arbeiter und Bauern beteiligt. Seit 1972 haben sie allein folgende Kapitale deponiert (jeweils in Mio. DM): Düngemittelfabrik Abukir (102), Spiralrohrwerk Heluan (36,6), Schwimmdock Alexandria (17,4), Umspannstation Suez und Ismailia (24), Wasserwerk Embaba (60), Umspannwerk Kairo-Sapthieh (20,5), Tonziegelfabrik Heluan (15) sowie das Kraftwerk Suez II (Teilfinanzierung mit 65). Noch in Vorbereitung sind: Bewässerungsprojekt Oase Sakhla (10), Nildelta-Drainage-Projekt II (100), Umspannwerk El Amrya (Teilfinanzierung mit 19,7). Inzwischen „gesichert“ hat sich ein deutsch-österreichisches Firmenkonsortium unter Führung der Kraftwerk Union AG (KWU) und Beteiligung der österreichischen Wagner, Biro und der österreichischen Tochter der AEG-Telefunken den Bau zweier Kraftwerksblöcke mit einer Leistung von jeweils 150 MW in der Nähe der Stadt Suez. 80 Millionen will die Maschinenfabrik „Schubsa“ aus Ingolstadt jetzt „hereinholen“. Zwei komplette Spinnereien wollen die Maschinenbaukapitalisten an Ägypten verkaufen. Mit dem Schmidt-Besuch haben die westdeutschen Imperialisten ihre Expansion über Ägypten nochmal kräftig vorangetrieben: „Er (Schmidt) sagte dem ägyptischen Präsidenten die Fortschreibung der deutschen Kapitalhilfe von 250 Mio. Mark – die gleiche Summe wie 1977 – für 1978 zu. Hinzu kommt ein an den Kauf von Lokomotiven aus der Bundesrepublik gebundener Zusatzbetrag von 60 Mio. Außerdem sollen die staatlich garantierten Hermes-Bürgschaften ‚aus übergeordneten außenpolitischen Gründen‘ von bisher 550 Mio. auf 750 Mio. Mark erhöht werden!“ teilt der Spiegel mit.

Das Interesse der BRD-Imperialisten im Nahen Osten konzentriert sich keineswegs ausschließlich auf Ägypten. Die Deutsche Babcock AG, Oberhausen, liefert wenige Wochen, nachdem sie einen Großauftrag im Kraftwerksbau von über 1,1 Mrd. DM bekommen hatte, ein weiteres Kraftwerk für 60 Mio. DM nach Libyen. Nach dem Carter-Besuch im Iran, der als „großer Schritt vorwärts“ bei der Einigung beider Länder „auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie“ gewertet wurde und den US-Imperialisten den Bau von sechs Kernkraftwerken sichern soll, stellen die westdeutschen Bourgeois erfreut fest: „Die deutsche Kraftwerk Union (KWU) *baut bereits* die ersten beiden iranischen Atomreaktoren und hat einen Vorvertrag für vier weitere.“ (FAZ, 2.1.78) Noch vor der Schmidtreise nach Kairo teilt die westdeutsche Bourgeoispresse mit: „Was kommt hinter dem Nahen Osten?“ Hinter dem Nahen Osten liegt bekanntlich der Ferne Osten. Marie Schlei als Entwicklungsministerin bereitet sich auch schon auf eine Reise nach Bangladesch und Birma vor. Dort wollen die BRD-Imperialisten zunächst 40 Mio. DM anlegen. Diese 40 Mio. sollen für den Kauf von Schiffen und Eisenbahnmaterial, vor allem Lokomotiven, bei westdeutschen Firmen angelegt werden. Ägypten hat der rigorosen Ausplünderung seiner Reichtümer durch die Sozialimperialisten ein Ende gesetzt und die Sozialimperialisten aus dem Land gejagt. Mexico nimmt das US-Preisdiktat für seine Erdgaslieferungen nicht hin. Bei ihrem Versuch der Erpressung der Länder der Dritten Welt stoßen die beiden Supermächte mehr und mehr auf Schwierigkeiten. Die Länder der Dritten Welt, die sich der ständigen Angriffe der beiden Supermächte erwehren müssen, erscheinen in der Gedankenwelt der westdeutschen Monopolbourgeois als willkommene Objekte der Einnistung. Natürlich könnte Schmidt *wissen*, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie nicht Aussichten hat, Länder unter ihr Kapitalinteresse zu unterwerfen, die sich gegen so gewaltige Feinde wie die beiden Supermächte zu schlagen verstehen. Auch dann nicht, wenn sich die BRD als Vorstandsmitglied der westeuropäischen imperialistischen Verbrecherbande aufgespielt.

Aber die Logik der Kapitalvermehrung macht solches Wissen dürre. Hier gilt der Profit, und Aussichten auf 15%, 20% oder mehr Prozent Profit machen das Kapital waghalsig und angriffslustig. Bevor sich die BRD-Imperialisten nicht einige kräftige Enteignungen eingefangen haben, wird der Hamburger unbedingt weiter den wilden Mann spielen und großmannsüchtig um den Erdball walzen, in Westdeutschland aber die Knute schwingen, um immer mehr Risikokapital für das gewagte Spiel aus den Arbeitern herauszupressen.

„Maßvoll und im Kleinen“

(Fortsetzung von Seite 1)

Arbeiterklasse nur ankommen, wenn sie den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf gegen die Ausbeuterordnung verbindet.



Ehrenberg geht auf die Unfallversicherung los: Gewerbliche Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst berät neuen Entwurf zu den Unfallverhütungsvorschriften

Ein Fachausschuß der gewerblichen Berufsgenossenschaft berät einen bereits „mehrmals überarbeiteten Entwurf einer Unfallverhütungsvorschrift Gesundheitsdienst“ (Deutsches Ärzteblatt Nr. 52, S. 3030) Die neue Unfallverhütungsvorschrift soll für sämtliche Einrichtungen des Gesundheitswesens – dazu zählen auch Wohnheime für Rentner und Jugendliche – gelten.

Was wird mit der Unfallverhütungsvorschrift geändert?

Nach der noch geltenden Unfallverhütungsvorschrift (UVV) in Hessen dürfen Auszubildende im Pflegedienst „nur nach fortgeschrittener Ausbildung und nicht länger als insgesamt 18 Wochen mit der Pflege von Kranken beschäftigt werden.“

Der Entwurf sieht vor, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes gelten, somit „Jugendliche über 16 Jahre Tätigkeiten mit Infektionsgefährdung übertragen werden dürfen, wenn diese Tätigkeit zur Erreichung des Ausbildungszieles erforderlich ist“. Eine zeitliche Begrenzung gibt es nicht mehr.

Weiterhin dürfen in den Infektionsstationen nach dem neuen § 10 auch andere Personen tätig sein. Wer damit gemeint ist, erläutern die „Durchführungsbestimmungen“: Wochenendhelfer, Schulpraktikanten, Soziales Jahr Ableistende, Zivildienstleistende, Studenten für die Sitzwache“.

Aus Ehrenbergs Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsdienstprogramm sollen billige Arbeitskräfte, vor allem Jugendliche, ohne Ausbildung auf unbeschränkte Dauer in die Infektionsstationen gezwungen werden.

In Frankfurt an der Universitätsklinik haben sich die männlichen Auszubildenden in den Pflegeberufen erkämpft, daß sie während der Ausbildung auf keine Infektionsstationen kommen. Die an der Universitätsklinik geltende Unfallverhütungsvorschrift sieht weiter vor: „... daß den Bediensteten ausreichende und gute Verpflegung gewährt werden muß, bei der auf ausreichenden Vitamingehalt zu achten ist und die unmittelbar nach der Fertigstellung eingenommen werden soll. Beschäftigte in den Infektionsstationen sollen entsprechende Zusatzkost bekommen.“ (§ 13)

In dem Entwurf Unfallverhütungsvorschrift sind all diese Paragraphen ersatzlos gestrichen.

Völlig der Gefahr von Ansteckungskrankheiten ausgeliefert bleiben weiterhin die Putzfrauen und anderes Personal, das Reparaturen oder ähnliches durchführt. „Tätigkeiten wie Geschirr abräumen, Essen bringen und Reinigen des Zimmes gehören nicht zum Pflegen“, stellt die Unfallverhütungsvorschrift fest und schließt damit das gesamte Reinigungspersonal von den vorbeugenden Infektionsmaßnahmen aus. Es ist ausreichend, „wenn der Unternehmer über Infektionsgefahren, hygienisches Verhalten unterrichtet“ (UVV). Da langt es, wenn irgendwo ein Merkblatt ausgehängt wird. Die Bediensteten müssen in hochinfektiösen Stationen arbeiten, Abfall beseitigen, der oft giftig oder bakteriell verseucht ist.

Eine Krankheit, die sie sich dabei holen, wird nicht als Berufskrankheit anerkannt.

Hinsichtlich der Abfallbeseitigung läßt der Entwurf einer Unfallverhütungsvorschrift es zu, daß hochinfektiöses Material wie Kulturen von Krankheitskeimen, Auswurf von Tuberkulosekranken, infizierte Körperflüssigkeiten in „festen Plastiksäcken oder dreischichtig bitumierten Papiersäcken“ in die Abfallschächte und zu sonstigem Abfall geworfen werden. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 2/78: 32000

Das Fußvolk von Carters „Weizenwaffe" beginnt zu meutern

Die US-Farmer kämpfen gegen ihre Ausbeutung durch die Nahrungsmittelkonzerne

Wie ein Steppenfeuer haben sich die Demonstrationen und Aktionen der armen Farmer in den USA über alle Bundesstaaten ausgebreitet. Sie halten jetzt bereits seit Wochen an. Immer von neuem fahren in den Bezirks- und Landeshauptstädten Hunderte, manchmal Tausende von Traktoren auf, mit Transparenten, auf denen selbstgemalte Parolen stehen: „Farmer, steht auf und kämpft", „Vereinigt euch und streikt", „Ohne Geld keine Aussaat, keine Ernte". Die Farmer wenden sich deutlich an die Arbeiter: „Würdet ihr für einen halben Lohn arbeiten? Farmer müssen das". Überall ist der Stolz der produzierenden Klassen zu finden in Losungen wie: „Nahrung wird nicht im Kaufhaus gemacht."

Die Bewegung, die sich selbst als „Bewegung der Landwirtschaft Amerikas" bezeichnet, hat vor kaum drei Monaten von einem kleinen Nest, Springfield im Bundesstaat Colorado, ihren Ausgang genommen. Es waren die dortigen Weizenfarmer, die einen Aufruf zu einem nationalen Streik mit ihren Mittel verbreitet haben – und ein hunderttausendfaches Echo fanden. In Orten und Landstädten schossen die Organisationsbüros der neuen Bewegung binnen Tagen aus dem Boden. Am nationalen „Streiktag", dem 14. Dezember (von da ab hat der Kongreß in Washington noch 90 Tage Zeit, die entsprechenden Gesetze zu machen, wie die Bauern sie fordern) waren nach Schätzungen bürgerlicher Presseleute wenigsten 800000 Farmer auf der Straße, ohne ihre alten berufsständischen Organisationen, die einen „Streik" ablehnen.

Den Kern der Bewegung bilden die Weizenfarmer, doch haben sich auch andere Bauern, die Futterpflanzen, Zuckerrüben, Gemüse anbauen oder Viehzucht und Milchwirtschaft betreiben, angeschlossen. Bei allen ist seit mindestens zwei Jahren schon das Einkommen drastisch gesunken, bei den Weizenfarmern oft bis an das absolute Existenzminimum. Die Sprecher der Streikenden rechneten vor, daß ihre Einkünfte 1973 noch 9800 Dollar im Jahr betragen hatten und jetzt auf 5300 Dollar eingebrochen seien. Das sind umgerechnet etwa 12000 bis 14000 Mark.

Die Hauptforderung der Farmer ist die nach „parity prices", nach „Paritätspreisen". Darunter verstehen sie Preise, die ihre Produktionskosten decken und ein Mindesteinkommen sichern sollen. Diese Preise sollen notfalls vom Staat garantiert werden, so daß die Farmer auch den Monopolen, an die sie verkaufen, anders gegenübertreten können. Gegenwärtig bekommen die Weizenfarmer von den Agrarkonzernen (von denen sechs allein den Weizenmarkt zu 75% beherrschen) einen Preis von 2,70 Dollar pro Scheffel. Wie die Streikführer aus Springfield nachwiesen, betrugen aber für sie allein die Produktionskosten schon 3,41 Dollar. Ein „Paritäts"preis, wie sie ihn fordern, müßte wenigstens 5,02 Dollar pro Scheffel Weizen betragen.

Die Forderung nach solchen staatlich garantierten Erzeugerpreisen wurde bereits in den großen Kämpfen der Farmer während der 30er Jahre, der Jahre der kapitalistischen Wirtschaftskrise aufgestellt. An dem damaligen ersten großen Versuch eines allgemeinen Streiks der Farmer knüpfen die Organisatoren der heutigen US-amerikanischen Bauernbewegung bewußt an. Heute wie damals meinen sie es ernst: „In Texas und anderen Bundesstaaten haben die Landwirte schon damit begonnen, den im Herbst eingesäten Winterweizen unterzupflügen. Auch bei anderen Erzeugnissen wird die Produktion eingeschränkt." (Welt, 31.12.77) Gleichzeitig haben allenthalben Aktionen begonnen, mit denen die Bauern, manchmal tagelang, die Verschiffung von Getreide verhindert haben. Auch Konservenfabriken, Großschlachtereien und Großmärkte sind mit Traktoren teilweise geschlossen worden. Sie haben angekündigt, daß dies erst der Beginn ist. Im Streik der 30er Jahre hatten die Farmer ganze Dörfer und Landstriche große Teile ihrer Saaten wieder untergepflügt, ihr Getreide verbrannt, ihr Vieh geschlachtet. Damit sicherten sie, daß keiner von ihnen zu dem Preis, den der Händler und Monopolist anbot, verkaufte; stattdessen wurde lieber gemeinsam gehungert, um gemeinsam einen Preis zu erzwingen, von dem in Zukunft ein Auskommen sein würde.

In den 30er Jahren scheiterte der Kampf daran, daß es nicht gelang, eine einheitliche Bewegung im ganzen Land zu organisieren. Es ist nicht gewiß, daß es heute gelingt. Gewiß ist nur, daß der Hohn der Bourgeoispresse darüber, daß Bauern gar nicht „streiken" *könnten*, bestimmt verfrüht ist.

Wie kommt es zu der schlechten Lage der Farmer? In den USA selbst sinkt der Konsum der Volksmassen fortdauernd, und nicht einmal die Fressereien der Bourgeois, so sehr sie sich auch bemühen, gleichen das auf dem Markt aus. Soweit die landwirtschaftliche Produktion überhaupt steigt, kommt das von hohen Exporten, womit die US-Nahrungsmittelkonzerne eine gewaltige Offensive gestartet haben, seitdem der Dollarkurs von 1970/71 an gefallen ist. Ein Hauptexportprodukt ist Weizen und anderes Getreide. Während die Produktion die ganzen 60er Jahre hindurch stagnierte, wurde sie von 1970 an mit den Exporten zusammen sprunghaft gesteigert. Hunderttausende Farmer rüsteten um oder pachteten sich Land dazu, um Getreide zu produzieren. Die Getreidehändler vermittelten ihnen die Kredite dazu. Die heutigen US-Farmer bearbeiten mit teuer zusammengekaufter Maschinerie oft Flächen von 100 oder 150 Hektar, allein mit ihrer eigenen Arbeitskraft oder der ihrer Familie. Sie arbeiten lange, schwer und mit hoher Produktivität. Als es in der Sowjetunion 1972 und danach zu schweren Produktionseinbrüchen in der Landwirtschaft kam und viele Entwicklungsländer sich ebenfalls Millionen Tonnen von Getreide zukaufen mußten, machten die US-Getreidemonopole fabelhafte Gewinne. In ihren kaltblütigen Spekulationsschachzügen spielten die amerikanischen Weizenfarmer aber nur die Rolle der Bauern zum Schlagen. Einer der Schachzüge war die Organisierung der Getreideüberproduktion in den USA selbst. Binnen weniger Jahre saßen die Farmer auf ihren Lieferkontrakten. Und auf einem Schuldenberg, der sich 1977 insgesamt zu einer Summe von 100 Milliarden Dollar gehäuft hat. Seither können die Monopole die Preise vollständig diktieren.

Die Regierung Carter hat sich unmittelbar zum Werkzeug dieser Pläne der Agrarkonzerne gemacht. So wurden in dem neuen Farmgesetz den Bauern, wenn sie ihr Getreide zu Billigstpreisen verschleuderten (wozu sie das Landwirtschaftsministerium mit Meldungen über eine „weltweite Rekordernte" bewußt trieb), eine geringe Unterstützung vom Staat gezahlt, die Differenz zum Preis von 3,10 Dollar pro Scheffel. Zuwenig zum Leben für die Bauern, genug um sie zu bewegen, überhaupt zu verkaufen. Zeitweise fiel im Sommer der Ankaufspreis auf 2,20 Dollar. Jetzt sind die Agrarkonzerne bis zum Kragen mit weit unter Preis eingekauftem Getreide eingedeckt, das sie in die Lage versetzt, riesige Mengen auf die Märkte anderer Länder zu pumpen, jede Konkurrenz zu unterbieten, die einheimische Produktion der Entwicklungsländer teilweise ruinieren zu können und dennoch einen überdurchschnittlichen Preis einzustreichen. Wie bei Getreide, so bei anderen Produkten. Zum Beispiel gelang es dem Spekulantenclan der Hunts, ein volles Drittel der Sojabohnenernte dieses Jahres billig zu kaufen und in seinen Lagerhäusern zu horten – um nun in Ruhe das Steigen der Verkaufspreise abzuwarten.

An Weihnachten paßten einige tausend Farmer, mit 1500 Traktoren, den „Farmer" Carter auf seinem Plantagen-Gutsbetrieb in Georgia ab, umstellten sein Haus, riegelten die Hauptstraße ab und legten ihm die Forderungen auf den Tisch. Carter mußte die Streikführer in seinem Haus empfangen. Er versicherte den Bauern kaltlächelnd seine „Sympathie" und lehnte ihre Forderungen rundheraus ab – da „hohe Preise die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Produkte auf dem Weltmarkt verschlechterten". Carter träumt davon, aus den Überschüssen der Getreideproduktion der USA eine „Weizenwaffe" gegen die Forderung der Dritten Welt nach festen Mindestpreisen für ihre Rohstoffe schmieden zu können. Stattdessen hat er nun ganz entsprechende Forderungen seiner eigenen Bauern auf dem Tisch liegen. – (Z-Red.)

Die beiden Supermächte monopolisieren die Nachrichten- und Wettersatelliten zur Versklavung der Länder der Dritten Welt

Der erste europäische Wettersatellit ist seit Ende letzten Jahres „endlich" in seiner vorgesehenen Position. Nach jahrelangen Mißerfolgen ist das ein positives Ergebnis für die westeuropäischen Imperialisten. Ein vorangegangener Versuch hatte mit dem Absturz des europäischen Satelliten infolge Versagens der amerikanischen Trägerrakete geendet. Bitterlich beklagt hatte diese Tatsache der für Forschung und Technologie für die Raumfahrt zuständige Bonner Ministerialdirektor Finke auf der Tagung der deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt im September 1977 in Berlin, zumal die vorherigen Versuche mit europäischen Trägerraketen, jedesmal negativ, d.h. mit Absturz geendet hatten. Vor allem aber macht die europäischen Imperialisten die auf der Tagung festgestellte Tatsache *bitter*, daß sie die Monopolstellung der USA nicht haben anknacken können, und stattdessen innerhalb der ESA (European Space Agency) eine „belastende Konkurrenzsituation" besteht. Die USA und die UdSSR haben die Satellitenentwicklung und -anwendung weitgehend monopolisiert. Die mit Mikroprozessoren ausgestattete komplexe Elektronik der Satelliten erlaubt im Verbund mit erdgebundenen Rechenanlagen eine wirkungsvolle militärische Anwendung. Die Kriegspläne der beiden Supermächte beinhalten deshalb die Anwendung ihrer Satelliten.

Aus der Sicht des US-Imperialismus schreibt Steffan T. Possony (Hoover Institution, California) in der „Europäischen Wehrkunde" 9/76, wobei er von einer Invasion aus dem Osten ausgeht: „Man wird mit zuverlässigen Warnmeldungen rechnen können, bevor Angriffskräfte und Waffenträger die militärische Grenze überschreiten, wahrscheinlich noch bevor die Kräfte und Träger von ihren Stützpunkten in Bewegung gesetzt würden... Die Hauptbestandteile für Warnung und Echtzeit-Feindnachrichten umfassen Raumfahrtsysteme, Radarsysteme mit Überreichweite, Sonare, ein eges Fernmeldeverbindungsnetz, sowie Rechnersysteme... Die NATO benötigt Systeme für verzugslose Warnung und Feindnachrichtengeheimnisse, einschließlich des Schutzes für die erforderlichen Raumfahrzeuge." Bekannt ist, daß die UdSSR mit Satellitenkillern experimentiert, die feindlichen Satelliten vernichten sollen.

Die Bourgeoispresse unterscheidet gemeinhin die militärischen Satelliten von den sogenannten „zivilen", z.B. den Wettersatelliten, deren Forschung und Entwicklung angeblich auf Grundlage der Wünsche der Meteorologen betrieben wird. Das ist natürlich vollständig falsch.

Mit der WWW (World Weather Watch, Weltwetterbeobachtung) wollen die Imperialisten in diesem Jahr mit der synchronen Beobachtung und Auswertung des gesamten „Erdwetters" beginnen. Dienen sollen dazu 5 neuartige Wettersatelliten, die geostationär in 36000 km Höhe so über den Äquator stationiert werden, bzw. schon sind, daß sie eine nahezu vollständige Überwachung der gesamten Erdkugel erlauben. Der Vierte dieser Satelliten ist der jüngst gestartete europäische.

Doch was heißt „Wetter überwachen" angesichts der Möglichkeiten der Wettersatelliten. Neben Bestimmung der Wolkenabdeckung, Temperaturbestimmung, Wolkenhöhe und Geschwindigkeit des Windes läßt sich mit Infrarotanlagen (womit die Satelliten ausgestattet sind), jede Bewegung auf der Erdoberfläche äußerst genau erfassen, weil alle diese Bewegungen mit Wärmeausstrahlung verbunden sind. Im Nah-Ost-Krieg 1973 hat die UdSSR mit ihrem Satelliten „Kosmos" Aufnahmen gemacht, die USA mit „Big Bird". Diese Aufnahmen haben wesentliche Bedeutung für den Krieg gewonnen. Die Ägypter vermuteten damals, daß das israelische Oberkommando auf den Bildern des „Big Bird" die Lücke zwischen der 2. und 3. ägyptischen Armee erkannt haben. Dort sind dann die Israelis durchgestoßen bis weit nach Ägypten hinein. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 4.1.1978 über Auseinandersetzungen in der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze auf Grundlage von Satellitenbildern. Mit den neuen geostationären Wettersatelliten haben die Imperialisten ein umfassendes Bespitzelungsinstrument zur Verfügung. Die USA überwachen damit u.a. Westafrika, die UdSSR Ostafrika. Der westeuropäische Meteosat überwacht den Nord- und Südatlantik, Afrika sowie den Nahen Osten. Die Imperialisten haben mit ihren „Wettersatelliten" viel vor, bloß nicht das Wetter vorauszusagen für die, die es brauchen können. Kürzlich wurde Indien so kurzzeitig von der USA von einem nahenden Zyklon unterrichtet, daß für die Inder nicht mehr viel zu machen war. Denkbar ist, daß die Supermächte künftig erst ihre „Naturkatastrophenschutzarmeen" zusammenstellen, dann das betroffene Land unterrichten, um es zu erpressen.

Neben den Wettersatelliten haben die Supermächte die Nachrichtensatelliten monopolisiert. Die Nachrichtensatelliten haben eine qualitativ andere Bedeutung. Ihre Kontrolle schließt ein *Produktionsprozeß*, der Erstellung und Übermittlung von Nachrichten einschließt. Hier riechen die Imperialisten große Profitchancen neben der Kontrollmöglichkeit anderer Länder. „Information wird wie Energie eine grundlegende Handelsware in der Weltwirtschaft werden. Information wird eine Art Geld werden, das überall in Waren und Dienste verwandelt werden kann." (Radio Corporation of America) Produzieren kann nur der, der die Produktionsmittel besitzt. Den Supermächten geht es um das Monopol der Nachrichtenproduktion. Die ESA sieht für die achtziger Jahre vor, ein eigenes operationelles Nachrichten- und Fernsehsatellitensystem aufzubauen. Damit sollen Fernsehsendungen direkt aus dem Weltraum in Privathaushalte Westeuropas, Nordafrikas, Islands sowie in den Nahen Osten und Mittelmeerraum gesendet werden. Die ESA will sich Anteile erkämpfen am Geschäft sowie in die Lage kommen, den Nachrichtenfluß in andere Länder zu kontrollieren.

Die Länder der 3. Welt sehen sich einer weltweiten Bedrohung durch den Imperialismus gegenüber. Sie verfügen so gut wie keinerlei eigene Nachrichtenübermittlungssysteme. Dabei sind sie oft flächenmäßig relativ groß und deshalb auf Satellitenübertragungen angewiesen, die bislang nur die Imperialisten ihnen liefern. Über Indien beispielsweise strahlt der US-Satellit ATS 6 Fernsehprogramme für 5000 Dörfer bereits seit einem Jahr aus. In Afrika müssen die für die Volksbildung so elementar wichtigen Schulfunkprogramme über US-Satelliten in die entlegenen Gebiete übertragen werden. Jederzeit können die Supermächte sowohl den Nachrichtenfluß sperren als auch erdgebundene Nachrichtenübermittlungssysteme der Länder der Dritten Welt mittels Satelliten durch Störfrequenzen lähmen.

Die Volksrepublik China hat kürzlich erneut einen Nachrichtensatelliten erfolgreich gestartet. Das ist ein überaus wichtiger Beitrag zur Brechung des Satellitenmonopols der Supermächte. Die Länder der 3. Welt können durch ihren Zusammenschluß die Produktivkräfte entfalten, die sie aus der Abhängigkeit von Nachrichtensatelliten der Supermächte befreien, die diese Instrumente in ihrem Hegemoniestreben rigoros zur Versklavung der Länder der Dritten Welt einsetzen. – (Z-Red)

EG – Gesellschaft zur Vernichtung der kleinen Bauern

In der EG verschwinden jährlich durchschnittlich 5% der Betriebe bis 50 ha von der Bildfläche, während die Großbetriebe über 50 ha um 5% zunehmen. (Agrarbericht 1977, 1975 zu 1970) Das drückt aus, wie die kleinbäuerliche Produktionsweise zunehmend durch kapitalistisch betriebene profitbringende Betriebe verdrängt wird.

Der gemeinsame Agrarmarkt der EG treibt diese Entwicklung einheitlich bis in den entlegensten Zipfel eines jeden EG-Landes; die Statistik weist kaum unterschiedliche Veränderungsraten der einzelnen Länder auf. Die von der EG-Kommission beschlossenen Mittel, mit denen das Bauernlegen vollzogen wird, sind im wesentlichen der nach Bedarf wechselnde Interventionspreis (Mindestgarantiepreis bei Überschußproduktion), Prämien für Abschaffung bestimmter Produktionen oder Auflösung des Hofes, Regionalhilfen aus dem europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für Kapitalisten und Großbauern und Anbaubeschränkungen. Die kleinen Bauern Griechenlands, Spaniens und Portugals, deren Aufnahme in die EG ansteht, werden diese Mittel zu spüren bekommen.

Alle drei Länder produzieren hauptseitig (und das mit 10 bis 30% Überschuß) die speziellen Mittelmeerprodukte Wein, Südfrüchte, Olivenöl und Gemüse. Bis auf Frankreich und teilweise Italien, die ähnliche Produkte herstellen, wird die Aufnahme von den EG-Ländern befürwortet und deren schnelle Verwirklichung verlangt. Die Absichten sind bekannt. Allen voran die BRD-Imperialisten als führende imperialistische Macht in der EG wollen über die Aufnahmen der BRD wollen die Abhängigkeit dieser Länder von der BRD verstärken, den Export ausweiten, billige Agrarprodukte importieren, sie als Sprungbretter in den arabischen Raum, Lateinamerika, Türkei und Jugoslawien benutzen und in der 200-Meilen-Zone im Mittelmeer fischen. Die Gefahr, daß diese Länder dann mit ihrer 23 bis 34% hauptsächlich kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Bevölkerung (EG: 9%) durch Überschußproduktion die EG-Kassen belasten könnten, betrachtet die Bourgeoisie als nebenrangiges Problem. Sie zeigt deren Lösung bereits heute auf:

„Ertl für Durchforstung des Agrarpreismarktes, wenn die Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal aufgenommen werden sollen", schreibt die „Hannoversche Allgemeine" am 25.11. und W. Haferkamp (Vizepräsident der Kommission der EG) führt in einem Referat „Chancen und Risiken der zweiten EG-Erweiterung" unter agrarpolitischen Gefahren aus, was man darunter zu verstehen hat. „... entweder die Preise werden so festgesetzt, daß sie in den neuen Mitgliedstaaten keinen zusätzlichen Produktionsanreiz bieten; oder die Produktion wird bei hohen Preisen durch administrative Reglementierungen (Anbaubeschränkungen, Prämien für Produktionsstillegung, Qualitätsnormen) unter Kontrolle gehalten. Bei besonders sensitiven Erzeugnissen wie Wein könnten sich die Beitrittsstaaten (bereits heute) verpflichten, die Anbaufläche nicht weiter auszudehnen... (und) die Verbesserung der Agrarstruktur wird vor allem durch Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie... erfolgen müssen. Die Gemeinschaft wird diesen Prozeß mit finanziellen Mitteln des Regionalfonds... unterstützen."

In Anbetracht der zu erwartenden Weinschwemme starten die BRD-Imperialisten bereits einen neuen Vernichtungsangriff auf die Weinbauern in der BRD, um bei der Aufnahme der EG-Anwärter nicht auf ihrem Wein sitzen zu bleiben, sondern billigen aus diesen Ländern in die Hand zu bekommen.

Die Überschußproduktion von Wein 1977, die zu Preissenkungen führte, zwang viele Bauern, zu intervenieren, d.h. Teile ihrer Ernte zu einem festgelegten Interventionspreis an das EG-Lager zu verkaufen.

„Der Appetit kommt beim Trinken", zitiert das „Handelsblatt" vom 21.12. den Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes und hetzt gegen einen eventuell eintretenden Dauerzustand der Belastung der EG-Kasse.

Dem wollen sie durch Verlängerung des Rebenanbaustopps über den 1.12.1978 hinaus entgegentreten und fordern darüberhinaus eine Ausweitung des Verbots von Rebneuanpflanzungen auf alle Weine in Frankreich und Italien. Die entsprechenden EG-Kommissionsbeschlüsse werden sicherlich nicht lange auf sich warten lassen. – (N-Red.)

Einheitliche Marschrichtung der Länderregierungen zur verschärften Anwendung des § 218 StGB

– Ausführungsgesetze zum § 218 –

Ausdrücklich auf Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.75 und des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes zum § 218, das am 21.6.76 rechtskräftig wurde, gehen die Regierungen der Länder jetzt daran, die damit gegebene gesetzliche Grundlage zur verschärften Unterdrückung in Ausführungsgesetze und Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates umzusetzen.

In Bayern und Rheinland-Pfalz sind Ausführungsgesetze am 1.1.78 in Kraft getreten. In den anderen Bundesländern sind Entwürfe und Vorlagen in der Beratung. Alle diese Ländergesetze regeln die im Bundesgesetz festgeschriebene Zwangsberatung und Bespitzelung als Voraussetzung umfassender Kontrolle durch den bürgerlichen Staat und der Strafverfolgung durch die bürgerliche Klassenjustiz. Bislang sind nach „Informationen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit" vom 14.7.77 pro Halbjahr 30000 Schwangerschaftsabbrüche registriert worden. Die Zahl der Abtreibungen im Ausland wird auf über 60000 geschätzt.

Die herrschende Klasse will die Folgen des wachsenden Massenelends und des gegenwärtigen Raubzugs auf den Lohn als „Einzelschicksale" darstellen und zu verschärfter Überwachung und Strafverfolgung durch ihren Staatsapparat benutzen: Denn „die in 50% der Fälle geltend gemachte Notlagenindikation einfach in eine Anklage gegen die Gesellschaft umzuwandeln, ist oberflächlich ... ", so der Staatssekretär H.G. Wolters im „Politisch-Parlamentarischen Pressedienst", Juli 1977. Mit den Ausführungsgesetzen der Länder wird die Anwendung des § 218 vereinheitlicht. Das Netz der etwa 800 anerkannten Beratungsstellen nach § 218 StGB im Bundesgebiet (Stand Sommer 1977) soll ausgedehnt werden. Allein das Land Bayern will den Ausbau des Beratungsnetzes mit bis zu 2 Millionen DM bezuschussen (Drucksache des Bayerischen Landtages). Das Land Hessen rechnet für das Beratungsnetz 1978 mit Mehraufwendungen von mindestens 220000 DM. Die Verwendung dieser von den Massen geplünderten Steuergelder und der Zweck der Geschäftigkeit der Länderregierungen gehen aus den Begründungen zu den Gesetzen hervor:

Bayern:

Im Ausführungsgesetz des Landes *Bayern* heißt es zu Art. 3 und 4 (Ziel der Beratung und Gegenstand der Beratung):

„Das Land ist aufgerufen, sowohl durch eine verfassungskonforme Auslegung des Gesetzes als auch durch eigene Bestimmungen etwaige Schwächen der Beratungsregelung des Strafgesetzbuches auszugleichen und zu verbessern ... Bei der Ausgestaltung der Beratung sind die Vorschriften des Strafgesetzbuches verfassungskonform auszulegen ... Hierbei ist die von der Verfassung geforderte Grundhaltung der Rechtsordnung zum Schwangerschaftsabbruch ... zu beachten ... Der Staat muß grundsätzlich von einer Pflicht zur Austragung der Schwangerschaft ausgehen, ihren Abbruch also grundsätzlich als Unrecht ansehen. In der Rechtsordnung muß die Mißbilligung des Schwangerschaftsabbruchs klar zum Ausdruck kommen."

Die „Schwächen der Beratungsregelung des Strafgesetzbuches" bestehen darin, daß dort die Kontrolle der Beratungsstellen, der Werkzeuge zur Ausführung der verschärften Unterdrükkung und Anwendung der Registrierung und Überwachung, nicht im einzelnen festgelegt ist, so daß es aufgrund dieser „Schwächen" und des Kampfes gegen den § 218 bisher nicht gelungen ist, das Gesetz umfassend zur Anwendung zu bringen. Schließlich mußte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung in den Materialien zur „Beratung nach § 218 StGB" vom 24.1.1977 kläglich vermerken:

„Erwarteter Ansturm blieb aus ... Zweifel an der Richtigkeit der vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit veröffentlichten Dunkelziffer der illegalen Schwangerschaftsabbrüche (Bund: ca. 250000) scheinen deshalb berechtigt."

Die bayerische Landesregierung will diese Schwächen mit ihrem Gesetz beheben durch „eine gute Beratung ..., präventiv und nachgehend" (Begründung zu Art. 1), „die Sicherstellung eines angemessenen Beratungsangebots", wobei die „gesamten Lebensverhältnisse berücksichtigt werden sollen". (Art. 2–4). Von allen uns vorliegenden Gesetzen ist das bayerische des umfänglichste. Vor allem in der Begründung haben Goppel und Konsorten an alles gedacht, auch daran, daß nach dem Bundesgesetz die Schwangere sich durch Denunzierung ihrer „Helfer" Straffreiheit erkaufen können soll. So soll nach dem bayerischen Ausführungsgesetz in buchstabengetreuer Erfüllung des BVG-Urteils die Beratung auch Personen erfassen,

„die der Schwangeren nahestehen .. Zu diesen gehören sowohl Angehörige (z.B. Ehemann, Verlobter, Eltern der Schwangeren) als auch andere der Schwangeren nahestehende Personen ...« Es fallen hierunter einmal die Personen, die Rat suchen, um einer schwangeren Frau zu helfen ..."

Zu den „Hilfen", die die staatliche Beratung anzubieten hat, wird als Voraussetzung genannt

„eine gute Zusammenarbeit mit den für die Gewährung von Hilfen zuständigen öffentlichen und privaten Stellen."

Öffentliche Mitgliederversammlung der Komitees gegen den § 218 in der 2. Januar-Woche

Thema:

Gesetze, Verordnungen und Richtlinien zur Anwendung des Strafparagraphen 218



Agitationsstand des Frankfurter Komitees gegen den § 218 gegen das Inkrafttreten des § 218 am 26.1.1976

Gut soll vor allem die Zusammenarbeit mit dem Staatsanwalt sein. So heißt es in der Begründung zu Art. 10 Abs. 2,

„daß die Ausstellung der Bestätigung zu belegen ist. Das kann z.B. durch eine Zweitschrift oder durch eine sonstige Aufzeichnung geschehen. Andernfalls kann die strafrechtlich bedeutsame Tatsache der Beratung nicht oder nur unter Schwierigkeiten festgestellt werden. Nach einem angemessenen Zeitraum von fünf Jahren sind die Beratungsunterlagen zu vernichten. Als Anhalt dient die Verjährungsfrist für die Verfolgung wegen etwaiger Vergehen nach § 218 StGB."

Rheinland-Pfalz

Zutreiberdienste für den Staatsanwalt, das ist auch der Kern des Ausführungsgesetzes von *Rheinland-Pfalz*, das ebenfalls zum Jahresbeginn gesetzeskräftig geworden ist. Der Wortlaut entspricht weitgehend dem bayerischen Ausführungsgesetz. In der Präambel wird die Bedeutung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und die „Pflicht des ... Staates zu strafrechtlichen Sanktionen" betont. Große Bedeutung wird ebenso wie in Bayern der Zusammenarbeit mit Jugendämtern, Gesundheitsämtern etc. beigemessen.

Hessen:

Zum Zweck dieser Manöver heißt es entsprechend im von Börner und Clauss gezeichneten Regierungsentwurf des Landes *Hessen* in der Begründung:

„Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit, die wegen des Zusammenhangs mit Straftatbeständen von vorrangiger Bedeutung sind, wird die Regelung in Gesetzesform für unerläßlich gehalten."

Wie in allen Bundesländern regelt das Gesetz neben der „umfassenden Beratung" die Anerkennung von Beratungsstellen, Beratern und Ärzten, die dem Regierungspräsidenten bzw. der Landesärztekammer berichtspflichtig sind.

„Die Beratungsstellen haben jährlich in Form eines schriftlichen Berichts dem Regierungspräsidenten Auskunft über die Zahl der Beratungen sowie über Alter, Familienstand, Wohnsitz und Nationalität der Beratenen, jedoch ohne Namensnennung zu geben."

Das „ohne Namensnennung" ist ein abgekartetes Manöver, denn 1. erscheint der Name auf der Bescheinigung für den indikationsstellenden Arzt und 2. ist in § 203 des Strafgesetzbuches zum Zeugnisverweigerungsrecht geregelt, daß dieses nicht gilt, „soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekanntgegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt."

Westberlin:

Der Westberliner Senat gibt sich als liberaler Ausführer des Strafgesetzes. Im Gesetzesentwurf des Gesundheitssenators Pätzold wird sogar ausdrücklich festgehalten, daß in den Bezirksämtern bei der Beratung nach § 218 StGB *keine Registrierung* vorgenommen werden solle:

„Da noch immer ein verbreitetes Bedürfnis unter den Frauen besteht, eine Beratung nicht verwaltungsmäßig mit Namen festzuhalten, muß dafür eine einheitlich geltende Regelung getroffen werden."

Dies gilt nach § 4 des Gesetzentwurfs jedoch nur für die 3. Ausfertigung der Bescheinigung. Die „hebt der Berater mindestens bis zum Ende des auf die Beratung folgenden Jahres auf."

Der Entwurf regelt die Beratung *vor und nach* dem Abbruch, Zulassung und Verzeichnis der Berater und Krankenhäuser, Voraussetzung für die Anerkennung und Auskunftspflicht der Beratungsstellen.

Ein „liberales Gesetz"? Man muß sich die Begründung ansehen:

„Der Staat hat diesen Schutz (des werdenden Lebens, d.V.) umfassend durch den Einsatz *aller ihm zu Gebote stehenden Mittel* zu gewährleisten.... Der *strafrechtliche Schutz* ist deshalb zur Sicherung des sich entwickelnden Lebens grundsätzlich unverzichtbar ... Der Senat hält es aus Gründen der Rechtssicherheit für geboten und der besonderen Bedeutung der sozialen Beratung für Schwangere angemessen ..., Regelung durch gesetzliche Bestimmungen vorzunehmen."

Und weiter zur auszustellenden Bescheinigung nach § 4 Satz 1:

„Die Verpflichtung ... stellt somit sicher, daß der Arzt, der den Schwangerschaftsabbruch durchführt, sich über die erfolgte soziale Beratung vergewissern und – wie auch die Schwangere selbst – zur Vermeidung strafrechtlicher Verfahren einen entsprechenden Nachweis führen kann ... Die Regelung, daß die Namen der Schwangeren nicht aktenkundig gemacht werden, berücksichtigt die noch immer bestehende Sorge von Schwangeren, es könnten sich durch das Bekanntwerden eines Abbruchwunsches Nachteile für sie ergeben, und hat keine präjudizierende Wirkung auf andere Bereiche."

Der Westberliner Senat muß mit dieser Ausführungsgesetzesvorlage seine Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Strafverfolgung gegen die Massenbewegung einschließlich des Widerstandes der Sozialarbeiter in den Bezirksämtern eingestehen. Jetzt versucht der Senat, seine Spuren zu verwischen, um besser im Dunkeln operieren zu können: § 11 des Gesetzentwurfs hält fest: „Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt das für das Gesundheitswesen zuständige Mitglied des Senats."

Baden-Württemberg:

Insoweit also kein Unterschied zwischen Westberlin und *Baden-Württemberg*, wo die SPD-Fraktion am 26.5.77 einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Schwangerschaftsberatung nach § 218 StGB vorgelegt hat, der sich im wesentlichen in nichts von den anderen Vorlagen und Gesetzen unterscheidet. Von der CDU-Mehrheit im Landtag ist das Machwerk abgelehnt worden. Die CDU-Landesregierung hat bereits am 19.5.77 Richtlinien erlassen, die die Ausführung des Strafgesetzparagraphen 218 regeln. Für die gesetzliche Fassung will die CDU-Regierung weitere Erfahrungen bei der Durchsetzung der verschärften Unterdrückung abwarten. Gleichzeitig mit den „Richtlinien" hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung eine Verfügung erlassen, die im Detail die von Beratungsstellen und Ärzten an das Ministerium zu erstellenden Berichte festschreibt. Wie die Landesregierung Erfahrungen sammelt, zeigt der Prozeß gegen die Arzthelferin Lena Krämer in Mannheim, wo die Staatsanwaltschaft jetzt gegen den erkämpften Freispruch Einspruch erheben will.

Niedersachsen:

Auch dort hat die CDU sich zunächst gegen den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der „die Rechtsunsicherheit bezüglich der Erfüllung der Aufgaben nach dem Strafrechtsänderungsgesetz" beseitigen sollte, gewandt. Natürlich nur, weil noch nicht gewährleistet sei, daß „dieses Gesetz auch wirklich praktiziert werden kann." Die Sache hat sich in Niedersachsen etwas verzögert. Der Entwurf ist jetzt noch zur Beratung in den verschiedenen Ausschüssen. Aber wie uns am 5.1. von der niedersächsischen Landesregierung telefonisch bestätigt wurde:

„Das heißt nicht, daß wir einen rechtlosen Zustand haben, wir haben eine Reihe von Durchführungsbestimmungen, und das Gesetz wird angewandt."

Wir wissen das bereits aus den zwei Prozessen, die uns in Hannover nach Inkrafttreten des § 218 bekanntgeworden sind.

Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein

Auch in *Nordrhein-Westfalen*, wo nach Auskunft des Justizministeriums das Gesetz erst in zwei Monaten in die 2. und 3. Lesung soll und „der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich ist", hat dies die Reaktion nicht daran gehindert, nach unserem Wissen seit Inkrafttreten des § 218 StGB vier Verurteilungen aufgrund des Unterdrückergesetzes in Köln vorzunehmen. Und auch in *Bremen*, wo die Ausführung des § 218 bisher nur in Richtlinien geregelt ist, ist eine Arbeiterin aufgrund des § 218 gleich vier Mal vor Gericht gezerrt worden. Man wird auch hier noch mit entsprechender Verschärfung rechnen müssen. Das einzige Bundesland, das nach unserer Kenntnis bislang keine Ausführungsregelung hat, ist *Hamburg*. In *Schleswig-Holstein* liegen Richtlinien vor, die die Anwendung des § 218 sicherstellen sollen. Daß diese sichergestellt wird, zeigt der jüngste Prozeß in Kiel gegen einen 25jährigen Nigerianer, der wegen Beihilfe zur Abtreibung zu 600 DM Geldstrafe verurteilt wurde. Seine Freundin, eine Schülerin, erhielt eine Verwarnung.

Schleswig-Holstein kann eine Regelung in Gesetzesform vornehmen, muß aber nicht. Die Regierung wird sich wohl so verhalten wie im *Saarland*, wo die Landesregierung erst nach „Auswertung der Ergebnisse der Reform" weitere Maßnahmen überlegen und über einen Gesetzentwurf dann im Frühjahr beraten will. Einstweilen ist Regierungsdirektor Scheuer (FDP) gemeinsam mit der Sozialministerin Scheurlen der Auffassung, daß die „fünf bis sechs Erlasse sämtliche Gebiete abdecken". Ein Landesgesetz sei nur sinnvoll, wenn „es etwas bringt".

Bringen soll es der Reaktion die lückenlose Kontrolle, Bespitzelung und Überwachung der Massen, die Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes durch den bürgerlichen Staat im Interesse der Kapitalistenklasse, auf deren Konto die steigende Zahl der Abtreibungen geht. Das steckt dahinter, wenn es im ersten Satz des Vorblatts zum bayerischen Ausführungsgesetz heißt:

„... in unserer modernen Industriegesellschaft (hat) durch die Neufassung der Strafvorschriften über den Schwangerschaftsabbruch die Beratung ... besondere sozialpolitische Bedeutung ..."

Das einheitliche Vorgehen der Reaktion zur verschärften Anwendung des an die Verfassung geknüpften Unterdrückergesetzes erfordert auf seiten der Massenbewegung den einheitlichen Kampf gegen dieses Klassenstrafrecht. Zur Unterstützung dieses Ziels erstellen die Komitees gegen den § 218 zur Zeit eine Dokumentation über die Schandtaten des Staatsapparates seit dem ersten Entwurf der SPD zur Verschärfung des Strafgesetzes. Unter den Forderungen „Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" rufen die Komitees und Initiativen gegen den § 218 in der Vorbereitung des 1. Mai 1978 am 25.2., dem Jahrestag des BVG-Urteils, zu Aktionen gegen den § 218 und gegen die staatlichen Überwachungsstellen auf. – (m.k., Zentraler Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218)

Praxis des § 218

Am 15. Oktober 1976 wurde die 36 Jahre alte Hausfrau M., Mutter von sieben Kindern, wegen Weitergabe einer Abtreibungsadresse vom Amtsgericht Bremen zu „einer Gesamtgeldstrafe von 90 Tagessätzen verurteilt, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit für jeden Tagessatz 1 Tag Freiheitsstrafe tritt".

Bereits bei Beschlußfassung des Parlaments über die Verschärfung des § 218 haben die bürgerlichen Gerichte eine Strafverfolgungswelle eingeleitet. Nach Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes wurden Dutzende von Anklagen aufgrund des alten wie auch des neuen § 218 erhoben.

Am 29.11.1976 erhielt die Weißnäherin D. aus Bielefeld die Anklageschrift, in der es heißt: „ ... *wird angeklagt*, in Amsterdam/NL am 23.12.1974 als Frau die Abtötung ihrer Leibesfrucht durch einen anderen zugelassen zu haben. *Der Angeschuldigten wird folgendes zur Last gelegt:* Zur Tatzeit fuhr sie mit dem Zeugen F.O. nach Amsterdam und ließ dort ihre Leibesfrucht in einer Klinik abtreiben, *Vergehen* gem. §§ 218 Abs. 1, 25 StGB ..."

Auch der neue § 218 hält in Abs. 1 fest: „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft ..." In Abs. 2 heißt es u.a.: „Das Gericht kann Führungsaufsicht anordnen." (§ 68 Abs. 1 Nr. 2)

Auf dieser Grundlage ist im Mai 1977 wegen mehrerer Abtreibungsfälle ein sogenannter „Engelmacher" von der 13. Großen Strafkammer in Köln zu 12 Jahren Gefängnis mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt worden. Gleichzeitig ist gegen den Freund der Schwangeren, die an den Folgen der Abtreibung starb, Anklage erhoben worden, „vorsätzlich einem anderen dabei Hilfe geleistet zu haben, eine Schwangerschaft später als am 13. Tag nach der Empfängnis abzubrechen."

Mit dem verschärften § 218 versucht die Bourgeoisie, die Volksmassen aufeinanderzuhetzen. Deshalb wird in § 218, § 218 b (Abbruch der Schwangerschaft ohne Beratung), § 219 (Abbruch der Schwangerschaft ohne ärztliche Feststellung), § 219 a (unrichtige ärztliche Feststellung) und § 219 c (Inverkehrbringen von Mitteln zum Abbruch der Schwangerschaft) festgehalten, daß die Frau nicht strafbar sei. *Zeugnisverweigerungsrecht* hat sie jedoch nicht. Sie soll sich ihre Straffreiheit durch Denunziation erkaufen.

Unter der verlogenen Überschrift „Keine Strafe wegen Abtreibung" berichtet der „Kölner Stadtanzeiger" vom 16.11.1977 über eine 38jährige Mutter von fünf Kindern. Sie war in einer der „Pro-Familia-Beratungsstellen" gewesen und ist nach der Beratung mit ihrem Bruder nach Holland gefahren.

Nach Streitigkeiten zwischen der Frau und ihrem Freund wurde die Abtreibung den Gerichten bekannt. Die Frau, ihr Bruder und der Freund kamen auf die Anklagebank, wo jedoch „nach einer selten angewandten Vorschrift lediglich eine ‚Schuldfeststellung' ohne Verurteilung und Bestrafung erfolgte. Entsprechend wurde der Bruder, der seiner Schwester in ihrer verzweifelten Lage geholfen hatte, nur zu einer Geldstrafe mit Bewährungsfrist verurteilt (‚Verwarnung mit Strafvorbehalt'). Lediglich gegen den Exfreund erging ein ganz normales Urteil: 2500 Mark Geldstrafe (50 Tagessätze)." So der „Kölner Stadtanzeiger", der behauptet, Prozesse wegen Abtreibung seien selten geworden. Uns sind sie allein seit Oktober 1976 aus Hannover, Oldenburg, Bremen, Köln, Essen, Bielefeld, Frankfurt, Nürnberg, Mannheim bekannt geworden. Mit den Ausführungsgesetzen der Länder soll für die Durchführung der verschärften Strafverfolgung die geeignete Grundlage geschaffen werden. – (Z-Red.)

21 Tarifgruppen, Stechuhren, Rationalisierung

Die Lage der Angestellten / Spaltungsmanöver der DAG

Braunschweig. Auf der Betriebsversammlung im Mai 1976 bei den Luther-Werken, wo ca. 740 Beschäftigte (davon ca. 150 Angestellte) sind, wurde angekündigt, daß eine Unternehmensberatung für Rationalisierungsmaßnahmen in die Firma geholt werden soll. Grund, um nicht alle Arbeitsplätze zu gefährden, müsse im unproduktiven Bereich rationalisiert werden. Durch Verluste von Marktanteilen, wie Reparaturaufträge auf der Hubschrauberwerft in Waggum von 24 auf 17% und andere Bundeswehraufträge an andere Konkurrenzfirmen wären diese Rationalisierungen notwendig. Das Umsatzziel von 1977 wurde nicht erreicht. Beim Finanzkapital sind die Luther-Kapitalisten hoch verschuldet. Einen weiteren Kredit erhielten sie nur mit Ultimatum.

Seit die Unternehmensberater im Betrieb rumschnüffeln, sind eine Reihe von Angestellten gekündigt oder Stellen nicht neu besetzt worden. „Wir müssen gemeinsam anpacken, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen", so der neue Geschäftsführer auf der letzten Betriebsversammlung. Der Betriebsrat bei Luther tritt für die Einführung der gleitenden Arbeitszeit und die damit verbundene Einführung der Stempeluhren für Angestellte ein. Die gleiche Forderung erhebt die DAG. Durch kleine „Privilegien", frühere Gehaltsauszahlung ohne Lohnabzug, Einführung von Stempeluhren soll Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten wirken. Ein Sozialplan und ein neuer Betriebsleiter sollen her. Gegen die Verschärfung der Ausbeutung gibt es Widerstand. In einer Abteilung konnte durch Auseinandersetzung mit dem Abteilungsleiter und der Geschäftsleitung erreicht werden, daß eine neue Schreibkraft eingestellt wurde.

Zum Lohnkampf haben die Gewerkschaftsvertreter auf der letzten Betriebsversammlung die Notwendigkeit von „konjunkturgerechten Lohnabschlüssen" vertreten. Die Mehrheit der Angestellten bei Luther liegt in der Nähe vom durchschnittlichen Arbeiter- bzw. Facharbeiterlohn. In den sieben tariflichen Gehaltsgruppen wird der größte Teil der Angestelllten nach Gehaltsgruppe 3 und 4 bezahlt. Der Tariflohn in diesen Gehaltsgruppen liegt zwischen 1598 DM und 2081 DM. Seit 1974 gibt es bei den Angestellten in Niedersachsen sieben Einheitsgruppen mit je drei Untergruppen, also 21 Tarifgruppen, vorher gab es 15. Dadurch soll die Spaltung der Angestellten vorangetrieben werden.

220 DM Festgeld, dafür kann sich die Masse der Angestellten mit den Arbeitern im Lohnkampf zusammenschließen. Denn erst ab der Gehaltsgruppe 7, in die Diplominginieure, Akademiker und Diplomkaufleute eingestuft sind, würde eine Festgeldforderung von 220 DM weniger als 8% bringen.

Auf der letzten Betriebsversammlung bei Luther wurde der Redebeitrag einer jungen Angestellten für Festgeld und Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich von einem Teil der Belegschaft unterstützt. – (Bezirk Südostnds., Zelle Altstadtring)

Angestellte bei Siemens bekämpfen die Verdichtung des Arbeitstages – 35 von 40 Zeichnerinnen in die IG Metall eingetreten

Braunschweig. Im Braunschweiger Siemenswerk haben die Kapitalisten von 1973 bis 1975 „Rationalisierungsberater" im Werk gehabt. Durchforstet wurde vor allem der Forschungsbereich (600 Angestellte). Ergebnis war zum Beispiel im Bereich Konstruktion, daß zwei Zeichenautomaten angeschafft wurden, die einen großen Teil der ungelernten Zeichnerinnen freisetzen.

Gegen die Einrichtung von zwei Großraumbüros im Vertrieb (ohne funktionierende Klimaanlage) und in der Projektierung gab es Kampf der Angestellten. Über 300 Unterschriften wurden gesammelt gegen diese Arbeitsbedingungen. Jetzt mußten die Kapitalisten das Gewerbeaufsichtsamt zu Messungen ins Werk lassen.

Mit kleinlichster Schikane soll der Arbeitstag der Angestellten verdichtet werden. Zum Beispiel wird Arbeitsbeginn und Arbeitsende bei den Zeichnerinnen genau kontrolliert. Bei drei Minuten Verspätung sind die „Anwesenheitslisten" eingezogen, man muß dann beim Abteilungsleiter antanzen, der auch Krankheits- und „Regel"kurven führt. Gegen diese Schikane sind bis Anfang '77 35 von ca. 40 Zeichnerinnen in die IG Metall eingetreten. Die Forderung, bereits nach einem Monat Einarbeitungszeit und nicht erst nach drei bis sechs Monaten von Gehaltsgruppe 1a in 1b umgestuft zu werden, wurde durchgesetzt. Der Abteilungsleiter mußte seine Spitzelkurven vernichten.

Im Werk sind 44,3% der Angestellten bis zur Gehaltsgruppe 4 eingestuft. Bei durchschnittlicher Leistungs- und Sonderzulage heißt das in Gehaltsgruppe 3 (Industriekaufleute, einfache Sachbearbeiter) 1718 bis 1996 DM brutto, in Gehaltsgruppe 4 (Techniker, Sachbearbeiter mit Sonderaufgaben) 2016 bis 2337 DM brutto.

Ein Sprecher der DAG hat auf der Betriebsversammlung im Dezember eine 7,5%-Forderung angekündigt. Eine Festgeldforderung sei für die Angestellten nicht richtig, weil nicht „leistungsgerecht". „Die mittleren Einkommen würden bei Festgeld zu schlecht abschneiden." Spaltungsversuche, die immer durchsichtiger werden. Erst ab Gehaltsgruppe 7 (Diplomingenieure, Akademiker, Diplomkaufleute) würde bei einer solchen Prozentforderung mehr als 220 DM rauskommen. – (Bezirk Südostnds., Zelle Siemens Braunschweig)

Demonstration gegen Schließung der Drahtstraße 3 bei Thyssen Niederrhein

Am Montag demonstrierten die Arbeiter der Drahtstraße 3 bei Thyssen-Niederrhein gegen die mehrmonatige Stillegung der Drahtstraße ab Februar. Ab 12 Uhr zogen die Mittagsschichtler abgelöst ab 14 Uhr durch mehrere hundert Arbeiter der Frühschicht, vor dem Gebäude auf, wo sich Thyssen-Kapitalisten, Arbeitgeberverband, Betriebsrat und IG-Metall zu einer „Schlichtungssitzung" getroffen hatten. Nach 2 Jahren Kurzarbeit soll die zeitweise Stillegung ein Schritt zur Stillegung überhaupt sein. Der Betriebsrat war vorher gezwungen, den Plan der Thyssen-Kapitalisten für Februar abzulehnen. Wie erst am Freitag bekannt wurde, hat der Betriebsrat am Montag der Stillegung für rund 5 Monate zugestimmt, obwohl vorher nur die Rede von drei Monaten war. In der NRZ läßt er sich loben, daß er den Thyssen-Kapitalisten einen „Kompromiß abringen" konnte. Jetzt will der Betriebsrat Betriebvereinbahrungen mit den Thyssenkapitalisten schließen über „gleichmäßige Verteilung der Kurzarbeit" (Die Arbeiter der Drahtstraße 3 sollen im Wechsel mit der Belegschaft der Drahtstraße 4 auf der Drahtstraße 4 arbeiten), keine Entlassungen, (wobei die RP freudestrahlend meldet, daß dies nur für die Zeit der Stillegung der 3 gilt), zinslose Darlehen für die vom Blockstillstand betroffenen Arbeitnehmer, technische Modernisierung der Drahtstraße 3."

Ein Kompromiß also gegen die Thyssen-Arbeiter. Anstatt keine Kurzarbeit zuzulassen, sollen jetzt die Arbeiter der 3 und 4 kurzarbeiten, anstatt voller Lohnausgleich, Darlehen von den Kapitalisten, anstatt keine Rationalisierung legt der Betriebsrat den Thyssen-Kapitalisten nahe, die Ausbeutung auf der 3 zu verschärfen. Die Arbeiter haben am Montag angekündigt, wird der Blockstillstand beschlossen, sie vor dem Werk aufmarschieren und im Autokorso die Straßen blokkierend zur Thyssen-Verwaltung nach Duisburg-Hamborn und Düsseldorf ziehen wollen.

Forderungen, für die die Klöckner-Jugend auch 1978 eintritt

Vorbereitung der Jugendvertreterwahlen – Weihnachtsfeier zum Zusammenschluß gegen die Kapitalisten genutzt

Osnabrück. Seit langem ist den Klöckner-Kapitalisten in Osnabrück die klassenbewußte Jugendvertretung ein Dorn im Auge. Mit zahlreichen Angriffen haben sie im letzten Jahr versucht, unterstützt durch die Sozialdemokraten in der IGM-Führung, deren 1. Bevollmächtigter Weber zugleich Oberbürgermeister ist, und im Betriebsrat, die erkämpften Rechte der Jugend zu vernichten.

Im August 1977 wurde der Jugendvertreter Hellmich trotz Protesten und Unterschriftensammlung von den Betriebsratssitzungen ausgeschlossen und der Werkschutz sorgte für Einhaltung. Nachdem das erste Gewerkschaftsausschlußverfahren nicht gelang, wurde er aus dem Vertrauensleutekörper ausgeschlossen und das zweite wegen „Störung der DGB-Kundgebung am 1. Mai" und „Teilnahme an der KBW-Demonstration" eingeleitet. Trotz Antrag der Ortsverwaltung und des Untersuchungsausschusses auf Ausschluß entschied der Vorstand der IGM jetzt auf 12 Monate „Funktionsverbot". Das ist frech, aber nicht das, was sie erreichen wollten. Deshalb hat Weber auch Beschwerde eingelegt. Aufgescheucht und getroffen reagieren die Kapitalisten auf den Zusammenschluß der Klöckner-Jugend unter den Forderungen:

- Einheitlicher Existenzlohn für alle Auszubildenden
- Weg mit der Stufenausbildung
- Weg mit dem Beurteilungsbogen
- 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen
- Freistellung am Tage vor den Prüfungen
- Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach der Ausbildung.

Nach der letzten Jugendversammlung, auf der ein Beschluß gegen die Kündigung der Betriebsvereinbarung zu § 10 JASchG (Jugendarbeitsschutzgesetz), die die Freistellung auch am Tage vor dem mündlichen Teil der Prüfung regelt, gefaßt wurde und die Jugendvertretung eine Dokumentation vorlegte, reagierten die Kapitalisten mit der politischen Entlassung der Jugendvertretervorsitzenden Monika Willer.

Für die Freistellung waren die Elektrikerlehrlinge, wie die Kapitalisten das ausdrücken, „willkürlich nach Hause gegangen". „Willkürlicher Fehltag" und Verweis gegen den Jugendvertreter Hellmich war die Reaktion der Kapitalisten und ebenso, weil er sich gegen das Faschistentreffen in Osnabrück im Betrieb „parteipolitisch betätigte".

Durchgedrückt haben wollen die Klöckner-Kapitalisten auch einen neuen Beurteilungsbogen. Fast zwei Jahre konnte dies verhindert werden. Jetzt hat der Gesamtbetriebsrat dem Beurteilungsbogen gegen die Gesamtjugendvertretung und die Beschlüsse der Jugendversammlung zugestimmt.

Mit der Absetzung der Weihnachtsfeier wollten sie das Maß vollmachen. Geschlossen sind die Auszubildenden für die Weihnachtsfeier in einer Unterschriftensammlung und einer Jugendversammlung eingetreten, so daß die Feier durchgeführt werden mußte. Arbeitsdirektor Buchholz stellte die Bedingung, daß er die Leitung habe und wollte der Jugendvertretung das Rederecht nehmen. Die Reden, die er und Ausbildungsleiter Fabian hielten, zielten darauf ab, daß die Jugend doch „Geschenke nehmen" sollte, statt der Weihnachtsfeier, denn dies sei schließlich eine „Familienangelegenheit". Ruhe sollte zu Weihnachten – und am besten immer – herrschen. Das Programm der Jugendvertretung sei „zu rot angehaucht". Beifall hat Buchholz dafür nicht geerntet, aber die Jugendvertretung, die den Spaltungsabsichten entgegentrat und die Forderungen aufstellte, für die die Jugendlichen auch 1978 und für die Jugendvertreterwahlen eintreten. Eine Sammlung für die entlassene Jugendvertreterin Willer erbrachte 185 DM. Eine Weihnachtsfeier gegen die Kapitalisten und für den Zusammenschluß der Jugend, das war gerade das, was die Kapitalisten hatten verhindern wollen.

25 Prozent Weihnachtsgeld für das erste Lehrjahr anstatt 100 Prozent, gegen diesen Plan wurde auf der Jugendversammlung aufgetreten. Der Betriebsrat mußte zusagen, daß er dieser Regelung nicht zustimmen wird, die 100 Prozent wurden gezahlt.

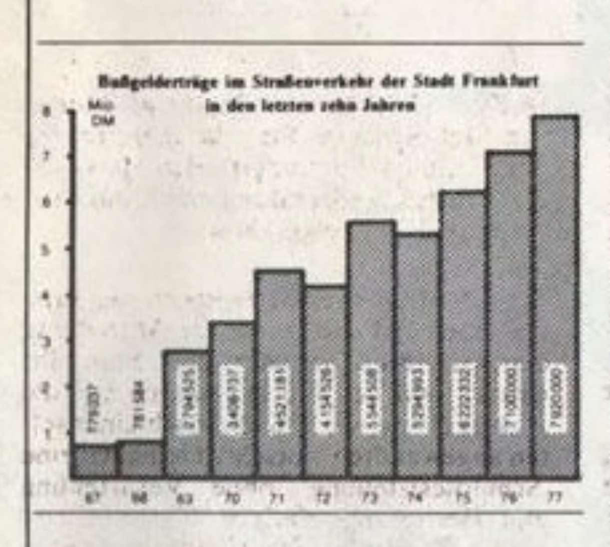
Mit hektischen Vorbereitungen für vorgezogene Neuwahlen der Jugendvertretung wegen „Unvollständigkeit", abgetrennt von den Betriebsratswahlen in diesem Jahr, wird gegenwärtig ein neues Spaltungsmanöver versucht. Auf der Grundlage der Forderungen und der Kampferfahrungen der Klöckner-Jugend kann dies für die Kapitalisten ein Schlag ins Wasser werden. – ((Klöckner-Zelle Bezirk Osnabrück Emsland/N-Red.)

Vor dem Fregattenbauprogramm – gut verpackte Kurzarbeit / „Sonderurlaub" auf der Vulkan-Werft

Bremen. Folgende Bekanntmachung hängt an den schwarzen Brettern der Vulkan-Werft: „Bekanntmachung: Im Hinblick auf die sich für den SBS-Bereich (Schweißerei, Pressluftwerker und SBS-Brenner) abzeichnende Beschäftigungslücke (ab 2. Januarhälfte) und die Unterbeschäftigung in der Gießerei (MBG) wird den Mitarbeitern dieser Gewerke das nachstehende Angebot für die Gewährung von Sonderurlaub unterbreitet. Der Sonderurlaub wird im Zusammenhang mit Tarifurlaub wie folgt angeboten:
Urlaubsbeginn 16. – 23.1.1978 bis zu drei Wochen Sonderurlaub, anschließend bis zu 27 Arbeitstagen Tarifurlaub, anschließend bis zu drei Wochen Sonderurlaub. Wenn sich keine Änderungen im Auftragsbestand ergeben, ist im Anschluß an den Sonderurlaub Kurzarbeit nicht zu erwarten.

Den Mitarbeitern, die von dem Angebot auf Gewährung von Sonderurlaub Gebrauch machen, wird ein Vorschuß gezahlt, der die bisherige Stundenleistung und den anstehenden Tarifurlaub umfaßt. (. . . .)"

Straßenverkehrspolizei: Eine bewaffnete Armee zur Ausplünderung und Bespitzelung der Volksmassen



Um diese gestiegenen Bußgelder einzutreiben, wurde der Apparat von Schutz- und Hilfspolizisten verfeinert, aufgestockt und ausgebaut. Die Hilfspolizei z.B. ist 1974 als eigenständige Gemeindepolizei eingeführt worden und hat einen wesentlichen Anteil an den Steigerungen. Im Haushaltsplan 1977 / Hilfspolizei heißt es: „Durch die Erhöhung des Personalbestandes ist eine Effizienzsteigerung von ca. 30% pro besetzter Stelle zu verzeichnen." Die Zahl der Hilfspolizisten wurde von 1972 bis 1977 von 110 auf 215 fast verdoppelt.

Die Bußgeldeinnahmen stiegen von 1,15 DM pro Kopf der Bevölkerung 1967 auf 12,40 DM 1977. Rückgänge, wie 1972 und 1974, sind nicht etwa durch eine Abnahme der Bußgelder zustandegekommen, sondern durch Abgabe von Bußgeldeinnahmen vom Stadthaushalt an den Landeshaushalt (etwa 1 Mio. DM). Aufgabe der Verkehrspolizei ist nicht nur, Geld einzutreiben, sondern ebenso die Bespitzelung der Bevölkerung. In der Polizeidienstvorschrift 100 heißt es zum Stichwort „Verkehrsmaßnahmen":

„. . . hat sich auch gezeigt, daß der erzieherische Wert der polizeilichen Tätigkeit weniger in der Art und Höhe der Sanktion liegt, als vielmehr in dem Risiko, entdeckt zu werden. Insofern muß der Verkehrsteilnehmer ‚verunsichert' werden. Er muß ständig das Gefühl haben, unter Beobachtung zu stehen." „Je nach Überwachungsziel ist zu unterscheiden, ob die Beamten in Uniform oder in bürgerlicher Kleidung, auch mit neutralen Kraftfahrzeugen, einzusetzen sind, oder ob ein kombinierter Einsatz zweckmäßig ist." Darüberhinaus wird in allen Abschnitten der Polizeidienstvorschrift 100 die Wichtigkeit von ständiger Beobachtung und Information hervorgehoben. Wer sollte dem besser dienen als die Verkehrspolizei unter dem Vorwand der Verkehrsregelung? – (Z-Red.)

(Alle Zahlen aus den Haushaltsplänen Frankfurt 1966/67: Planzahlen)

Von 9.30 Uhr bis 16.00 Uhr wurden am Samstag den 7.1.78 Demonstrationen und Blockaden gegen die Gebühren und Tariferhöhungen des Bremer Senats durchgeführt. Die Demonstration, die morgens mit 200 Menschen begann, wuchs bis mittags auf 400. Dieser Tag war ein Schlag gegen den Bremer Senat, und es hat sich gezeigt: An jedem Punkt in der Stadt fand die Demonstration, die Blockaden und die Reden und Vorträge gegen den Bremer Senat, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat, für Streik im Tarifkampf und Kampf gegen die Ausplünderungspolitik des bürgerlichen Staates breite Unterstützung. Angeführt durch den Chor und Musikzug des Soldaten- und Reservistenkomitees wurde gleich morgens die Domsheide, der Verkehrsknotenpunkt der Bremer Straßenbahn besetzt. Das war ein wichtiger Punkt, nachdem dieser am Montag umgangen worden war. Die Geschlossenheit der Demonstration und die Unterstützung der Massen war so groß, daß der Bremer Senat nichts anderes dagegen zu tun wußte, als daß er mit 50 Mann Polizei die Plakatausstellung auf dem Marktplatz abräumen ließ, als gerade die Demonstration weitergezogen war und nur fünf Genossen dort waren. Das war kein Zeichen der Stärke.

Benz braucht Arbeiter aus Bamberg für Produktion in Stuttgart

Bamberg. Das Arbeitsamt Bamberg ließ am Donnerstag, den 5.1.78, sämtliche arbeitslose Metallarbeiter und Elektriker antreten. „In absehbarer Zeit" hätten sie hier sowieso keine Arbeit anzubieten, aber Daimler Benz in Stuttgart suche eine Menge Arbeitskräfte. Bedingungen: Stundenlohn zwischen 10,50 und 12 DM, bei Schicht und Akkord noch mehr, Unterkunft 80 DM, Mittagessen 2 DM. Daimler Benz-Einstellungsbogen wurden gleich mitgegeben. Da drauf ein Stempel: Schicht ja/nein, Brillenträger ja/nein, Körpergröße . . .

Ein Arzt würde hierher nach Bamberg zu Voruntersuchungen kommen. Alles weitere später, nachdem der Bogen ausgefüllt sei. Die Empörung bei den Arbeitsuchenden war groß. „Die denken wohl, mit uns könnten sie es machen, weil wir hier niedrige Löhne haben und dann dort alles mitmachen würden. Ohne mich." „Ich werde doch zuhause gebraucht auf dem Hof, wie soll ich da rumkommen, wenn ich in Stuttgart bin. Wenn die ein Flugzeug zu Verfügung stellen, dann ja, ansonsten nein." „Ich lehn von vornherein ab, das mach ich nicht mit, diese Rumschickerei." „Allerhöchstens ein halbes Jahr mache ich das, damit mal wieder Geld in die Kasse kommt. Aber wohl ist mir bei der Sache nicht, die nutzen einen doch nur aus."

Metallhandwerk Hamburg: Tarifvereinbarung: Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen

Hamburg. Die Verhandlungskommission zwischen IG Metall und Kapitalisten im Metallhandwerk im Nordverbund hat folgendes beschlossen: Erhöhung des Ecklohns von 9,64 DM auf 10,15 DM. Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Erhöhung der Montage- und Fernauslösesätze. Darüber beschließt die Tarifkommission.

50 Pfennig mehr sofort

Freiburg. Die Abteilung Filmmontage der Firma Freiburger Graphische Betriebe hat am 4.1.1978 nach kurzer Beratung über die gesteigerte Arbeitshetze geschlossen die Forderung nach 50 Pfennig mehr in der Stunde für alle sofort! aufgestellt. Die Forderung wurde dem Abteilungsleiter vorgetragen. Die Geschäftsleitung will am Dienstag der Belegschaft ihre Stellungnahme vorlegen.

Lügenzettel der Druckkapitalisten zur Ausrichtung ihrer Reihen

Hamburg. Der Verband der Druckindustrie Nord e.V. hat einen Lügenzettel herausgebracht über „Die Hintergründe der Streiksituaiton in der Druckindustrie", offensichtlich ein Rundschreiben, das als Argumentationshilfe zur Ausrichtung der eigenen Reihen dienen soll:

„Mit Einzug der neuen Technologie in die Druckereien und Verlage wird die traditionelle Aufgabe der Setzer weitgehend vom Computer übernommen ... Schon wenn die Sekretärin den Text schreibt, erscheint er getippt auf einem Bildschirm ... Von der traditionellen Arbeit des Setzers ist nur noch der Umbruch geblieben." Vertuschen wollen die Druckkapitalisten, daß die Arbeit natürlich weiterhin von Menschen gemacht wird, nämlich von der Sekretärin, die jetzt die Satzbefehle eingeben muß, oder von dem Redakteur, der gleich seinen Artikel selber setzt. Vertuscht werden soll, daß der Zweck dieser Umstellung die Erhöhung des Profits durch Senkung der Lohnkosten ist. Bezüglich des Lohns sollen die Setzer gespalten werden in solche, die unter großem Arbeitsdruck, praktisch im Akkord, den Text tippen und solche, die am Bildschirm den Seitenumbruch machen. Das entspricht genau dem Tarifangebot der Druckkapitalisten, Maschinensetzerlohn nur bei der „Textgestaltung" zu zahlen.

Weiter versuchen die Druckkapitalisten, gegen die Warnstreiks der Arbeiter zu hetzen: „... Dem Aufruf sind nur wenige Arbeitnehmer in sechs Hamburger Betrieben gefolgt. Sie sind auf Manipulationen hereingefallen ..." Daß es die sechs größten Druckbetrieben waren, müssen sie natürlich verschweigen.

Bei der Druckerei Christiansen in Hamburg haben die Setzer sofort, als sie dieses Pamphlet auf ihrem Arbeitsplatz fanden, den Aufruf des Hauptvorstandes zur Verweigerung von Überstunden und Durchführung von Warnstreiks aufgehängt. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Empörung über das 4,2%-Angebot der Hafenkapitalisten! Weg mit der Schlichtung!

Das Angebot der Kapitalisten an die Hafenarbeiter stößt seit dem Bekanntwerden nur auf schroffe Ablehnung. Eine Gesamtlohnerhöhung von 5% haben die Kapitalisten angeboten, wobei die Erhöhung auf den Lohn allenfalls 4,2%, die Erhöhung der Lohnkosten durch Veränderungen des Eingruppierungsvertrages 0,8% nach Rechnung der Kapitalisten ausmachen soll. Durch die Eingruppierung werden verschiedene Lohngruppen vorweg angehoben, bzw. erst neu geschaffen; einige Lohngruppen sollen durch die neue Eingruppierung aus der Front gebrochen werden. Offensichtlich wird seitens der Gewerkschaftsführung diesem Abspaltungsmanöver keinerlei Widerstand entgegengesetzt. Stattdessen hat man sich hinsichtlich „des Verhandlungsstandes" Eingruppierungsvertrag „weitgehend geeinigt".

Die ÖTV hat die Verhandlungen für gescheitert erklärt und erneut freie Verhandlungen während des Schlichtungsverfahrens abgelehnt. Das ist zu begrüßen. Die nächste Schlichtung ist am 10.1.78.

Seit dem 4.1. klebt im Hamburger Hafen ein Aufkleber, der sich gegen das unverschämte 4,2% Angebot und gegen die Schlichtung richtet und den Streik propagiert.

Brief der BAYER-Gewerkschaft aus Peru beantwortet

Köln. Der Brief, den das Sekretariat der Arbeitergewerkschaft des Werkes Bayinsa S.A. Lima, Peru an die Bayer-Arbeiter in Leverkusen geschrieben hat, um enge Beziehungen im Kampf gegen die Ausbeutung durch das Bayer-Kapital herzustellen, ist jetzt beantwortet worden. Nachdem der Betriebsrat, an den der Brief gegangen war, die Kollegen nicht informiert hatte, wurde der Brief der peruanischen Bayer-Arbeiter in der Betriebszeitung der Bayer-Zelle des KBW veröffentlicht und breit diskutiert. „Denen muß man unbedingt antworten. Das unterschreibe ich sofort", hat ein junger Arbeiter gesagt. In dem Brief heißt es: „Wir wollen uns mit allen Kräften dafür in unserer Gewerkschaft einsetzen, daß wir uns gegenseitig über unsere Lage informieren und uns über die Grenzen hinweg unterstützen." 12 Kollegen haben diesen Brief nach Lima abgeschickt.

Innerbetriebliche Lohnerhöhung um 4,5 bis 5%

Paderborn. Die Nixdorf-Computer AG hat am 1.1.78 innerbetrieblich die Löhne erhöht. Die Erhöhung ist nicht einheitlich, sondern beträgt je nach Leistungsbeurteilung und Lohngruppe 4,5 bis 5%. Nixdorf geht schon seit Jahren so vor. Bisher haben seine Erhöhungen weitgehend mit den späteren Abschlüssen übereingestimmt bzw. leicht darüber gelegen.

1975: 1939 DM Bruttoverdienst, 1977 217 DM wöchentliches Arbeitslosengeld, 1978: Zwangsverpflichtung zum Deichbau

Stingl: „Die Arbeitsämter registrieren nicht nur, sie vermitteln auch"

„Eine Normalisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Arbeitskräften würde allemal auch einen großen Teil derer in Arbeit bringen, die heute im Wettbewerb hintanbleiben oder sich selbst nicht vordrängen, sondern mit den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen eines Arbeitslosen eine Zeitlang ganz gut zurechtkommen und mangels ausreichender Nachfrage nach Arbeitskräften im ganzen auch von außen weniger als sonst gedrängt werden, eine freie Stelle anzunehmen", so der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Gutachten zur materiellen Lage der Arbeitslosen.

„Ganz gut zurechtkommen"! Diese Unverschämtheit soll dazu dienen, den jüngsten Angriff auf die Arbeitslosenversicherung ideologisch abzusichern. In den Dienstblättern der „Bundesanstalt für Arbeit" ist er jetzt voll herausgelassen worden. Er betrifft die Arbeitslosenhilfe-Empfänger und die „Berufsanfänger". War es bisher so, daß Arbeitslosenhilfe unbegrenzt gezahlt wurde, so wird ab Jahresbeginn ca. alle sechs Monate eine neue Beantragung erforderlich. Dazu kommt immer ein „Außendienstbericht", also erheblich verstärkte Schnüffelei, wofür der größte Teil der 1 000 neuen Stellen bei den Arbeitsämtern gedacht ist. Und hinzu kommt in jedem Fall eine Stellungnahme der Vermittlung. Damit werden die Arbeitslosenhilfe-Empfänger, allesamt binnen Jahresfrist als Hilfsarbeiter eingestuft. Die Ausgelernten, die arbeitslos werden nach der Lehre, erhalten ab 1978 nur noch 75% vom Arbeitslosengeld. Um 87% sei ihre Zahl von 1976 auf 1977 gestiegen, meldet Stingl im „Handelsblatt" zur Jahreswende, und damit am stärksten von allen Arbeitslosengruppen.

Tatsächlich sieht die Lage so aus: 1975 betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld 737 DM im Monat, gerade so viel, wie die „Sachverständigen"-Bagage für eines ihrer Treffen an Spesen kriegt. Wurden bei einem Bruttoverdienst von 1939 DM 1975 noch 221 DM Arbeitslosengeld die Woche gezahlt, so waren es 1977 nur noch 217 DM. Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe betrug 1975 eben über 400 DM im Monat. Daraus wird deutlich, daß die Familien der Arbeitslosen schon mit über 200 DM im Schnitt angerechnet wurden. Unter der Fahne sozialdemokratischer Gerechtigkeit hat die Bundesregierung im Bulletin vom 27.5.77 „die Änderung steuerlicher Vorschriften" verkündet. „Um nicht vertretbare Vorteile für Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe beim Lohnsteuerjahresausgleich zu vermeiden."

„Die Arbeitsämter registrieren nicht nur, sie vermitteln auch", schreibt Stingl stolz im besagten „Handelsblatt". Über 2 Millionen sind es in jedem Jahr und nach Aussagen der Vermittler so gut wie keiner mehr über Tariflohn vermittelt, also bei effektiv 10-30% weniger Lohn als vorher. Es ist der Stolz des Bourgeois über die erneute Einführung der Zwangsarbeit. Das sieht dann so aus, daß über die „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" zwei bis fünf Arbeitslose einem Kapitalisten zugeschanzt werden, der dann die Löhne zu 80% aus den Versichertengeldern bezahlt kriegt. Fünf Männer wurden mit 17 800 DM Zuschuß und 35 000 DM billigem Darlehen der Wassersportvereinigung Mönkeberg/Kiel zugewiesen zwecks Wiederherstellung des Sporthafens. Am 5.1. meldete die „Umschau am Abend", daß für 1978 von über 4 000 Arbeitern im Landesarbeitsamtsbezirk Schleswig-Holstein/Hamburg allein 960 für den Deichbau zwangsverpflichtet werden sollen. Schon nach dem 2.Weltkrieg wurde der Direktor des Arbeitsamtes Flensburg „der Deichgraf" genannt.

Am Schluß seines Artikels im „Handelsblatt" meint Stingl, daß auch die „Sozialpartner" durch ihre Entscheidungen die „Beschäftigungslage" verbessern könnten und fordert damit auf zu entschiedener Lohndrückerei. Die Arbeiterbewegung geht in die entgegengesetzte Richtung. Sie schließt sich zusammen im Lohnkampf und kämpft für die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und deren Bezahlung allein durch die Kapitalisten. – (Bezirk Holstein)

Streik der Michelin-Arbeiter in Frankreich für die 40-Stunden-Woche



„Wir wollen unsere Samstage, wir wollen unsere Sonntage, wir wollen die 40-Stunden-Woche", unter diesen Forderungen haben die Arbeiter von Michelin vom 19. bis 29. Dezember gestreikt. Der Streik hat sich gegen die Pläne der Kapitalisten gerichtet, bei Michelin die durchgehende Schichtarbeit einzuführen. 24 Stunden am Tag während 7 Tagen in der Woche sollen die Maschinen laufen. Nur so könnten sie gegenüber der japanischen Konkurrenz bestehen, versuchten die Michelin-Kapitalisten die Arbeiter für die verschärfte Ausbeutung zu gewinnen. Der Streik der Michelin-Arbeiter hat die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse. Am Montag, dem 26. Dezember, legten die Arbeiter des Departements Puy-de-Dome die Arbeit nieder. 20000 Arbeiter aus 5 Werken von Michelin versammelten sich mit den Arbeitern der anderen Fabriken und den Familien. Die Arbeiter von Michelin haben erklärt, daß sie sofort den Streik wieder aufnehmen, falls ein neuer Versuch zur Durchsetzung der 7-Tage-Woche unternommen wird.

IGM-Führung will Kapitalisten von dem „Recht" der Bezahlung von 50% der Krankenversicherungsbeiträge „befreien"

In der „Metall" 25/26 verkündet die IGM-Führung einen Vorschlag zur Neuorganisierung der Krankenkassen, „weil uns ... die Kosten und Aufwendungen für unser Gesundheitssystem über dem Kopf zusammengeschlagen wären, wenn die Politik nicht ... mit einem Kostendämpfungsgesetz reagiert hätte." Die Volksmassen haben inzwischen Erfahrung mit der Ehrenbergschen Kostendämpfung gemacht, sie ist verhaßt und wird bekämpft.

Im Zusammenschluß gegen die Kapitalisten erheben die Arbeiter seit langem die Forderung nach einheitlicher Sozialversicherung in Selbstverwaltung. Es scheint so, als propagiere die IGM-Führung eben gerade diese Forderung, jedenfalls ist das ihr Schlachtruf. Wie das genauer aussehen soll, erläutert Karl-Heinz Janzen, im IGM-Vorstand zuständig für Sozialpolitik, gegenüber dem „Handelsblatt". Es heißt dort:

„Die soziale Krankenversicherung sollte nach Janzens Vorstellungen vielmehr in der Weise vereinheitlicht werden, daß das Nebeneinander von Mitgliedschafts-, Leistungs- und Beitragsrecht verschwände, die Aufgabenerfüllung dieses Bereichs rationalisiert und die Effizienz verbessert würden." Das Kostendämpfungsgesetz sei nur „Flickwerk". „... die IG Metall strebe ... eine reine Solidaritätsorganisation der Versicherten ohne Arbeitgeberbeteiligung an." An Beitragskürzungen sei nicht gedacht. (Handelsblatt, 28.12.77)

Stutzig wird man bei dem Begriff „Beitragsrecht". Sollte vielleicht gemeint sein, daß mit dem „Recht" der Kapitalisten, 50% der Versicherungsbeiträge zu zahlen, Schluß sein soll und dieses „Recht" nun gänzlich auf die versicherten Lohnabhängigen übergehen soll? „Letztlich müsse über dieses Konzept jedoch politisch entschieden werden, und von daher rechnet Janzen mit einer Spanne von zehn bis zwölf Jahren, bis Konturen sichtbar werden." (Handelsblatt, 28.12.77) Zehn bis zwölf Jahre, bis sich die Kapitalisten von dem „Recht", Beiträge zu zahlen, befreit haben. Demgegenüber wäre allerdings die Ehrenbergsche Kostendämpfung nur Flickwerk.

Von der Selbstverwaltung bleibt nichts, da laut „Metall" „... der Staat aus seiner Verantwortung für die Ordnung der medizinischen Versorgung (nicht) entlassen werden darf." Das heißt: Reichsversicherungsordnung und staatliche Kontrolle der Krankenkassen durch die Oberversicherungsämter.

Janzens Äußerungen müssen als ein kühner Vorstoß gewertet werden. Wir sind gespannt auf die nächsten Erläuterungen der IGM. – (Z-Red.)

Mit Kellogg's Cornflakes auf Eroberungstour durch Afrika? – Die Jugend sammelt für Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Die Kellogg Company, USA, mit Zweigniederlassung Kellogg GmbH in Bremen leistet Schützenhilfe bei den angestrengten Versuchen der Imperialisten, die Bastionen, über die sie noch in den Ländern der Dritten Welt verfügen, gegenüber den Befreiungskämpfen der jahrhundertelang blutig unterdrückten und vom Imperialismus ausgeraubten Völker zu halten.



Mit Fix und Foxi auf Eroberungstour durch Afrika, heißt das Spielchen, mit dem die Fünf- bis Sechsjährigen für die Interessen eingestimmt werden sollen, denen die Imperialisten nachjagen. Natürlich ist das Land unbewohnt und wartet nur darauf, von Fix und Foxi entdeckt und dann erobert zu werden. Noch bevor die Reise durch das Niemandsland richtig losgeht, machen sich die beiden erst mal an die Arbeit und graben eigenhändig begeistert nach Diamanten. Nachdem sie für das weitere Abenteuer niemand aufhält, kämpfen sie mit den Unbilden der Natur, Sandsturm. Vier Felder zurück. Weitere Hindernisse gibt es dann erst mal nicht zu überwinden. Kurzer Aufenthalt wegen *Souvenierkauf*(!) an der Westküste Afrikas. Aber dann ... Gefahr im Anzug! Messerwetzende Araber in der Westsahara in Sicht, Rückzug, aber ... in Libyen angekommen: Ein Kamel hilft! Darf noch mal würfeln. Nach Stärkung mit Corn-Flakes schwimmen Fix und Foxi im Öl Saudi-Arabiens. Vor Gefahren, dem menschenfressenden Krokodil, wie die Illustrierten den Präsidenten von Uganda gemeinhin zu charakterisieren pflegen und den Kochtöpfen wildgewordener „Hottentotten" wird gewarnt. Dreist und unverfroren verlogen ist das zwar, aber große Aussichten auf Erfolg?

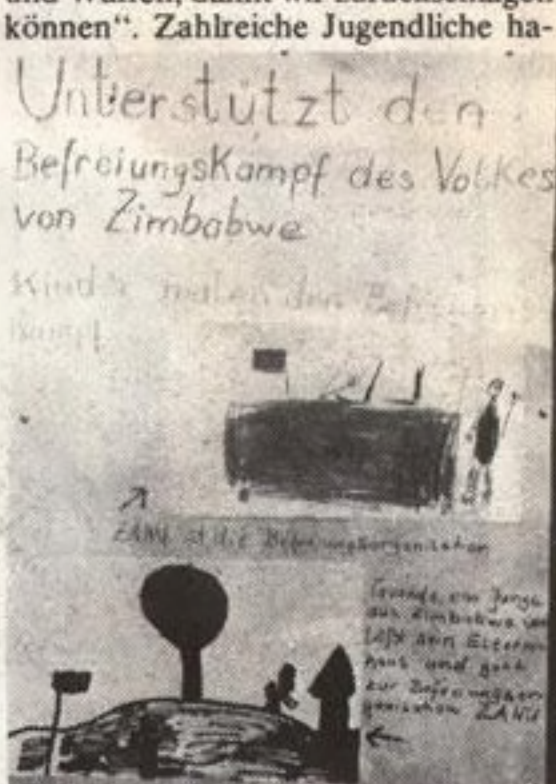
„Gewehre für die Jugend von Zimbabwe", dafür sammeln Kinder und Jugendliche in der BRD. Wilde Drohungen gegen ganze Schulkassen, Sammlungsverbote, Besuche von Verfassungsschutz bei einzelnen Schülern und Eltern haben die Sammlung bisher nicht verhindern können, zu der die KJB's aufgerufen haben.

Die Jugend in der BRD wird von der Bourgeoisie unterdrückt und neben scharfer Unterdrückung kann die Bourgeoisie bloß ideologisch gegen das starke Gefühl von Gerechtigkeit,



das es unter der Jugend gibt, vorgehen; hoffen mit Geschichtsfälschung, Unterschlagung einfacher Tatsachen, Lügen voranzukommen.

Im Schulkindergarten haben sich fünf- und sechsjährige Kinder das Bilderbuch „Freiheit für Zimbabwe" angesehen. Über die Berichte und Bilder gab es im Kindergarten lebhafte Gespräche. Einer der Jungen: „Mein Vater hat zu Hause auch ein Gewehr im Schrank. Ich sage ihm, er soll damit nach Afrika fahren und die Weißen wegjagen". Schulklassen haben Briefe an die Jugend Zimbabwes geschickt und gefragt, was sie zur Unterstützung des Kampfes tun können. Der Sekretär für internationale Beziehungen M. Mudzi hat geantwortet: Wir brauchen Nahrung, medizinische Versorgung und Waffen, damit wir zurückschlagen können". Zahlreiche Jugendliche ha-



ben sich an der Organisierung von Aktionen, die den Kampf der Jugend in Zimbabwe unterstützen, beteiligt, und sie haben dabei Fortschritte im Kampf gegen die Unterdrückung hier gemacht. Die Losung des Volkes von Zimbabwe hat sie darin ermutigt: „Wir sind unsere eigenen Befreier"! Zimbabwe, pamberi ne chimurenga! Das ist auf deutsch: Zimbabwe, vorwärts im Befreiungskampf! – (N-Red.)

Die Propagandamaschine der Kapitalistenklasse: Publizistische Entwertung der Lohnforderung

Am 22.11.1977 übergaben die Wirtschaftssachverständigen das bei ihnen von der Regierung bestellte Gutachten der Öffentlichkeit und stellten damit 3,5% Bruttolohnerhöhung für 1978 als Peilpunkt auf. Die Gewerkschaftssozialdemokraten zeigten sich von künstlicher Erregung geschüttelt. Je nach Gemüt und Masche, im einzelnen poltriger oder quengeliger, klang es aus den höheren Etagen der Gewerkschaftshäuser. Das Gutachten sei Geschwafel. Die Forscher sollten lieber forschen. Oder nicht so konservativ sein und ihr Denken umgestalten. Entscheidungen würden sowieso nur am Verhandlungstische fallen usw. – Es war zu diesem Zeitpunkt hinsichtlich der Lohnbewegung Stahl die ersten kräftigen Provokationen der Arbeiter bereits geschehene Sache und bei der metallverarbeitenden Industrie wie auch in den öffentlichen Diensten die Erörterung der Mitglieder wegen der aufzustellenden Lohnforderungen noch im Gange. Beruhigung tat not. Die Gewerkschaftssozialdemokraten ließen durchblicken, das Gutachten habe nichts zu bedeuten und sei bloß eben ärgerlich. Dieser Job wurde ihnen vom Fernsehen stark erleichtert.

Am 22.11.1977 der Nachrichtensprecher im ZDF: „Übrigens, in ihrem Gutachten für 1977 hatten sich die 5 Weisen vor einem Jahr ziemlich geirrt. Von den 29 Zahlen ihrer Vorschau mußten sie 28 nachträglich korrigieren."

Das Jahresgutachten hatte eine Steigerung von Bruttolohn und -gehalt pro Arbeitnehmer von 7,0% bis 7,5% empfohlen. Die IGM hat daraufhin zwischen 6,0 und 6,9% abgeschlossen. Der Abschluß im öffentlichen Dienst machte auf einen Durchschnittslohn etwa 6,0% aus. Wenn also das Jahresgutachten für 1978 die bekannten 3,5% vorschlug, bestand überhaupt kein Grund, diese strategische Projektion als Produkt von „fünf konservativen Professoren", die „in einer jahrhundertealten Vorstellungswelt leben" abzutun, wie Eugen Loderer von der IG Metall tat. Die Empfehlung der Sachverständigen war die erste konkrete Warnung über das Ausmaß, in dem die Kapitalistenklasse den Angriff auf den Lohn gestaltet wissen will. Die führenden Gewerkschaftssozialdemokraten taten den 3,5%-Vorschlag als bedeutungslosen Altmännerfurz ab. Wären sie dabei geblieben und wäre dies das einzige gewesen, was sie gesagt hätten, nun gut. Da diese Fachleute aber wissen, daß man das Sachverständigengutachten ernst nehmen muß, beeilten sie sich, binnen einer möglichst kurzen Zeit von den eben in ihren Gewerkschaften aufgestellten Forderungen herunterzukommen. Denn diese waren zu hoch.

Am 13.12.1977 Eugen Loderer auf einer Pressekonferenz, über die das ZDF am gleichen Tage berichtet: „Der IG Metall Vorsitzende Eugen Loderer hat darauf hingewiesen, daß die Forderungen seiner Gewerkschaft bei den bevorstehenden Tarifrunden bei 8 bis 8 1/2 Prozent liegen werden. Nach einer Sitzung von IG Metall Führungsgremien erklärte Loderer, diese Zahlen seien jedoch kein Ultimatum. Die IG Metall sei mit einem Verhandlungsergebnis zufrieden, mit dem sie vor ihre Mitglieder treten könne."

Eugen Loderer hat also die Forderung der Gewerkschaft gleich bei Bekanntgabe mit einer Sollbruchstelle versehen.

Am 20.12.1977 Heinz Kluncker, ebenfalls auf einer Pressekonferenz, ebenfalls wegen Veröffentlichung des Forderungsvorschlages des ÖTV-Hauptvorstandes, ebenfalls am gleichen Tage im Fernsehen auf die Frage, ob die 7,5%-Forderung nicht die Regierung Schmidt in Schwierigkeiten bringe: „Das glaube ich nicht. Regierungen müssen immer niedriger schätzen, sonst würden sie die Verhandlungen vorwegnehmen. Im übrigen sind Schätzungen nur Annäherungswerte, die Tarifautonomie geht vor, wenn wir verhandelt haben, müssen die Haushaltsexperten dann nochmal in ihre Ausschüsse gehen, um entsprechende Bewilligungen zu bekommen."

Er behält sich vor, einzulenken, wenn, also wenn die Regierung durch die Forderung wirklich in Schwierigkeiten kommt. Woher kann die Regierung wegen nachgiebiger Haltung in Sachen Lohn in Schwierigkeiten kommen? Bei der Kapitalistenklasse, den Banken, bei der Presse. Wo sonst.

Am 1.1.1978 benutzt Heinz Oskar Vetter den Deutschlandfunk, um über die Forderungen der DGB-Gewerkschaften ein düsteres Orakel zu bringen: „Auf die neue Lohnrunde angesprochen äußerte sich der DGB-Vorsitzende zurückhaltend, die von den Gewerkschaften angestrebten Lohnsteigerungen würden sich sicher auch an der wirtschaftlichen Gesamtsituation ausrichten, und man solle nicht vergessen, daß zwischen Forderung und Abschluß eine gewisse ‚Bandbreite' liege."

In diesem Zeitraum bestand seitens der Stahlkapitalisten ein Angebot von sechs Monate lang gar nichts. Loderer muß die Stahlarbeiter im Zaume halten und darf sie um Gottes willen nicht ermutigen. Deswegen glitscht er so *weit* ab. Kluncker hat die „Mitgliederdiskussion" der von ihm plazierten Forderung noch vor sich. Heinz Oskar Vetter hat in seinem stark gepanzerten Amt als DGB-Vorsitzender keine weitere Vorsicht nötig. Auf je verschiedene Weise deuten die Sprecher der DGB-Gewerkschaften jedenfalls an, daß die von ihnen vorgetragenen Lohnforderungen, die um 8% liegen, bloß als ein gewerkschaftsinterner Kompromiß zur Mitgliederberuhigung gedacht wären, der noch heruntergezogen werden kann, wenn nur Vorwände da sind.

Nachdem dies abgewickelt, schweigen die Sprecher der Gewerkschaften und überlassen das weitere der Demokratie in der bürgerlichen Presse. Eine ziemlich flotte Entwicklung setzt ein.

Am 21.12.1977 notiert die „Frankfurter Neue Presse" den Kurswert der rund 8prozentigen Forderungen noch mit 62,5%: „Beide Seiten brauchen diesen Bewegungsspielraum, um schließlich zu einem vor den Mitgliedern und vor der Öffentlichkeit vertretbaren Abschluß zu kommen. Daß ein Ergebnis von 5% bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ein respektabler Erfolg wäre, wird auch von gewerkschaftlichen Beobachtern nicht bestritten." 5 sind 62,5% von 8.

Am 22.12.1977 drückt Max Streibl, bayerischer Innenminister. Er läßt in der „Welt" anmerken: „Es gilt, in der kommenden Lohnrunde Augenmaß zu bewahren, um die Chance zu erhalten, im neuen Jahr die Grundlage für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen, meinte Streibl ... Streibl hält eine Lohnerhöhung zwischen 4,5% und 5,5% für realistisch." Damit ist eine „4 vor dem Komma" im Spiel. 4,5 sind von 8 nur noch 56,25%.

Am 24.12.1977 setzt Graf Lambsdorff in einem Interview mit der „Welt" nach:

„WELT: ‚Die meisten Sachverständigen sehen in der Lohnrunde 1978 das Schlüsselproblem für die Belebung der Volkswirtschaft. Für die Steuerabschätzung hat die Regierung eine Vorgabe gemacht, die auf Tarifabschluß von etwa 4,5% hinausläuft.'

Lambsdorff: ‚... ich kann niemandem verbieten, von der erwarteten Bruttolohn- und -gehaltssume auf Tarifvereinbarungen zu schließen ... Wir können es uns nicht leisten, durch überzogene Lohn- und Gehaltsforderungen den Kostendruck auf die deutsche Wirtschaft zusätzlich zu verstärken.'"

Damit sind 4,5% als *Obergrenze* im Gerede. Der Kurswert der Forderung beginnt unter 50% abzusacken.

Am 31.12.1977 unternimmt der Wirtschaftskommentator der FAZ, Hans Roeper, das nächste: „Alle objektiven Konjunkturbeobachter sind sich daher auch darin einig, daß die neuen Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht wesentlich über die Preissteigerungsrate hinausgehen dürfen, insbesondere, da für 1978 mit einer weiteren Ermäßigung des Preisanstieges von 3,9% im laufenden Jahr auf 3,5% trotz der höheren Mehrwertsteuer gerechnet wird." Die „objektive Konjunkturbeobachtung" hat's geschafft. 3,5% bis 3,9% bedeutet von 8 nun nur noch 43,75 bis 48,75 Prozent.

Am 2.1.1978 schleift die „Bild"-Zeitung Dr. Karl Klasen, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank und jetzigen Pensionär, vors Publikum: „Es wird Zeit, daß Arbeitnehmer und Unternehmer Opfer beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bringen. Die Arbeitnehmer sollten mit Lohnerhöhungen zufrieden sein, die das voraussichtliche Wachstum von 4% nicht überschreiten." Die Hälfte der aufgestellten Forderung gilt jetzt schon als die Höchstgrenze der Lohnerhöhung. Reicht das vielleicht? Nein.

Am 5.1.1978 melden die ZDF-Nachrichten: „Die Löhne und Gehälter sollten nach Ansicht der Arbeitgeber in diesem Jahr höchstens um drei Prozent ansteigen. Dies hat ein Sprecher der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände gegenüber dem Deutschen Depeschendienst erklärt. Die Bundesvereinigung meint, die Arbeitslosigkeit könne nur abgebaut werden, wenn das Verhältnis zwischen Personalkosten und der volkswirtschaftlichen Leistungskraft ausgewogen sei." 3 sind von 8 noch ganze 37,5%.

Am 6.1.1978 der Wirtschaftskommentator Peter Gillies in der „Welt" – damit sich niemand denken soll, nun sei's genug: „Nein, denn damit negierte man den Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen – siehe Bemerkung der Bundesbank, daß im nächsten Jahr durchaus eine ‚2 vor dem Komma' stehen könnte, wenn die Lohnpolitik Augenmaß beweist." „2 vor dem Komma" heißt auf jeden Fall weniger als 2,9, sagen wir 2,8. Man kennt das, und 2,8 sind von 8 noch 35%.

Die Sozialdemokraten, in deren Händen sich die Gewerkschaftsorganisationen befinden, und die sonst geschwätzig genug sind, sie wahren eiskalte Ruhe. Sie nehmen diese Demütigung der wirklichen Arbeiter, über deren Schicksal hier von bürgerlichen Reptilien gemakelt wird, schweigend hin. Vielleicht rafft sich der eine oder andere auf und bemerkt lässig, daß die „Entscheidungen am Verhandlungstische fallen" und das Papiergeraschel jetzt nicht ernst zu nehmen sei.

Selbstverständlich würde ein Streik diese papiernen Provokationen hinwegfegen. Das ist schon richtig. Aber wenn auch der Streik die entscheidende, wirksame Antwort der Arbeiter sein muß und ohne die Vorbereitung eines Streiks jetzt nichts zu machen ist, ist es richtig, ja unerläßlich, wenn angesichts der Pressehetze jetzt immer mehr Arbeiter und Angestellte zur Feder greifen und in eigenen Organen, auf Wandzeitungen, aber auch in Briefen mitteilen, was los ist. Das schafft bessere Voraussetzungen für den unvermeidlichen Kampf. – (Z-Red.)

Vetter auf Kriechspur

Am Sonntag (1.1.78) stellte Vetter in einem Interview im Deutschlandfunk den Kapitalisten die Rückkehr der Gewerkschaften in die Konzertierte Aktion in Aussicht. Noch deutlicher wird Vetter am Mittwoch (4.1.) im ZDF: In einer „besonderen Konzertierten Aktion" müßten sich „Bundeskanzler und Wirtschaftsführer, die sich verantwortlich fühlen", mit den Gewerkschaftsführern zusammensetzen und unter Leitung des Kanzlers eine „Strukturpolitik" einleiten, die die Arbeitslosigkeit beseitigt. Am 9.1. will Vetter mit dem neuen Wirtschaftsminister Lambsdorff und eine Woche später mit Schmidt ein „vertrauliches Gespräch" darüber führen. Woher stammt die Konzertierte Aktion, zu der H.O. Vetter unbedingt zurück will?

Mit dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 hat sich die westdeutsche Bourgeoisie ein Instrument zur Zerschlagung und Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse geschaffen. Verabschiedet haben sie es einen Monat nach den Metallarbeiterstreiks im Frühjahr 1967. Festgelegt wurde, daß bei Gefährdung des „stetigen und anhaltenden Wachstums der Wirtschaft" die Bundesregierung „Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände" aufstellt.

Nie hat die Bourgeoisie mit der Konzertierten Aktion Rückhalt in der Arbeiterklasse gefunden. Jeder, der mit der Arbeiterbewegung seither auch nur in Berührung gekommen ist, kennt die Forderung aus Beschlüssen und Anträgen: Raus aus der Konzertierten Aktion! Gegen die Lohnleitlinie der Regierung!

Im Juli 1977 hatten die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung erklärt: Austritt aus der Konzertierten Aktion, solange die Kapitalisten die „Mitbestimmungsklage" nicht zurücknehmen. Mit diesem Manöver suchten sie den Kampf der Arbeiterklasse gegen dies Instrument der Lohndrückerei abzufangen. Gerade jetzt jedoch, wo die Hetze der Bourgeoisie gegen den Lohnkampf zunimmt und die Arbeiterklasse der Selbständigkeit dringend bedarf, kriecht Vetter in Richtung Schmidt. Das „Handelsblatt" berichtet am 2.1.:

„Vetter erklärte, der Bundeskanzler besitze diesen hohen Grad von Kraft, ‚Gegensätze zu integrieren'. Nach seinen Worten ist es Aufgabe eines ‚berufenen Mannes, nämlich des Bundeskanzlers', wie die Gewerkschaften künftig den Arbeitgebern begegnen. Von da aus gesehen sei die Konzertierte Aktion kein Problem mehr."

Was ist sozialdemokratischerseits geplant? – Durch ein *Versprechen* von „Strukturmaßnahmen, die gegen die Arbeitslosigkeit nützen", die Arbeiter zum Stillhalten gegen die Kapitalisten zu bewegen. Wenn dabei die 3,5% brutto herauskommen, was juckt das Heinz Oskar Vetter, Hauptsache, der „soziale Friede" stimmt. – (Z-Red.)



Samstag, Sonntag Arbeit; Überstunden; Conti-Schicht; – es ist der niedrige Nettolohn, der den *einzelnen* Arbeiter die Duldung dieser Räuberei an seiner Lebenskraft aufnötigt. Die von Ehrenberg jetzt geplante Besteuerung und Versicherung der entsprechenden Zuschläge würde in unseren Beispielen den Nettolohn von jetzt 1583 DM auf dann 1411 DM, von jetzt 1695 DM auf dann 1455 DM, und von jetzt 2250 DM auf dann 1974 DM noch senken.

Der „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt" ...

... gibt amtlich zur Befriedigung der grundlegendsten Lebensbedürfnisse aus:

	Juli 76	Nov. 76	Nov. 77
Wohnungsmiete	305 DM	308 DM	318 DM
Nahrungsmittel	585 DM	586 DM	612 DM
Kleidung	175 DM	179 DM	187 DM

Angaben nach Statistisches Jahrbuch 1977 und Hessisches Statistisches Landesamt

Betrachtet man die Nettolohnerhöhung von 45 bis 66 DM, die ein 4%-Abschluß für die Klöckner-Arbeiter bedeuten würde und die infolge Conti-Schicht und Überstunden auf einen überdurchschnittlich „hohen" Brutto- und Nettolohn fällt, unter dem Gesichtspunkt dieser Preissteigerungen, so wären davon Ende 77 gegenüber Ende 76:

– nach Abzug der Mietsteigerung 35 bis 56 DM
– nach Abzug der Lebensmittelpreissteigerungen 9 bis 30 DM
– nach Abzug der Preissteigerungen bei Kleidung 1 bis 21 DM

übrig geblieben. Seit dem 1. November dauert für die Stahlarbeiter die Lohnpause an, während die Preise indes weiter steigen. 4%, sagen die Kapitalisten, seien für die Arbeiter viel, für die Stahlarbeiter viel zu viel. Kommen sie damit durch, sind drastische Einschnitte in der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung unvermeidbare Folge.

Da mit Abstand der größte Teil des Lohnes für Wohnen, Essen, Kleiden ausgegeben wird, bei der Miete kaum „gespart" werden kann, zwingt jede Fahrpreiserhöhung, Strompreiserhöhung, Benzinpreiserhöhung, Kraftfahrzeugsteuererhöhung, jede Preissteigerung überhaupt einen wachsenden Teil der Arbeiter, zu *frieren* und zu *hungern*.

Ergebnis einer 4%-Tariflohnerhöhung berechnet auf die Bruttolöhne der Lohngruppen 3 bis 10 bei Klöckner-Bremen

Lohngruppe 3; 22 Arbeitstage, Conti-Schicht – 7 Nachtschichten, 1 Sonntagsschicht, 1 Feiertag.
Betriebliche Zulage: 0,81 DM
Gesammelte Punkte: 34
Prämie: 1,29 DM
Steuerklasse II, 4 Kinder
Bruttolohn: 1905 DM, 270 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 46 DM
Neuer Nettolohn: 1652 DM.

Lohngruppe 4; 20 Arbeitstage, Conti-Schicht – 6 Nachtschichten, 2 Sonntagsschichten.
Betriebliche Zulage: 0,93 DM
Gesammelte Punkte: 55
Prämie: 1,29 DM
Steuerklasse II, 4 Kinder
Bruttolohn: 1839 DM, 245 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 45 DM
Neuer Nettolohn: 1583 DM.

Lohngruppe 5; 24 Arbeitstage, Conti-Schicht – 7 Nachtschichten, 2 Sonntagsschichten, 8 Überstunden.
Betriebliche Zulage: 0,88 DM
Gesammelte Punkte: 31
Prämie: 1,29 DM
Steuerklasse III, 2 Kinder
Bruttolohn: 2169 DM, 252 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 50 DM
Neuer Nettolohn: 1800 DM.

Lohngruppe 6; 23 Arbeitstage, Conti-Schicht – 7 Nachtschichten, 3 Sonntagsschichten.
Betriebliche Zulage: 0,50 DM
Gesammelte Punkte: 49
Prämie: 1,28 DM
Steuerklasse I
Bruttolohn: 2095 DM, 316 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 43 DM
Neuer Nettolohn: 1695 DM.

Lohngruppe 7; 23 Arbeitstage, Conti-Schicht – 8 Nachtschichten, 1 Sonntagsschicht, 2 Feiertage, 16 Überstunden.
Betriebliche Zulage: 0,93 DM
Gesammelte Punkte: 26
Prämie: 1,29 DM
Sonderzulage: 0,40 DM
Steuerklasse III, 2 Kinder
Bruttolohn: 2187 DM, 485 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 58 DM
Neuer Nettolohn: 2045 DM.

Lohngruppe 8; 23 Arbeitstage, Conti-Schicht – 7 Nachtschichten, 2 Sonntagsschichten, 2 Feiertage, 8 Überstunden.
Betriebliche Zulage: 0,57 DM
Gesammelte Punkte: 50
Prämie: 1,28 DM
Steuerklasse III, 2 Kinder
Bruttolohn: 2290 DM, 730 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 66 DM
Neuer Nettolohn: 2355 DM.

Lohngruppe 9; 24 Arbeitstage, Conti-Schicht – 7 Nachtschichten, 3 Sonntagsschichten, 8 Überstunden.
Betriebliche Zulage: 0,63 DM
Gesammelte Punkte: 56
Sonderzulage: 0,80 DM
Prämie: 1,28 DM
Steuerklasse III, 3 Kinder
Bruttolohn: 2641 DM, 390 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 57 DM
Neuer Nettolohn: 2250 DM.

Lohngruppe 10; 19 Arbeitstage, Conti-Schicht – 7 Nachtschichten, 2 Feiertage, 9 Überstunden.
Betriebliche Zulage: 0,66 DM
Gesammelte Punkte: 45
Prämie: 1,30 DM
Steuerklasse III
Bruttolohn: 2120 DM, 648 DM steuerfrei.
Nettoertrag bei 4% Erhöhung: 65 DM
Neuer Nettolohn: 2150 DM.

Mit Lagerfeuerromantik und Sport der Landjugend Befehl und Gehorsam schmackhaft machen

Ausbau und Propagierung der Jugendfeuerwehren / Jugendliche bekämpfen Drill und Schikane

Seesen/ Göttingen. In den ländlichen Gebieten sind viele Jugendliche in den Freiwilligen Feuerwehren organisiert. 90 Jugendfeuerwehren gibt es im Landkreis Göttingen bei 112 Ortsfeuerwehren, im Verhältnis die meisten in Niedersachsen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie weiß aus zwei imperialistischen Kriegen um die Notwendigkeit einer schnellen und effektiven Brandbekämpfung. Gerade im neugeschaffenen Verwaltungsbezirk Braunschweig gibt es eine große Konzentration an wichtigen Industrien und Militär. Gemäß ihren imperialistischen Interessen hat die Bourgeoisie das Grenzland als Stoßkeil nach Osten neugeordnet. Zu dieser Neuordnung gehört die Umorganisierung der Freiwilligen Feuerwehren nach Richtlinien des Innenministeriums in Kreisfeuerwehrbereitschaften. So sind im Kreis Goslar, der inzwischen fast den gesamten Nordwestharz umfaßt, zwei Kreisfeuerwehrbereitschaften geschaffen worden mit insgesamt 44 Fahrzeugen und 196 Mann Besatzung.

Oberkreisdirektor Henze, Helmstedt, in seinem Grußwort zur Eröffnung des 4. Landeszeltlagers der Niedersächsischen Jugendfeuerwehren im Sommer 1976 in Elm: Es ist den Freiwilligen Feuerwehren „gelungen, Jugendliche anzusprechen und ihnen das Gefühl für Bürgersinn und Hingabe an das öffentliche Wohl zu vermitteln." Nicht „für den Bürgersinn" oder das „öffentliche Wohl" gehen die Jugendlichen in die Jugendfeuerwehren. Auf dem Land bleibt ihnen meistens nichts anderes übrig, wollen sie sich körperlich betätigen, Sport treiben, gemeinsam mit anderen Jugendlichen Wettkämpfe, gemeinsame Fahrten, abendliches Lagerfeuer durchführen und auch was Nützliches lernen, z.B. die Bedienung der teilweise recht komplizierten Gerätschaften der Feuerwehr.

In den kleinen Dörfern gibt es außer der Jugendfeuerwehr sonst nur noch die Landjugend. In den Kleinstädten geht der Einfluß der Jugendfeuerwehren zurück: Vor zwei Jahren waren in Seesen noch 20 bis 30 Jugendliche organisiert, heute sind es nur noch 13.

Die Bourgeoisie weiß, daß die Jugend nicht ihr gehört. „Landkreis Göttingen gilt als richtungsweisend in Niedersachsen – trotz der bisherigen Erfolge: Noch fehlt's an Jugendwehren", schreibt das „Göttinger Tageblatt" am 27.12.77. „Um die jungen Menschen frühzeitig auf die wichtigen Aufgaben der Feuerwehr aufmerksam zu machen, wird nach dem künftigen Feuerschutzgesetz für das Land Niedersachsen voraussichtlich das Eintrittsalter von bisher zehn auf acht Jahren herabgesetzt."

Die Bourgeoisie will die Jugendfeuerwehren in paramilitärische Einheiten verwandeln und die Jugendlichen unter dem Vorwand, daß sie sich fürs Allgemeinwohl hingeben, am liebsten schon im Kindesalter dem System von Befehl und Gehorsam unterwerfen. Ein Genosse aus Seesen, der vor anderthalb Jahren selbst noch in der Jugendfeuerwehr war, berichtete aus dem Zeltlager am Elm: „In der Lagerordnung stand: ‚Das Lagergelände darf nur durch die Wacheingänge verlassen werden. Dabei ist der Lagerausweis vorzulegen, damit die Wache eine Eintragung ins Wachbuch vornehmen kann.' Wann Du zurückgekommen bist, wurde wieder abgestempelt. In der Seesener Gruppe wurden vom Gruppenführer Geldstrafen zwischen zehn Pfennig und 1 DM verhängt, wenn beispielsweise das Schiffchen falsch saß oder ganz vergessen wurde, ein oder mehrere Knöpfe offen waren usw. Einmal ist es vorgekommen, daß nach dem Essen der Teller oder Tisch nicht blitzsauber war. Sofort wurde rumgebrüllt: ‚Was ist denn das für ein Saustall hier! Wozu sind wir denn hier! Wir wollen was leisten...!' Oder wir mußten zum Orientierungsmarsch voll aufgerödelt los, mit Kombianzug und Schiffchen, und das mitten im Sommer. Z.B. haben wir abends nach 22 Uhr (Lagerruhe) noch Witze im Zelt erzählt. Zur Strafe sollte ich am Morgen das Gemeinschaftszelt ausfegen. Daraufhin wollten dies alle aus unserem Zelt machen. Das ist mit der Begründung verboten worden: ‚Ich habe ihn bestraft, nicht euch!' Geschafft, uns zu spalten, haben sie trotzdem nicht. Als am Wochenende der Leiter der Jugendfeuerwehr Seesen, ein alter Reservist, der sich durch seinen militärischen Drill verhaßt gemacht hat (z.B. verteilt er 14 Kopfnüsse Strafe dafür, daß einer den Mannschaftswagen nicht ausgefegt hat), in den Elm gekommen ist, hat er als erstes den Befehl ausgegeben, ihm sein Zelt aufzubauen. Das haben wir auch gemacht. Nur ist es mitten in der Nacht wieder zusammengebrochen."

Der Widerstand in den Freiwilligen Feuerwehren, insbesondere in den Jugendfeuerwehren, gegen den militärischen Drill und gegen das Prinzip Befehl und Gehorsam macht die Lage schwierig für die Bourgeoisie, die Feuerwehren für ihre Interessen auszurichten.

– (Bezirk Südostniedersachsen)

„Christliche Hoffnung": Bischöflicher Neujahrsaufruf gegen den Klassenkampf

Helmut Herrmann, katholischer Bischof zu Osnabrück, hat gegenüber der Entwicklung des Jahres 1978 „bedrängende Sorgen": „Ich denke an das Unerreichte; wahrhaftig es könnte mich erschrecken", verkündete er in seiner Silvesterpredigt seinem Bistum. „Unsere Kirche steht uns vor Augen. Wie soll es mit ihr weitergehen? Unleugbar ist in vielen Bereichen der Rückgang des Glaubenslebens, des Gebetslebens, des christlichen Zeugnisses. Wo bleibt die frohmachende Kraft des Lebens aus dem Evangelium?" Der Pfaffe beklagt sich: Statt zu jammern und zu beten gehen die Lohnabhängigen, geht die Jugend, die Studenten auf die Straße. Evangelium und Stoßgebet machen nicht satt. Kampf um mehr Lohn; um ausreichendes BAFöG hingegen schon. Diese Erkenntnis verdrängt die christliche Hoffnung und die damit verbundene Unterwürfigkeit unter die herrschenden Verhältnisse. Klassenkampf statt Evangelium – das ist für den Pfaffen das Gleiche wie für den Teufel das Weihwasser. „Besonders drängend ist die Sorge um gute, missionarisch gesinnte Priester und Ordensberufe ... immer noch sind es viel zu wenige, die diesen besonderen Ruf Christi hören, sich ihm ganz zur Verfügung stellen und ihm die Treue halten." Der Schreck wird ihm in die Glieder gefahren sein, daß in seinem Bistum eifrig für Gewehre für die Jugend Zimbabwes gesammelt und im ganzen Land durch Sammlungen eine Kompanie der ZANLA, der Befreiungsarmee Zimbabwes, bis an die Zähne bewaffnet ausgerüstet werden soll. Die sorgfältigen Missionsstützpunkte brechen zusammen unter den Schlägen der Befreiungsarmeen Afrikas, und so mancher dem Ruf Christi treu ergebener Glaubensbruder hat schon das Weite suchen müssen und ist in den Schoß des heimischen Bistums zurückgekehrt, seit die afrikanischen Völker Sinn und Zweck der „Gotteslehre" erkannt haben, als Knebel, sich zum Kampf gegen die imperialistischen Ausbeuter zu erheben. Der Bischof beklagt sich: „Unübersehbar sind in unserem Land allgemein die Zeichen des Zerfalls der Grundwerte, sowohl des menschlichen persönlichen Lebens als auch des menschlichen Zusammenlebens der Gemeinschaften, in denen wir stehen. Muß man nicht feststellen, daß auch den Christen immer mehr die Maßstäbe aus der Hand gleiten, die ihnen eine sichere Orientierung ermöglichen." Statt Hoffnung zu verbreiten und dem Programm des Kampfes gegenüberzustellen, gehen die Christen mit in den Kampf für mehr Lohn und für politische Rechte.
Statt Zusammenarbeit, Genügsamkeit mit der elendlichen Lage gehen sie mit voran in der Organisierung der Kämpfe, sei es in den Betrieben oder Hochschulen. Das stört das christliche Zusammenleben, das den Kapitalisten die Ausbeutung garantiert und ihren Professoren die Unterwürfigkeit im Verbraten reaktionärer Theorien. Was der Osnabrücker Oberprediger bezweckt, läßt er wie folgt heraus:

„Christliche Hoffnung wird auch zur Kritik an unseren eigenen Erwartungen und Plänen. Sie ruft den Menschen zurück, der selber Herr seiner Zukunft sein möchte und nichts mehr von Gott erwarten will." Ihm graut davor, daß die Arbeiterklasse in diesem Land ihre Geschicke in die eigene Hand nimmt, und die gesellschaftlichen Verhältnisse nach ihrem Willen gestaltet.

Dagegen ruft der Pfaffe: „Seid froh in der Hoffnung! Sollten wir dieses ermutigende Wort nicht zu unserem Programm angesichts der Fragen der Zeit machen?"

Mag es den Bischof auch noch so grämen und viele Stoßgebete kosten, gegen den „Zeitgeist", der die „Grundwerte" des gesellschaftlichen Zusammenlebens zerstört, mag er auch noch so viele Geschütze auffahren, so wird er es nicht verhindern können, daß der Zusammenschluß der Völker der Welt und der Arbeiterklasse in diesem Land die herrschende Klasse stürzt samt ihrem schmarotzenden Anhang, zu dem der Bischof selbst gehört. – (N-Red.)

Langsam aber sicher in die Kreditzange des Finanzkapitals

Das bayerische Agrarkreditprogramm

Die Ruinierung der kleinen Bauern ist eine gesetzmäßige Folge der kapitalistischen Produktionsweise. Das Finanzkapital will sich die ganze Landwirtschaft unterwerfen, es hat ein Interesse daran, diesen Prozeß voranzutreiben. Der ökonomische Zwang, den das Finanzkapital ausübt über das Preisdiktat beim Ankauf der Produktion der Bauern, beim Verkauf der landwirtschaftlichen Produktionsmittel an die Bauern und den es ausübt über den Kredit führt zu zigtausendfacher Vernichtung landwirtschaftlicher Betriebe. Allein in Bayern ist ihre Zahl innerhalb von fünfzehn Jahren, zwischen 1960 und 1975 von 427000 auf 326000, d.h. um 24% zurückgegangen. 50% aller verbliebenen Betriebe waren Zu- bzw. Nebenerwerbsbetriebe. Die Vernichtung der Existenz Hunderttausender ist gegen den starken Widerstand der Bauern erzwungen worden; allein in München demonstrierten 1974 30000 Bauern.

Um die Ziele des Finanzkapitals durchzusetzen bei gleichzeitiger Dämpfung der aufbrechenden Widersprüche ist die Staatsregierung in Bayern daher genötigt, gegenüber den Bauern Hinhaltemanöver durchzuführen. Während sie in Übereinstimmung mit der EG-Agrarpolitik zielstrebig die Herausbildung weniger großer kapitalistischer Betriebe fördert, propagiert sie lauthals die Segnungen ihrer Politik der Unterstützung der Nebenerwerbslandwirtschaft, die entstanden ist aus dem Widerstand der Bauern gegen das Hinabsinken ins Proletariat. Dort, wo der Anteil der Nebenerwerbslandwirte hoch ist, ist der Lohn, für den sie sich in der Fabrik krumm machen müssen bis zu einem Drittel niedriger, als in den Zentren der Industrie. Sie als Lohndrücker gegenüber der Arbeiterklasse einzusetzen und als Kleineigentümer ideologisch an die Bourgeoisie zu binden, kennzeichnet die Linie der Agrarpolitik der bayerischen Staatsregierung.

Aber noch lange nicht genug Vollerwerbslandwirtschaftsbetriebe sind vernichtet. Im Landesentwicklungsplan verkündet die Staatsregierung:

„Gleichwohl wird im Zuge des sich im Rahmen des großräumigen europäischen Markts vollziehenden agrarstrukturellen Wandels die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Vollarbeitskräfte auch weiterhin zurückgehen. Gleichzeitig wird gemäß den Zielen der bayerischen Agrarpolitik die Zahl der nebenberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten zunehmen."

Mit dem 1.1.1978 hat die Staatsregierung ihr Instrumentarium vervollständigt, um dem „agrarstrukturellen Wandel" auf die Sprünge zu helfen. Mit viel Wortgeklingel, das den kleinen Bauern Hoffnungen machen und sie vom Widerstand abhalten sollte, haben der zuständige Minister und sein Staatssekretär gegen die zunächst „uneinsichtige" Bundesregierung mannhaft um ein „Agrarkreditprogramm" gekämpft, das den bayerischen Bauern nun schon vor endgültiger Einigung mit Bund und anderen Ländern „zugutekommen" soll.

„Unsere Alternative zur Förderschwelle ist ein einfacher Agrarkredit für die Landwirtschaft, der im wesentlichen über die Banken abgewickelt wird. Damit würde mehr Entscheidungsfreiheit auf den Bauern selbst verlagert. Der Staat sollte sich nicht anmaßen, über den Sinn und die Wirtschaftlichkeit von Investitionen im Einzelbetrieb allein entscheiden zu wollen." (Eisenmann, Landwirtschaftsminister in seiner Haushaltsrede 1977)

Nein, besser gleich das Finanzkapital selbst entscheiden lassen und dem Bauern die „Freiheit" lassen, sich in die Zinsknechtschaft verkaufen zu müssen.

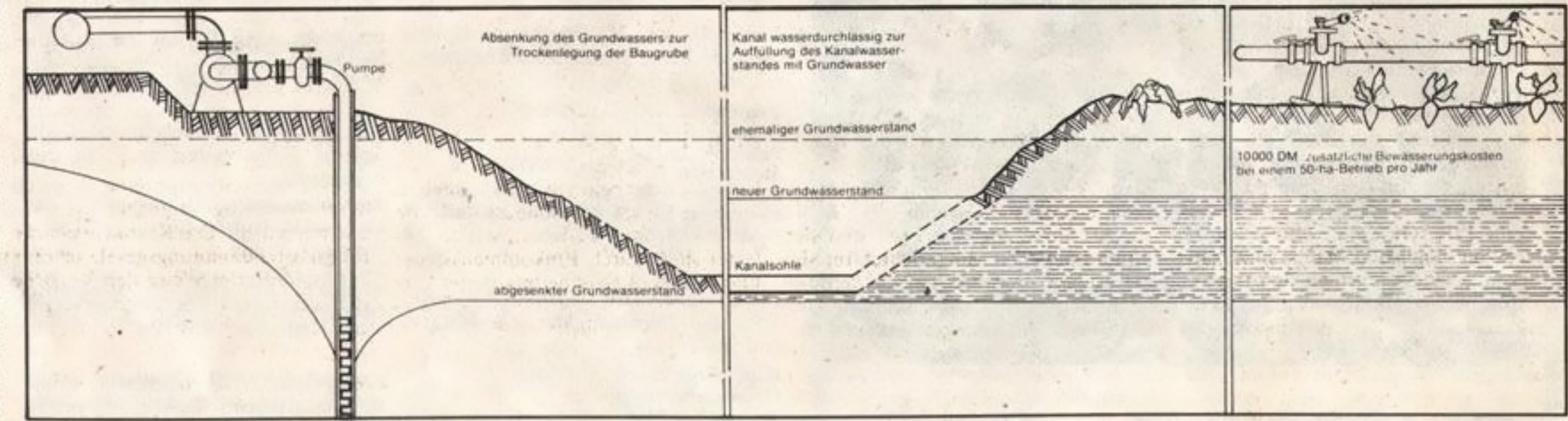
Wurde die Förderschwelle, bei deren Erreichen landwirtschaftliche Betriebe mit Subventionen rechnen konnten in der Regel erst von Betrieben ab einer Größe von ca. 20 ha erreicht, sollen jetzt auch Landwirtschaften jenseits dieser Größenordnung Kreditmittel zu verbilligten Zinssätzen erhalten können. Zehn Millionen „Agrarkredit" will die Staatsregierung für 1978 bereitstellen. Damit werden Zinszuschüsse für Kredite finanziert, über deren Vergabe die Banken entscheiden werden. „Wirtschaftlich sinnvolle betriebliche Investitionen" möchte der Staatssekretär Nüssel damit finanziert sehen und sein Minister ist den Befürchtungen, hier werde Geld verplempert, sogleich entgegengetreten – es handle sich nicht um ein „neues Gießkannenprinzip".

Gibt das Finanzkapital Kredit, verlangt es Sicherheiten. Haus und Hof belasten – wenn sie es nicht schon sind – das sollen jetzt diejenigen Bauern, deren Betriebsgröße die bisherige „Förderschwelle" unterschreitet. Hat die Bank erst einen Fuß in der Tür – bei den meisten in Frage kommenden Betrieben wird es der Zweite sein – ist es mit der Selbständigkeit der Bauern bald vorbei. Eine schlechte Ernte, Krankheit, überzogene Tilgungsfristen, Fälligkeit des gesamten Kredits, weitere Beleihung des Hofes, Nebenerwerbslandwirt oder Verkauf, das ist die Kette, deren erstes Glied sich dem Bauern mit Unterzeichnung des Vertrages um den Hals legt.

Damit von vornherein nicht diejenigen den Kredit beantragen, die sowieso früher oder später auch ohne direkte Intervention des Finanzkapitals ins Elend gedrückt werden, soll die Eigenkapitalbildung des Betriebs in den letzten Jahren Kriterium der Kreditvergabe werden. Für die Masse der Nebenerwerbslandwirte, deren Eigenkapitaldecke dünn ist, haben die vorausschauenden Bauernleger der Staatsregierung den Kreditkorb außerdem vorsorglich hochgehängt – unter 10000 DM geht nichts.

Sind im Landesdurchschnitt alle Nebenerwerbslandwirte schon zu 25% verschuldet, alle Haupterwerbslandwirte zu 26%, und nannte die Staatsregierung im Agrarbericht 1976 diesen Zustand „nicht besorgniserregend", so wird nach Anlauf des Agrarkreditprogramms, das die Verschuldung auf 30% zugehen lassen wird, das Finanzkapital den Zustand „günstig" finden, hat es doch die Bauern dann noch fester in der Kreditzange. – (S-Red.)

Grundwasserabsenkung im Bereich des Elbe-Seiten-Kanals



Im Rahmen des Baus des Elbe-Seiten-Kanals ist in den Bereichen, wo der Grundwasserspiegel über der Kanalsohle lag, das Grundwasser abgesenkt worden. Später, als der Kanal fertig war, stieg das Grundwasser nicht wieder auf seinen alten Stand. Der Kanal hat ständige Wasserverluste, die durch Verschleusung der Schiffe und Verdunstung des Wassers entstehen. Diese Verluste werden durch Anzapfung des Grundwassers wieder ausgeglichen.

Für die Bauern bedeutet das Absenken des Grundwassers nur steigende Unkosten: Kraftfutter muß bei Rinderhaltung zugefüttert werden, da die Wiesen vertrocknen, Beregnungsanlagen müssen angeschafft werden, um die Erträge bei Getreide, Hackfrüchten und Kartoffeln auf muß der Bauer ca. 200 DM pro Hekdem durchschnittlichen Stand zu halten. Zur Beregnung seiner Felder tar im Jahr zusätzlich aufbringen. Bei einem mittleren Betrieb von 50 Hektar sind das immerhin 10000 DM.

Den Kapitalisten bringt die Notwendigkeit der Beregnungsanlagen zusätzliche Profite. 20000 bis 40000 DM kostet eine Beregnungsanlage.

Der Staat unterstützt den Kauf mit 40% bis 60%, aber auch nur, wenn es eine neue Anlage ist und wenn sie bis zu einem bestimmten Termin gekauft wurde. Dazu kommen die Kosten für die Pumpstation mit allen Einrichtungen und der Montage. Eine Pumpstation mit einer Leistung von 1200 Kubikmeter pro Stunde kostet mindestens 100000 DM. Diese Kosten werden auf den Kubikmeter genutzten Wasser umgelegt. 11 Pfennig müssen davon wiederum z.B. bei Uelzen die Bauern zahlen.

„Wir stehen voll auf der Seite des Pflegepersonals . . .“

13 Arbeiter der Hamburger Aluminiumwerke unterstützen den Kampf gegen Entlassungen und Schließung der Brandverletztenstation Krankenhaus Boberg

Die Leitung des Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhauses Boberg in Hamburg hat vier Beschäftigte auf der Intensivstation zum 31.12.1977 entlassen. Ab Januar sind noch 22 von 31 Planstellen besetzt, die Versorgung der Brandverletzten, für die dort drei Spezialboxen eingerichtet wurden, ist nicht mehr sichergestellt. Die Krankenhausleitung will die Beschäftigten zu Mehrarbeit und Überstunden zwingen. Sie sollen von sich aus fordern, man möge Brandverletztenbetten schließen, die Arbeit sei nicht mehr zu schaffen.

Die Beschäftigten sind gegen die drohende Schließung der Boxen, die vor drei Jahren eingebaut wurden. Beharrlich haben sie die Besetzung aller Planstellen und Öffnung der Boxen gefordert, schließlich im November 1977 durchgesetzt. Daß die Krankenhausleitung sich nur dem wachsenden Druck gebeugt hat, kann man leicht erkennen: Zwar wurden die erkämpften 31 Planstellen vorübergehend alle besetzt, aber sonst wurden keine Vorkehrungen – im Operationsbereich, im Labor, auf den Nachsorgestationen – getroffen, um die Arbeit langfristig aufnehmen zu können.

Das Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus Boberg versorgt mit drei Verbrennungsbetten den gesamten Raum nördlich von Hannover. Jährlich erleiden 4000 Arbeiter bei Arbeitsunfällen schwerste Verbrennungen. Dazu kommen 3000 bis 4000 Schwerbrandverletzte aus dem privaten Bereich. In der BRD stehen nur 40 Spezialbetten zur Verfügung (Ludwigshafen, Duisburg, Bochum), in denen maximal jährlich 500 Schwerstverbrannte behandelt werden können. 400 bis 500 solcher Spezialbetten sind aber mindestens nötig.

Die Kapitalisten sind durch den Kampf der Arbeiterklasse gezwungen worden, die Kosten für die Behandlung und Rehabilitation der in der Produktion verunglückter Arbeiter vollständig zu übernehmen. Allein in den ersten zehn Tagen braucht ein Verbrannter 15000 DM für Medikamente. Der Tagessatz für das in den ersten Wochen benötigte Spezialbett beträgt 600 DM (vier bis fünf Planstellen pro Brandverletzten, hoher Materialverbrauch).

Für die Spezialbehandlung aller 4000 verbrannten Arbeiter müßten die Kapitalisten mindestens 800 Millionen DM zahlen, zuzüglich der Rente für die Schwerstverbrannten, denn diese können meist nicht mehr in der Profitproduktion eingesetzt werden. Deshalb lassen die Kapitalisten die verbrannten Arbeiter lieber in den staatlichen Krankenhäusern verrotten, die für diese Behandlung nicht ausgerüstet sind und wollen drei Verbrennungsbetten in Boberg schließen.

Verheerend sind die Auswirkungen für die Industriearbeiter im gesamten norddeutschen Raum. Ein verbrannter Arbeiter mußte nach Ludwigshafen geflogen werden, weil die Verbrennungsstation in Boberg geschlossen war. Der Arbeiter ist gestorben. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf ist ein „nur“ 35% Verbrannter gestorben, weil er neben einem infektiösen Patienten liegen mußte.

Gegen die Kündigungen der vier Beschäftigten, die eine Maßnahme zur Schließung der Brandverletztenstation ist, haben sich zwölf Pfleger und Schwestern und vier Assistenzärzte der Station in Briefen an die Krankenhausleitung ausgesprochen. 13 Arbeiter der Hamburger Aluminiumwerke haben in einem Brief an den Ärztlichen Direktor W. Zimmer u.a. geschrieben:

„Wir werden es nicht zulassen, daß wir Arbeiter, wo wir doch allen Reichtum schaffen, wie ein verbrauchtes Stück Werkzeug beiseite gekehrt werden. Wir lassen uns nicht für den Gewinn in der Produktion ruinieren, und schon gar nicht werden wir es zulassen, daß die Arbeiter, die bei der Profitschinderei verunglückt sind, hintenherum noch um die Ecke gebracht werden . . . Wir stehen voll auf der Seite des Pflegepersonals im Kampf gegen die Schließung und gegen die Entlassungen.“ – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

16 Assistenzärzte am Krankenhaus Pinneberg gegen politische Entlassung

Am 8.12.1977 wurde der Assistenzarzt am Pinneberger Krankenhaus M. Lohnstein fristlos entlassen. M. Lohnstein ist Kandidat des KBW zu den Kommunalwahlen.

Westphal, Wirtschaftsminister für Schleswig-Holstein und CDU-Kreisvorsitzender in Pinneberg, kam extra aus Kiel angereist, um die Entlassung auf einer Pressekonferenz ideologisch durchzusetzen. „Arzt hetzt vor Kaserne gegen GSG 9“ oder „Rädelsführer entlassen“, so lauteten die Schlagzeilen darauf in der örtlichen Presse.

16 Assistenzärzte des Kreiskrankenhauses haben eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: „Die unterzeichnenden Ärzte protestieren auf schärfste gegen diesen Versuch des Arbeitgebers, einen politisch mißliebigen Arzt mit einem faktischen Weiterbildungsverbot zu belegen . . .“.

Sie kennen die Versuche des Dienstherrn, die Krankenhäuser als Vollzugsorgane staatlicher Gesundheitspolitik fest in den Griff zu bekommen. Anfang des Jahres 1977 hatte der Dienstherr einen Arzt aus dem Elmshorner Krankenhaus entlassen, da dieser eine von der Polizei verlangte Alkoholblutentnahme verweigert hatte. Damals hatte eine Versammlung der Assitenzärzte aller Kreiskrankenhäuser den Landrat aufs schärfste angegriffen. Der Landrat wollte der Polizei grundsätzlich die Befugnis einräumen, Blutentnahmen in den Krankenhäusern zu verlangen. Das gebiete die rechtsstaatliche Pflicht der Amtshilfe. Den Polizeistern ließen sich die Ärzte allerdings nicht anheften. Der Landrat mußte die Kündigung zurücknehmen.

Angriffe gegen die Politik des Dienstherrn hat es auf Ärztekonferenzen ständig gegeben. Auf einer Konferenz wurde von Lohnstein eine Unterschriftensammlung für eine Personalversammlung eingebracht, um den Dienstherrn wegen seiner Personalpolitik anzugreifen und die Einheit der Belegschaft herzustellen.

Der Chefarzt Dr. Nolte wollte die Diskussion darüber verhindern, schließlich seien Probleme der Schwestern, Putzfrauen und Wäscherinnen kein ärztliches Ansinnen. Dieser Versuch, die Ärzte von den übrigen Lohnabhängigen im Krankenhaus abzuspalten, ist ihm nicht gelungen. Nach der Konferenz hatten alle Ärzte die Liste unterschrieben.

Ein weiterer Versuch des Chefarztes, die Ehrenbergsche Kostendämpfung durchzusetzen, scheiterte ebenfalls am Widerstand der Assistenzärzte. Nolte wollte „Schwarze Listen“ für Patienten einführen. Die Assistenzärzte waren dagegen, da sie täglich miterleben, daß die Ruinierung der Arbeitskraft ihre Ursache im kapitalistischen Porduktionsprozeß hat und keineswegs das Problem eines einzelnen Arbeiters ist, wie es Nolte vertritt.

Schreiben die Assistenzärzte in der Resolution weiter: „ . . . Wir möchten uns ausdrücklich von den Zielen des KBW distanzieren, lehnen aber seine (M. Lohnsteins) offensichtlich aus politischen Gründen betriebene Entlassung entschieden ab“, so muß man festhalten, daß der Kampf der Assistenzärzte an der Seite der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat organisiert wird. Die Bourgeoisie schreckt das, wir unterstützen es. – (Bezirk Holstein)

Minister Ehrenberg plaudert aus seiner Werkstatt Neujahrsgrüße: „Wir prüfen die ganze Skala der Möglichkeiten“

Herbert Ehrenberg, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, arbeitet weiter an der Beseitigung des Rentner-, Kranken- und Arbeitslosenberges. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, das Rentenfinanzgrundlagenverbesserungsgesetz und das Arbeitsvermittlungs- und Erleichterungsgesetz sind die Hauptwerke. Die Gewährung von Medikamenten ist eingeschränkt, medizinische Behandlung wird jetzt oft

ginge es um eine „sehr enge Heranziehung des Rahmens an die effektiven Bedingungen“ – eine Formel, unter der alles zu verstehen ist, bloß nicht die Erfüllung etwa der Beschlüsse der Metall- und Druckgewerkschaft, die Ehrenberg natürlich auch kennt.

Nach der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes zum 1. Januar brauchten „die Voraussetzungen für die Zahlung von Arbeitslosengeld nicht verschärft zu werden“. Es fehle aber noch

Lohnes durch Lohnsteuer und Versicherungsabzüge erfolgreicher waren als in der entsprechenden Kürzung der Renten. Der Öffentliche Dienst soll den Anfang machen, ist hier die Bresche geschlagen, wird den Arbeitern gestrichen, die zur Rente der gesetzlichen Versicherung auch noch eine Unfall- oder Betriebsrente erhalten.

Kürzung der Renten durch Versicherungsbeiträge und Lohnsteuern ist die feste Absicht von Ehrenberg,

Jahre alt, die Zahl der Erwerbsunfähigen unter jenen ist seit 1972 um über 13000 gestiegen. Die Zahl derer, die vorzeitig Rente beantragten, weil sie arbeitslos waren, hat sich verdoppelt. Im Kampf gegen die Kapitalistenklasse, die an dieser Ruinierung von Lebenskraft zehntausender Arbeiter schuldig ist, braucht die Arbeiterklasse Versicherungen, die den Arbeitern ausreichende Reproduktion sichern, die ihre Arbeitskraft nicht oder nicht

Minister Ehrenberg plaudert aus seiner Werkstatt Neujahrsgrüße: „Wir prüfen die ganze Skala der Möglichkeiten“

Herbert Ehrenberg, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, arbeitet weiter an der Beseitigung des Rentner-, Kranken- und Arbeitslosenberges. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, das Rentenfinanzgrundlagenverbesserungsgesetz und das Arbeitsvermittlungs- und Erleichterungsgesetz sind die Hauptwerke. Die Gewährung von Medikamenten ist eingeschränkt, medizinische Behandlung wird jetzt oft erst nach Begutachtung gewährt, die Renten werden durch einen Medikamentenbeitrag und Manipulation der Bemessungsgrundlage gekürzt, seit Juli für das ganze kommende Jahr festgeschrieben, die Arbeitslosen sind mobiler gemacht, Sperrzeiten werden auf die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld angerechnet, die „Arbeitserprobung“ und die „Probebeschäftigung“ wurden eingeführt, mittels der Krankenversicherung wird eine vollständige Kartei aller Versicherten angelegt, zur besseren Überwachung der Arbeitslosen werden beim Arbeitsamt zweitausend Überwachungsbeamte eingestellt. Die Liste ist lang. Zu Silvester hat Ehrenberg im „Kölner Stadt-Anzeiger“ ein Interview gegeben, worin er die Richtung der nächsten Absichten der Bundesregierung angibt.

Man kann Herbert Ehrenberg nicht vorwerfen, er mache auf Schönwetter. Die Taktik ist anders. Es gibt kaum eine Maßnahme des Angriffs auf die Sozialversicherungen und zur Ausdehnung des Arbeitstages, die nicht inzwischen von ihm ins Spiel gebracht worden wäre. Man werde ihm aber „keine Priorität für die eine oder andere von möglichen Maßnahmen entlocken“, läßt er seinen Interviewer wissen. Ein paar Stichworte der Pressemeute und den Parteikarrieristen vor die Füße geworfen, ein sachliches Gesicht gemacht und laut „Haltet den Dieb!“ gerufen, schon ist die Verwirrung geschaffen, die dem Schreibtischstrategen Ehrenberg den nötigen Spielraum verschaffen soll.

Gedreht werden soll an der Arbeitszeitordnung. Letzten Mai hatte das Bundeskabinett den Arbeitsminister beauftragt, die von den Nazis 1938 für die Bourgeoisie erlassene Ordnung zu „überarbeiten“. Im Laufe der nächsten drei Monate erwartet Ehrenberg einen Referentenentwurf. Details will er nicht nennen, aber auf alle Fälle ginge es um eine „sehr enge Heranziehung des Rahmens an die effektiven Bedingungen“ – eine Formel, unter der alles zu verstehen ist, bloß nicht die Erfüllung etwa der Beschlüsse der Metall- und Druckgewerkschaft, die Ehrenberg natürlich auch kennt.

Nach der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes zum 1. Januar brauchten „die Voraussetzungen für die Zahlung von Arbeitslosengeld nicht verschärft zu werden“. Es fehle aber noch an der „konkreten“ und „präzisen“ Anwendung dieser Vorschriften, und es sei eine „sehr viel engere und bessere Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsverwaltung und der gewerblichen Wirtschaft“ nötig. So lückenlos wünscht sich Ehrenberg diese Verwaltung und Beaufsichtigung der Arbeiter im Zusammenspiel zwischen Kapitalisten und Staatsapparat, daß ihm die Arbeit, die mal am Feierabend nicht als Lohnarbeit für den Mehrwert der Kapitalisten und nicht unter Anmeldung zur Lohnsteuer geleistet wird, zur „Schwarzarbeit“ und zum „Problem“ wird, dem er bereits in der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes Rechnung getragen hat. Zusätzlich sieht er die Aufgabe der Gewerbeaufsicht in Aufschnüffelung solcher Arbeit.

Konzentrationspunkt der Pläne des Arbeitsministeriums ist die Rentenversicherung. Für die große Rentenreform, die in den nächsten drei Jahren durchgepeitscht werden soll, kündigt Ehrenberg bereits durch die Blume „eine andere Rentenformel“ an. Anfang Oktober hat die Bundesregierung dafür eigens eine „Kommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen“ eingerichtet. Im Mai soll sie berichten. Noch zuvor werde es aber mit dem Rentenanpassungsgesetz zusammen Änderungen geben. Dazu werde „die ganze Skala der Möglichkeiten“ geprüft. Die Einbeziehung der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge in die Versicherungs- und Beitragspflicht ist ins Spiel gebracht, die Anpassung der Renten zum 1.1.1979 nach der Veränderung des Nettolohnes ist schon angekündigt, von Besteuerung der Renten ist die Rede, von der Kürzung der Rente durch einen Beitrag zur Krankenversicherung, wie für einen Teil der Rentner schon seit Juli eingeführt; schließlich Abbau der „Überversorgung“, die daher rührt, daß die Bourgeois in der Kürzung des Lohnes durch Lohnsteuer und Versicherungsabzüge erfolgreicher waren als in der entsprechenden Kürzung der Renten. Der Öffentliche Dienst soll den Anfang machen, ist hier die Bresche geschlagen, wird den Arbeitern gestrichen, die zur Rente der gesetzlichen Versicherung auch noch eine Unfall- oder Betriebsrente erhalten.

Kürzung der Renten durch Versicherungsbeiträge und Lohnsteuern ist die feste Absicht von Ehrenberg, Dorthin zeigen auch die im einzelnen oft als bloße Finanzschiebereien erscheinenden Maßnahmen wie die Zahlung der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose an die Rentenversicherung ab Juli. Wenn erst die Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung zahlt, weshalb dann nicht die Rente um einen Beitrag zur Krankenversicherung kürzen? Mit der erklärten Absicht der Netto-Anpassung der Renten ist der erste Schritt zur Nettorechnung schon getan.

Schon jetzt werden zwar die Renten in der Regel nicht besteuert, wohl aber ein Teil der Beiträge. Amtlich wird zwar behauptet, sie seien steuerfrei durch den Versorgungsfreibetrag, Tatsache ist aber, daß die Versicherungsbeiträge, die vom Bruttolohn abgezogen werden, bereits bei einem Lohn von etwa 1000 DM diesen Freibetrag übersteigen und zum „zu versteuernden Einkommen“ rechnen. Der Wunschtraum von Ehrenberg ist wohl die Berechnung der Beiträge auf den vollen Bruttolohn, Besteuerung der Versicherungsbeiträge, die Renten, die ohnehin schon besonders stark von Mehrwert- und Verbrauchssteuer belastet sind, durch Einkommenssteuer und Krankenkassenbeitrag weiter kürzen. Vielleicht findet Ehrenberg dann noch einen Weg, die Renten mit einem Beitrag zur Rentenversicherung zu belegen.

Der Arbeitsminister hat im vergangenen Jahr allzuviel gegen die Interessen der Arbeiter durchpeitschen können. Es sind in erster Linie seine Parteifreunde in der Gewerkschaft und ihr ideologischer Einfluß, die ihm dies ermöglicht haben.

Nur die Hälfte aller männlichen Arbeiter und Angestellten, die 1976 erstmals Rente bezogen haben, taten dies wegen Erreichen der Altersgrenze. Über ein Fünftel war noch keine 60 Jahre alt, die Zahl der Erwerbsunfähigen unter jenen ist seit 1972 um über 13000 gestiegen. Die Zahl derer, die vorzeitig Rente beantragten, weil sie arbeitslos waren, hat sich verdoppelt. Im Kampf gegen die Kapitalistenklasse, die an dieser Ruinierung von Lebenskraft zehntausender Arbeiter schuldig ist, braucht die Arbeiterklasse Versicherungen, die den Arbeitern ausreichende Reproduktion sichern, die ihre Arbeitskraft nicht oder nicht mehr verkaufen können. Dazu gab es im letzten Jahr wichtige Beschlüsse in den Gewerkschaften. Wenn sie ausgebaut werden, wird das Ehrenbergprogramm mit einer Niederlage für die Bourgeois enden. Sonst aber bleiben den Kapitalisten alle Hintertüren offen. Das Rentenalter muß auf 50 Jahre bei Frauen und 55 Jahre bei Männern herabgesetzt werden, gleichzeitig aber muß die Höhe der Renten mit 75% des Facharbeiterlohnes, regelmäßige und gleichmäßige Erhöhung der Renten mit den Löhnen durchgesetzt werden, sonst führt jede Änderung nur zum tatsächlichen Zwang, über die Altersgrenze zu arbeiten, weil die Rente zu gering ist. Wird nicht die Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit durchgesetzt, so wird Ehrenberg noch allerhand für „zumutbar“ erklären können. Wird nicht die vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen durchgesetzt, so wird es vom Wohlwollen des Geldsacks abhängen, wann eine Krankenhausbehandlung durchgeführt wird und wann nicht. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz schränkt auf hunderterlei Weise den Versicherungszweck ein. Die Lohnabhängigen brauchen eine Versicherung für unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Die Versicherung muß einheitlich sein, und die Kapitalisten müssen alle Versicherungskosten bestreiten. Dies sind Forderungen, die den Arbeitern nützen und den Kapitalisten schaden.

Rundfunkmeldungen besagen, daß sich die Spitzen der Sozialdemokratischen Partei – entgegen den Bemerkungen Ehrenbergs – noch in dieser Woche treffen und das Ehrenberg-Programm festlegen wollen. Mag sein, daß wieder ein „besonders eilbedürftiges“ Gesetz aufgetischt wird. – (Z-Red.)

Aufruf zum Kampf gegen den Schulgesetzentwurf beschlossen

Kiel. Am 3./4. Januar 1978 trafen sich ca. 60 Gymnasiasten, einige Realschüler und Berufsschüler in Kiel zur Vorbereitung der Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf am 3.2.78. Diese Demonstration ist bereits von der Landesschülervertretung für Gymnasien und den Erzieherfachschulen beschlossen worden.

Das Treffen sollte einen Aufruf verabschieden und die Demonstration vorbereiten. In vielen Städten des Landes wird der Kampf gegen die politische Entrechtung und gegen das Notensystem geführt. In Lübeck hat bereits eine Demonstration mit 200 Teilnehmern gegen den Schulgesetzentwurf stattgefunden. In Pinneberg ist eine geplant gemeinsam mit der GEW. Dieser Aufruf kann auch am 13./14.1. auf der Konferenz der berufsbildenden Schulen verabschiedet werden, so daß alle Schüler gemeinsam zu dieser Demonstration aufrufen.

Verabschiedet wurden folgende Forderungen:

Für ein freies Selbstbestimmungsrecht der SVen!
Für ein allgemeinpolitisches Mandat der SV und freie politische Betätigung in den Schulen!
Weg mit den Ordnungsmaßnahmen gegen Schüler!
Weg mit dem viergliedrigen Schulsystem und dem Zensurensystem!
Weg mit dem Ermächtigungsparagraphen 110!
Für das Recht auf Schulstreik!
Weg mit dem Schulgesetzentwurf!

Deutschlandlied ab sofort Pflicht in der Schule

Hamburg. Auf eine kleine Anfrage zur Nationahymne stellt der Hamburger Senat fest, daß die in „weiten Teilen des Volkes geübte Zurückhaltung gegenüber nationalen Symbolen“ sich an den Schulen so niederschlägt, daß zwar die Behandlung der Nationalhymne in den Lehrplänen vorgesehen ist, „das Lernen und Singen der Hymne aber nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist. Der Senat ist jedoch der Auffassung, daß die Nationalhymne stärker in das Bewußtsein auch der Schüler gebracht werden muß“. Diesen Beschluß des Senats teilt der Landesschulrat Neckel in einem Brief an alle Schulen vom 20.12.77 den Kollegen mit. Neckel schreibt außerdem: „Traditionen lassen sich nicht auf dem Ordnungswege erzwingen, es wird aber von den Schulen in allen Bundesländern erwartet, daß die Schüler die dritte Strophe des Deutschlandliedes gelernt haben und singen können . . . Es wird empfohlen, bei geeigneten Anlässen (z.B. schulische Veranstaltungen zum 23. Mai, 17. Juni, 20. Juli, 9. September oder zum Volkstrauertag) die Nationalhymne mit den Schülern gemeinsam zu singen. Als Nationalhymne gilt die dritte Strophe des Deutschlandliedes; die anderen Strophen brauchen nicht gelernt zu werden, sie sollen aber bekannt sein . . . In die Lehrpläne werden deutlichere Hinweise zur Behandlung der Nationalhymne aufgenommen werden.“

schulrat Neckel in einem Brief an alle Schulen vom 20.12.77 den Kollegen mit. Neckel schreibt außerdem: „Traditionen lassen sich nicht auf dem Ordnungswege erzwingen, es wird aber von den Schulen in allen Bundesländern erwartet, daß die Schüler die dritte Strophe des Deutschlandliedes gelernt haben und singen können . . . Es wird empfohlen, bei geeigneten Anlässen (z.B. schulische Veranstaltungen zum 23. Mai, 17. Juni, 20. Juli, 9. September oder zum Volkstrauertag) die Nationalhymne mit den Schülern gemeinsam zu singen. Als Nationalhymne gilt die dritte Strophe des Deutschlandliedes; die anderen Strophen brauchen nicht gelernt zu werden, sie sollen aber bekannt sein . . . In die Lehrpläne werden deutlichere Hinweise zur Behandlung der Nationalhymne aufgenommen werden.“

Verzögerung von Rentennachzahlungen

Westberlin. BfA. Im Rentenverfahren werden unter anderem Ersatzansprüche von Krankenkassen abgerechnet. Bisher wurden diese Ansprüche bei der BfA von der Rentennachzahlung, die dem verrenteten Angestellten zustand, abgezogen und der Restbetrag ihm ausgezahlt. Ab 1.1.78 wird die gesamte Nachzahlung an die Krankenkasse überwiesen. Die zieht selbst ihren Anspruch ab und zahlt dann den Rest an den Rentner aus. Der Rentner bekommt so sein Geld mit großer Verzögerung und gewährt der Krankenkasse praktisch einen zinslosen Kredit auf unbestimmte Dauer.

Kostendämpfung durch die Siemens-Betriebskrankenkasse bringt den Siemens-Kapitalisten Millionen

Nürnberg. Im Laufe der Informationen für neue Mitarbeiter verkündet der Betriebsrat Mosinger der Zweigniederlassung Nürnberg, selbst stellvertretender Vorsitzender der Siemens-Betriebskrankenkassen (SBK)-Vertreterversammlung, daß durch Mitwirken aller bei der SBK Versicherten im Jahr 1977 ein Überschuß von rund 35 Millionen erzielt worden sei. Man könne den Beitragssatz von 9,6% im Jahre 1978 halten. Zu den Methoden, wie die Millionen aus den Lohntüten gezogen werden konnten, läßt er heraus: Die SBK zahlt jährlich pro Versicherten 1 DM für Medikamente wie Kopfschmerztabletten, Grippepräparate usw., die an die Werksschwestern verteilt werden. Diese Möglichkeit solle man nutzen, fordert er die Neueingestellten auf. Man müsse ja nicht gleich zum Arzt gehen, sondern könne das bei den Werksschwestern erledigen. Letztenendes würden lange und häufige Fehlzeiten die Kassen belasten, und das würde ja doch nur zur Erhöhung der Kassenbeiträge führen. Verquickt über die Mietung bzw. das Vermieten von Räumen und Gebäuden hält sich das Siemens-Kapital an der SBK schadlos.

Wir werden den Kampf für die Einheit der Studentenbewegung fortsetzen

AStA-Wahl Uni Göttingen: Zwei Listen und ein Programm? / Die Bourgeoisie lauert auf Spaltung

Mitte bis Ende Januar sind Studentenparlamentswahlen. Die Ergebnisse sind von einiger Bedeutung. Sie werden den *signalisieren* den Grad der Kraft und Einheit der Studentenbewegung nach dem großen bundesweiten Streik und sie werden die Politik der Bourgeoisie wie der verschiedenen Fraktionen in der Studentenbewegung erheblich *beeinflussen*.

In Göttingen wird vom 23.1. bis 27.1. gewählt. Der AStA ist abgesetzt worden von der niedersächsischen Landesregierung. Damit sollte die Studentenbewegung in Göttingen und über Göttingen hinaus gebrochen werden. Das hat bis heute nicht geklappt. Ende November ist die Streikfront von den Studentenmassen aufgebaut worden gegen den bürgerlichen Staat. Bundesweit. Das hat ihre Stärke ausgemacht. Forderungen gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG), für die Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Finanz- und Satzungshoheit sind allgemein erhoben worden. Koalitionsrechte sind gefordert worden. Fast überall sind die Studenten für kostendeckendes Ausbildungsentgelt eingetreten. Die Forderung beinhaltet die Anerkennung des Ausbildungsverhältnisses als ein Lohnabhängigkeitsverhältnis, sie drückt einen echten Fortschritt in der Herstellung der Einheit der Studentenbewegung aus.

Die Bourgeoisie fürchtet diese Einheit, sie fürchtet den Aufbau von Koalitionen. Sie hat zurückgesteckt während des Streiks und „Dialog" angeboten. Die Göttinger Studenten sind entschieden für die *Durchsetzung* der Streikforderungen eingetreten, gegen die Vorschläge der Opportunisten. Das hat die Studentenbewegung in Göttingen vorangebracht. Sie steht anders da als vor dem Streik. Nur, durchgesetzt worden sind die Forderungen nicht. Wir haben gesagt, daß es gefährlich ist, Erfolge zu bejubeln und auszuruhen. Daß die Studentenbewegung in der Offensive bleiben muß, ihre Einheit stärken, um den Streik wiederaufnehmen zu können. Daß die Reaktion auf jedes Schwächezeichen lauert.

Auf Grundlage dieser Einschätzung hat der KSB Südostniedersachsen einen Programmvorschlag unterbreitet zu den Wahlen. (siehe Faksimile) Er ist aktionsmäßig in der ganzen Universität verklebt worden. Verschiedene öffentliche Beratungen haben stattgefunden. „Einheitlich gegen die Regierung!" Dafür sind die meisten Studenten. Um die 70 Studenten haben an den ersten Beratungen teilgenommen. Reformisten, Revisionisten und der KB haben diese öffentlichen Beratungen gescheut. Es konnte Einheit hergestellt werden mit verschiedenen Institutsgruppen über die Kandidatur auf den Forderungen:

Bundesweiter Streik auf Beschluß der VDS-MV im Februar für die Forderungen:
- Weg mit HRG und NHG
- Für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt, dessen Auszahlung an keinerlei Bedingungen geknüpft ist.
Für die gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit."
Die Notwendigkeit des Aufbaus von Koalitionen war unbestritten.

Dennoch ist die gemeinsame Liste in letzter Minute geplatzt. Eine Fraktion in den Institutsgruppen hat erklärt, KSB-Genossen als Kandidaten dürften nicht aufgestellt werden. Das ganze hat einen skurilen Zug. Wie kann man sich einigen auf Forderungen zur Durchsetzung der sozialen und politischen Interessen der Studentenmassen und einen Teil der Kämpfer ausschließen wollen? Tatsächlich ist mehr dahinter. Bei der Kandidatur ist es aufgebrochen.

Die Widersprüche *sind* scharf an den Universitäten. Es geht nicht mehr, Forderungen für richtig zu befinden und aufzustellen, ohne sie wirklich durch*kämpfen* zu wollen, stattdessen die Auffassung zu verbreiten, die Studentenbewegung sei schwach und könne nicht siegen. Es ist nicht möglich, die Interessen der Studentenbewegung vertreten zu wollen und weiter die Hoffnung auf eine Professorenkarriere zu nähren. Und es ist zudem verantwortungslos gegenüber den Studentenmassen. Mit den besitzlosen Studentenmassen gegen die Bourgeoisie oder mit der bürgerlichen Klasse gegen das Volk? So steht's. Teile der Institutsgruppen haben den Mittelweg gesucht. Kandidatur auf richtigen Forderungen aber ohne die Kommunisten.

Wie kann man glauben, das sei nützlich? Wer soll das honorieren? Die fortschrittlichen Studenten *können* diese Spaltung nicht akzeptieren. Die Bourgeoisie *wird* mit solchen Angeboten nicht zufrieden sein. Sie wird nachstoßen. Sie braucht die vollständige Zersplitterung der Studentenmassen, um sie dann in die Knie zu zwingen. 16 Listen gibt es für die AStA-Wahlen. Sechs Listen davon sind von Bourgeoisstudenten, zum erstenmal Banden der Burschenschaftler. Die Bourgeoisie probiert die Abspaltung der Studenten für faschistische Strömungen.

Jetzt hat sich der NDR angekündigt. Die Organisationen sollen Stellung nehmen zur Frage „der schweigenden Mehrheit". „Die wird mal wieder nicht wählen bei 16 Listen", so rum werden sie kommen.

Es wird jetzt zwei Listen geben mit richtigen Forderungen und Vorschlägen. Die organisatorische Spaltung läßt sich nicht einfach aufheben. Politische Einheit ist immer noch möglich. Man kann eine gemeinsame Erklärung abgeben gegen die bürgerliche Klasse. Auch in der Fernsehsendung. Der Vorschlag des KSB hat einiges in Bewegung gebracht. Wir werden weiter für die Aktionseinheit kämpfen. Sie ist objektiv nötig. Viele Studenten wollen sie. – (N-Red.)

Vorbereitung der Fachschafts- und Studentenratswahlen

In mehreren großen Städten Norddeutschlands findet derzeit die Vorbereitung von Fachschaftswahlen und Studentenratswahlen statt.

Es gibt heftigen Kampf um die Forderungen und Programme, auf denen sich die Studenten gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen wollen. Mit Reformismus und Revisionismus versucht die Bourgeoisie innerhalb der Studentenbewegung zu spalten, mit dem Ziel, daß jede Gruppe, jeder Bereich und jede Organisation einzeln kandidiert.

Dagegen wird der Kampf geführt, es konnten bereits Erfolge in Aktionseinheitsverhandlungen für gemeinsame Kandidatur auf einer Liste errungen werden.

Braunschweig.
KSV, Basisgruppen und KSB an den Fachbereichen Germanistik und Geschichte, TU, einigten sich auf einem Treffen zwecks gemeinsamer Kandidatur zu Studentenrats- und Fachschaftswahlen auf den Wiederaufbau der bundesweiten Streikfront, gegen die Hochschulgesetze und für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt. Über die Unterstützung der ZANU und des Lohnkampfes wird zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

Bremen.
An der Universität Bremen fand eine öffentliche Beratung mit 50 Studenten über eine mögliche gemeinsame Liste zu den Studentenratswahlen statt. Aufgerufen dazu hatten der KSB, KSV und der KB. Es besteht Einigkeit darüber, eine gemeinsame Plattform zur Kandidatur zu erreichen. Die wichtigsten Themen der zu erstellenden Plattform sollen sein: Gegen die Ausrichtung von Forschung und Lehre im Dienste des Kapitals. Gegen die politische Unterdrückung an der Hochschule als Teil der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes. Gegen die Reglementierung des Studiums durch Leistungsdruck und materielle Abhängigkeit. Für die Zusammenarbeit und Unterstützung der selbständigen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes.

An der Hochschule für Sozialpädagogik Bremen sind die Aktionseinheitsverhandlungen der Bereichsgruppe (Liste Aktionseinheit) und dem KB gescheitert. Damit kandidieren nunmehr fünf verschiedene Listen.

Kiel.
An der Universität kandidieren zu den Wahlen zu den Hochschulgremien von 16 Fachschaftsgruppen zwölf auf einer gemeinsamen Fachschaftsgruppenliste. Für die Studentenparlamentsliste liegt ein Programmentwurf vor, der Forderungen nach Rechten der Studenten erhebt:
Weg mit HRG, dem LHG!
Keine Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation!
Für ein ausreichendes Ausbildungsentgelt!
Weg mit dem Ordnungsrecht! Streikrecht!

Vorgesehen ist die Bildung eines Delegiertenrats der Fachschaftsgruppen, der die Arbeit des AStA kontrolliert.

Hannover.
Hier konnte keine Einheit auf einer Aktionseinheitsverhandlung zwischen KSV, KSB/ML und KHG hergestellt werden. Es bildete sich dann ein Zusammenschluß von fünf unorganisierten Studenten mit Mitgliedern der KHG.

Osnabrück.
An der Universität kandidieren 35 Studenten aus den Fachbereichsgruppen und unorganisierte Studenten auf einer Liste zu den Studentenparlamentswahlen. Sie fordern u.a.: Sofortige Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die Herausgeber der Buback-Dokumentation!
Für die Weiterbeschäftigung von Götz Rohwer!
Boykott der Sozialwerksbeiträge!
Selbstverwaltung aller studentischen Sozialeinrichtungen bei Finanzierung durch den Staat!

Kämpfe der amerikanischen Studentenbewegung

Seit über einem halben Jahr kämpft die Studentenbewegung an der Kent State University in NordKarolina in den USA gegen den Plan der Staatsregierung und der Universitätsverwaltung, eine Turnhalle an der Stelle auf dem Universitätsgelände zu errichten, an der am 4. Mai 1970 vier Studenten von Nationalgardisten erschossen wurden, die an einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg der USA-Imperialisten teilgenommen hatten.

Das erklärte Ziel der Regierung ist es, die Erinnerung an dieses Verbrechen auszulöschen und die Studentenbewegung, für deren Kampf gegen Unterdrückung und Entrechtung der Kampf gegen die Verbrechen des USImperialismus gegen die Völker der Welt große Bedeutung hat, zu demütigen. Bei Bekanntwerden der Pläne der Staatsregierung im Januar 1977 hat sich an der Universität eine Aktionseinheit unter dem Namen 4.-Mai-Koalition gebildet, die während des ganzen Jahres Protestaktionen, Streiks und Kundgebungen organisiert hat. Gegen das Verbot der Universitätsverwaltung wurde am 4. Mai ein Streik durchgeführt, zweimal wurde das Baugelände während des Sommers besetzt. Die neuen Studenten wurden zu Beginn des Studienjahres mit einer Demonstration von mehreren Hundert empfangen. Ihren vorläufigen Höhepunkt hat die Bewegung mit einer Demonstration am 24. September gehabt, an der über 3000 Studenten und Arbeiter teilnahmen, darunter Delegationen aus allen Teilen der USA. Die Demonstrationen und Kundgebungen wurden ferner in vielen anderen Städten und Hochschulen der USA vorbereitet und unterstützt. Die Demonstration am 24. September selbst wagte die Staatsmacht nicht anzugreifen. Die Demonstranten zogen um das ganze Universitätsgelände ein und rissen schließlich den hohen Stacheldrahtzaun um das Baugelände ein und besetzten es für mehrere Stunden. Nach dem Ende der Demonstration wurden zahlreiche Teilnehmer verhaftet, in Schnellverfahren zu hohen Geldstrafen verurteilt und relegiert oder mit Relegation bedroht. Trotz der wilden Verfolgung und Unterdrückung, die an der Universität und gegen Arbeiter einsetzte, die an der Demonstration teilgenommen haben, fand am 22. Oktober eine weitere Demonstration von 1500 Teilnehmern statt, die gegen Tränen- und Pfeffergaseinsätze, wilde Knüppeleien und die Drohung mit der Schußwaffe durch Staats- und Universitätspolizei das Baugelände mehrfach angriff.

Die imperialistische Bourgeoisie der USA verschärft zur Zeit rasch die materielle Verelendung und Unterdrückung der Studenten. Dabei greift sie vor allem die Studenten aus den ärmsten und unterdrücktesten Teilen des Volkes, der nationalen Minderheiten, der Chicanos, der Puertoricaner und der Schwarzen heraus. Das oberste Gericht von Kalifornien hat der Klage des weißen Studenten Allan Bakke stattgegeben, der behauptete, er sei von der Universität Kalifornien abgewiesen worden, weil „weniger qualifizierte" Schwarze und Chicanos (Angehörige der mexikanischen nationalen Minderheit) bevorzugt worden seien. Dies sei „umgekehrter Rassismus". Dieses Gerichtsurteil soll die Verpflichtung für die US-amerikanischen Universitäten aufheben, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Studienplätze den Angehörigen der unterdrückten Minderheiten zur Verfügung zu stellen. Es wird damit gerechnet, daß der oberste Gerichtshof der USA das kalifornische Urteil bestätigen wird, und inzwischen sind Prozesse ähnlicher Art gegen fast alle amerikanischen Universitäten aufgenommen worden. Durch diese Maßnahmen sollen bessere Möglichkeiten geschaffen werden, die besitzlosen Studenten, die zum größten Teil aus den nationalen Minderheiten kommen, verschärfter Konkurrenz auszuliefern, zu unterdrücken und auszusondern. Gegen das Bakke-Urteil hat sich deshalb in den ganzen Vereinigten Staaten eine Bewegung entwickelt, die in den letzten Monaten des Jahres 1977 zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt hat. Bereits am 8. Oktober, dem ersten nationalen Aktionstag gegen das Bakke-Urteil demonstrierten unter anderem in Washington 1500, in Seattle 1500, in Los Angeles, in Sacramento 600, in Oakland 3000 Arbeiter und Studenten. Darüberhinaus sind vor allem auch Ärzte an dieser Bewegung beteiligt, weil an den medizinischen Hochschulen die Unterdrückung besonders scharf ist. Die Bewegung ist dort besonders stark, wo, wie in Oakland, Arbeiter und Studenten aus den Minderheiten die Initiative ergriffen haben, die durch diese Maßnahmen besonders unterdrückt werden sollen. – (Z-Red.)

„Verhaltensgestört und auffällig" – der psychologischen Analyse folgen Polizei und Richter auf dem Fuß

„Bis vor einiger Zeit haben die Kontrollmittel an den Schulen bezüglich der Disziplinierung der Schüler gereicht – jetzt ist das nicht mehr so", mußte Dr. Rehm an der PH Weingarten in seinem Seminar „Aggressive Schüler" bekennen. Seit 1976 zeigt sich eine „erschreckende Tendenz zur destruktiven Gewalt". Die wachsende Rebellion der Jugend gegen die Ausbildungsverhältnisse macht die Bourgeoisie unruhig. Dr. Rehm nimmt zur Grundlage seines Seminars das Buch „Kindliche Aggressivität" von H. Röhm. Der Grund für Aggressionen, heißt es darin, sind die zwei wesentlichen Triebe des Menschen: der Sexual- und Aggressionstrieb. Konrad Lorenz schreibt dazu in: „Das sogenannte Böse": der Aggressionstrieb quelle, wie viele andere Instinkte auch, spontan aus dem Inneren des Menschen.

Wenn man einem Kind jede Frustration zu ersparen suche, so zeige sich nämlich, daß ganz unerträglich freche Kinder die Folge seien. Nach dieser Theorie muß es also logisch heißen, daß Frustrationen geradezu notwendig seien, um ein anständiges Verhalten zu erzielen. Und Frustrationen erzeugt man allemal durch Druck, Zwang und Knechtung. Daraus ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit des Notensystems, und zugleich ist dies die Rechtfertigung sonstiger Disziplinierungsmittel. Diese bürgerlichen Psychologen legen auch klar, gegen welche Kinder Disziplinarmaßnahmen erforderlich sind. Sie unterscheiden zwischen solchen Kindern, die ihren Trieb beherrschen können, nämlich die Kinder der „Oberschicht", die, nach Dr. Rehm, „soziale Nähe" wie auch „Distanz" zu wahren lernten. Und solchen Kindern, die triebhaft und unbeherrscht sind. Das sind die sogenannten Unterschichtkinder, deren Mütter „gluckenhaftes Verhalten" aufweisen. Unterschichtkinder suchten „Loslösung von der Glucke", daher erkläre sich ihre Aggressivität in der Schule.

Das erfordert natürlich den frühzeitigen Eingriff des bürgerlichen Staates in die Familien der Arbeiterklasse und eine entsprechend starke Hand in der Schule. Entwickelt der Lehrer nicht feiwillig den notwendigen Frustrationsdruck, so greift die Schulbürokratie ein, wie am Karl-Maybach-Gymnasium in Friedrichshafen, wo eine Referendarin per Dienstanweisung gezwungen wurde, die Noten der Klassenarbeit um einiges nach unten zu setzen.

Mit Aggressionen meinen die Bourgeoiswissenschaftler die zunehmende Rebellion der Jugend des Volkes gegen die Verhältnisse. Da die Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Expansionsziele auf die Jugend angewiesen ist, sucht sie nach wissenschaftlichen Begründungen, um der Rebellion Herr zu werden. Sozialarbeiter, Erzieher, Lehrer usw. braucht sie für dieses Geschäft. Mit halbwissenschaftlichen Erklärungen versucht sie sie zu kaufen. Im „Spiegel" Nr. 1/77 läßt sich ein bürgerlicher Schreiberling über die kindliche Aggressivität aus. Das ist das notwendige Begleitstück zu Antje Hubers Entwurf für ein neues Jugendhilfegesetz. Im Spiegel erfährt man, daß jedes 5. deutsche Schulkind „verhaltensgestört" sei, daß „andererseits...diese Kinder bohrend und bokkig auf Soforterfüllung ihrer immer maßloseren Wünsche ... drängen". Das habe es zwar schon immer gegeben, jetzt sei dies „die vorherrschende Kinderkrankheit der siebziger Jahre".

Daß die Jugendlichen ihre Forderungen nicht zum Luftablassen aufstellen, stinkt der Bourgeoisie, genauso, daß sie sich nicht einfach unter ihre Fuchtel kriegen lassen. „Krankhafte Gier nach Bestätigung" sei festzustellen und „die Unfähigkeit, Tadel oder Zurückweisung zu ertragen". Und woran liegt das? An den Eltern, die „die von Wohlstand und Verwöhnung, aber auch von unsicheren Erziehern umgebenen Enkelkinder des Wirtschaftswunders," in ein nur am „Konsum orientiertes" Leben führen. Die Massen sollen endlich den Gürtel enger schnallen und Lohnverzicht üben, heißt die Konsequenz.

Erst so betrachtet wird richtig klar, welche Tiefe im Gesetzentwurf von SPD und FDP zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge steckt, wo ein Eingreifen von Jugendamt und Vormundschaftsgericht nicht erst bei „schuldhaftem Verhalten" der Eltern, sondern bereits „bei einer Gefährdung des persönlichen Wohls des Kindes" vorgenommen werden kann. Über die Erklärung der Rebellion als Trieb durch die bürgerliche Psychologie folgt logisch, daß er per Gesetz und Zwang unterdrückt werden kann, wozu es nur noch Umsetzer braucht, die zunehmend, neben Polizei und Richter, in Gestalt von „Helfern" der Jugend auftreten.

Statt 8400 Sozialarbeitern sollen 17140 bis 1982 tätig sein, die Erziehungsberatungsstellen werden von 550 auf 710 erhöht und, damit die Unterdrückung auch ja richtig klappt, sollen sie „mit je einem Psychologen, Sozialarbeiter, mit zwei therapeutischen Fachkräften und einem nebenamtlich tätigen Arzt besetzt sein" – im Hirn ausgestattet mit der Aggressionstheorie, bereit zur Auslieferung an Polizei und Justiz bei mangelndem Wohlverhalten der Jugendlichen. Damit soll die Durchsetzung neuer Gesetze, wie die „Streichung ausbildungshemmender Vorschriften" und die umfassende Einführung der Nacht- und Schichtarbeit für die Jugend gesichert werden. – (KHG Weingarten)

Wehrstrafgesetz: ein vielseitig ersonnener Strafkatalog gegen die Soldaten

„Die schuldhafte Verletzung von Dienstpflichten stellt ein Dienstvergehen dar (§ 23 Abs. 1 Soldatengesetz), das nach § 7 Abs. 1 der Wehrdienstordnung disziplinar geahndet werden kann... Die Dienstleistungspflicht gehört zu den wichtigsten Grundlagen der militärischen Ordnung. Ihre Verletzung wiegt daher grundsätzlich in keinem Fall leicht... Da der Beschwerdeführer bereits wiederholt einschlägig in Erscheinung getreten ist, ist die mit 21 Tagen verschärfte Ausgangsbeschränkung und einer Disziplinarbuße von 100 DM gemaßregelt, angemessen und zur Aufrechterhaltung der militärischen Ordnung erforderlich..." Dies ist ein Beschluß eines Truppendienstgerichts gegen die Beschwerde eines Soldaten über eine vorausgegangene Disziplinarstrafe wegen Verstoß gegen das Soldatengesetz § 7, da er „vorsätzlich die Pflicht zu treuem Dienen" verletzt habe. Vorgeworfen wird dem Soldaten, daß er über längere Zeit der Truppe unerlaubt ferngeblieben sei, daß er sich dem Dienst entzogen habe, die Stube von innen verschlossen und bis mittag geschlafen habe.

Nachgeschoben über das Wehrstrafgesetz zur nachhaltigeren Einprägung der „treuen Dienstpflicht", wurde ein zweites Verfahren eingeleitet, das nun den Soldaten über das Amtsgericht für das gleiche „Vergehen", aber eben auf der zivilrechtlichen Ebene aburteilen sollte. Im Urteil „Im Namen des Volkes" wurde dem Soldaten zur Last gelegt, daß er sich mit einer besonderen Hartnäckigkeit seiner Wehrpflicht entzogen habe und daß er die Straftat – also Entfernung von der Truppe – zu einem Zeitpunkt begangen hat, wo die Bewährungszeit einer Jugendstrafe noch nicht abgelaufen war. „Zur Ahndung seines Fehlverhaltens schien dem Gericht die Verhängung eines Strafarrestes von 6 Monaten angemessen. Die Verhängung einer Geldstrafe gem. § 10 Wehrstrafgesetz kam nicht in Betracht, da die sechsmalige Abwesenheit innerhalb eines halben Jahres zur Wahrung der Disziplin, die Verhängung von Freiheitsstrafe erforderlich macht." Eine Bewährung lehnte der Richter aufgrund ungünstiger Prognose ab, da „damit nicht erwartet werden kann, daß allein die Strafdrohung den Angeklagten beeindrucken kann, daß er in Zukunft ein gesetzmäßiges Leben führen wird. Es muß zu Disziplinschwierigkeiten innerhalb der Truppe führen, wenn dieser besonders hartnäckige Fall einer Wehrdienstentziehung nicht die Vollstreckung zur Folge haben würde."

Die Bundeswehr ist ein imperialistisches Heer. Arbeiterjugendliche und Studenten, die am Dienst in dieser Armee keinerlei Interesse haben, werden unter Zwang in sie hineingepreßt. Damit die Soldaten in der Armee bleiben, um sich für den imperialistischen Krieg ausbilden zu lassen, ist abermals Zwangsanwendung erforderlich. Direkte Schikane der Vorgesetzten, Disziplinarstrafen sowie Zivilgerichte sollen den notwendigen Gehorsam gegenüber der Armee schaffen, denn: „Der Gehorsam gehört zu den wichtigsten Pflichten des Soldaten. Das Führungsmittel des Befehls ist das Kennzeichen jeder Wehrmacht." (Begründung des Bundesrates zum Soldatengesetz) Niederträchtigste Schikanen, Disziplinarstrafen, die entweder Bau oder Abknöpfung des mageren Solds bedeuten, können den Soldaten, der als Arbeiter, als Angehöriger der unterdrückten Klassen zur Bundeswehr kam, nicht zwingen, daß er es unterläßt so zu denken und zu handeln, wie es seine Klassenlage verlangt.

Die Disziplinarstrafen häufen sich. In der Kaserne in Hamburg-Wandsbek wurden 1977 mit Disziplinarstrafen über 1000 DM den Soldaten der Stammkompanie abgepreßt.

Auf Grundlage des § 89 des Strafgesetzbuches operiert die Bourgeoisie gegen die Zersetzung ihres Gewaltapparates.

„§ 89: Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr oder öffentliche Sicherheitsorgane

1. Wer auf Angehörige der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig einwirkt, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, um sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

2. Der Versuch ist strafbar."

Zwei Soldaten der Oberharzkaserne Clausthal Zellerfeld wurde auf Grundlage dieses Paragraphen wegen „mehrmaligen Verteilens von Militärzeitungen und der KVZ" an Kameraden der Ausbildungskompanie 13/I der Prozeß gemacht. Diese Unternehmungen der Bourgeoisie häufen sich angesichts der Bewegung der Soldaten gegen ihre Unterdrückung. Die Bourgeoisie stellte die Entwicklung der „Pflege" des Rechtswesens in der Bundeswehr so fest: „Waren im November 1956, somit genau vor 20 Jahren, erst sieben Rechtsberater eingesetzt, und wurden im folgenden Jahr erstmals 12 Truppendienstgerichte eingesetzt, so repräsentiert sich heute, nach Abschluß des Aufbaus der Streitkräfte, die Truppendienstgerichtsbarkeit mit derzeit 26 Vollkammern. Bei insgesamt 50 Kommandobehörden und militärischen Dienststellen sind 102 Rechtsberater und an 17 Akademien und Schulen der Streitkräfte 34 Rechtslehrer tätig. 100 Rechtsberater sind bei 48 Einleitungsbehörden zugleich auch als Wehrdisziplinaranwälte bestellt." (Staatssekretär Fingerhut)

Die Bourgeoisie baut am Gewaltapparat für den Gewaltapparat, weil die Soldatenbewegung beginnt, sich unter Forderungen wie: Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten, jederzeitiges Recht auf Verweigerung, gegen die Bourgeoisie auszurichten. – (Z-Red.)



Bremen. Ca. 150 Genossen nahmen an dem Fackelzug des Soldaten- und Reservistenkomitees durch den Stadtteil Walle teil.

Bremen. Ca. 150 Genossen nahmen an dem Fackelzug des Soldaten- und Reservistenkomitees durch den Stadtteil Walle teil.

Osnabrück. In Osnabrück hatte die Bourgeoisie Fackelzug und Kundgebung in der Silvesternacht verboten. „Befriedete Wohnbereiche" im Arbeiterviertel Schinkel, das hätte sie gerne, wenn sie dort den Klassenkampf verbannen könnte. „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" befürchtet sie. Natürlich, für die Bourgeoisie ist das so, das war auch beabsichtigt.

Als das Verbot durch das Verwaltungsgericht verschärft bestätigt wurde, wurde das Ordnungsamt in Beschlag genommen. „Wir sind auch nicht für das Verbot", sagten uns Beamte. Der Staatsapparat stand Kopf.

Mit der Osnabrücker Polizei war das Verbot auch nicht durchzusetzen. Ausgelost wurden die Polizisten, die zum Einsatz mußten. Zusätzlich wurden zwei Hundertschaften aus Oldenburg geholt. Den Fackelzug haben sie aber auch damit nicht verhindern können. Punkt fünf vor zwölf stand der Fackelzug mit 130 Genossen und demonstrierte durch Straßen des Schinkel. Erst am Ende des Demonstrationszuges konnte die Polizei angreifen. Ihr Erfolg war gering: Das Demonstrationsverbot war durchbrochen, der Fackelzug fand breite Unterstützung. Ein Ratsherr mußte sich gleich zwei Tage später in einem Leserbrief in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" von der Knüppelei der Polizei distanzieren. Das machte ihm zu schaffen: „Wenn der Demonstrationszug des KBW nicht genehmigt war, warum ließ man ihn dann in Ruhe die Schützenstraße aufwärtsziehen." Brüggemann, so heißt er, meint, wenn schon verbieten, dann aber auch früher knüppeln. Er kennt sich da aus. Er ist Direktor des Ratsgymnasiums und macht Prozesse gegen Schüler.

Um die Niederlage für die Bourgeoisie zu vertuschen, spitzten die bürgerlichen Schreiberlinge am 2.1. ihre Stifte: Am Neujahrsmorgen sei es der Polizei gelungen, das Platzkonzert des SRK aufzulösen. Sie mußten eine Gegendarstellung drucken. Das Platzkonzert wurde mit einer Demonstration erfolgreich beendet und für die ZANU gesammelt. Die Polizei hatte nicht gewagt einzugreifen.

Nato-Rat erteilt Italien eine ernste Rüge

Nato-Rat erteilt Italien eine ernste Rüge

Der NATO-Rat hat der italienischen Bourgeoisie eine „Rüge" ausgesprochen für die Reduzierung der Streitkräfte um rund 100000 Mann seit 1973 auf jetzt 330000 Mann. Fast 90000 Soldaten gehen auf das Konto der Armee.

Die NATO-Rüge trifft die italienische Bourgeoisie just zu dem Zeitpunkt, wo Italien wieder eine positive Handelsbilanz aufweist als Ergebnis der verschärften Ausbeutung und Ausplünderung der Volksmassen. 1974 hatte das Handelsbilanzdefizit noch 28 Milliarden DM betragen. Italien hatte keine Devisen mehr und alle Möglichkeiten der Devisenbeschaffung beim Internationalen Währungsfonds bereits voll ausgeschöpft. Die Lage war so prekär, daß die Bourgeoisie gezwungen war, die Militärausgaben durch Nichtanpassung an die Inflationsraten Jahr für Jahr zu senken (1976 Inflation 21,3%). Ein wesentlicher Teil der Militärausgaben ging in die Beschaffung neuer Waffen, in die Artillerie (Lance), die Fliegerabwehr (HELIP), die Panzerabwehr (TOW), in Panzer (Leopard), vier U-Boote und vier Fregatten.

Die Erfahrungen zweier Weltkriege mit Italien als Bündnispartner sind gerade für die deutsche Bourgeoisie schmerzlich und Quelle von Legendenbildungen über die „Unzuverlässigkeit der Italiener". Es ist der Schmerz über den Verlust der Kontrolle über dieses strategisch so wichtige Land für die Kontrolle der Seewege, die durch das Mittelmeer und den Suezkanal führen, und für den Sprung nach Afrika. Wie eine Barriere ragt Italien in das Mittelmeer vor. Damit es als solche im nächsten Krieg funktioniert, können die in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten „einen Rückgang der Verteidigungsanstrengungen" nicht zulassen. Sie wollen auch das Heer jetzt regional längs dem Apennin als Rückgrat so gliedern, daß es der schon längs der Küste organisierten Luftwaffe und Marine zugeordnet werden kann. Die Masse des Heeres verbleibt weiterhin im Norden, wo der sozialimperialistische Konkurrent mit der norditalienischen Tiefebene des Po günstige Bedingungen für eine Invasion vorfindet, die ihn direkt ins Zentrum der Industrie von Mailand und Turin führt. – (Z-Red.)

Bauern gegen Manöver der US-Besatzungstruppen

Im Zeitraum vom 1.1. bis 31.1.78 wollen die US-Besatzungstruppen im Stadtteil Wachenbuchen der Stadt Maintal ein Militärmanöver durchführen, in der Luft und am Boden. 100 Hubschrauber und 100 Militärfahrzeuge wie 500 Soldaten sollen dabei eingesetzt werden. Bei diesem Manöver soll es nicht bleiben. Insgesamt sind 6 Übungen der US-Besatzungstruppen vorgesehen mit einer monatlichen Durchschnittsstundenzahl von 72. Vorzugsweise in der Nacht und am frühen Morgen sollen die Manöver ablaufen. Das Gelände liegt im Südosten Wachenbuchens. Es grenzt direkt an eine Wohnsiedlung an, umfaßt gleichzeitig den Wassereinzugsbereich der Stadt Wachenbuchen – ein Wasserschutzgebiet aller 3 Zonen – sowie landwirtschaftlich genutzten Boden.

„Ja, alle Bauern sind strikt gegen dieses Manöver", hat uns ein Bauer berichtet. 24 sind insgesamt betroffen.

Schon einmal, im Juni 1977, wollten die US-Besatzungstruppen ein solches Manöver durchführen, bliesen es aber nach einigem Hin und Her wieder ab. In diesem Jahr haben sie gar nicht erst genau den Tag des Beginns des Manövers bekanntgegeben, um von vornherein den Widerstand der Bauern zu schwächen, indem sie einen Überraschungscoup landen, und die Truppen dann einfach da sind.

Bürgermeister und Ortsvorsteher üben Schießen

Wolfhagen. 50 Bürgermeister und Ortsvorsteher sind von dem Wolfhagener PzBtl. 54 für den 11.1. eingeladen. Dabei soll die Truppenübung „Kurhessen", die vom 18. bis 28.1. stattfinden soll, besprochen werden.

Anschließend ist für die Ortsvorsteher und Bürgermeister ein Schießen mit Handfeuerwaffen vorgesehen.

Die bürgerlichen Politiker und ihre Presse tun einiges, um das Manöver durchzuboxen. Am 27.12. des letzten Jahres hat der „Hanauer Anzeiger", die Zeitung und diesem Landkreis, noch geschrieben: „Protest gegen das Militärspektakulum" und hat ab und zu mal die Wahrheit durchblitzen lassen. Nach einer Pressekonferenz der bürgerlichen Politiker am 6.1. dieses Jahres meinte der entsprechende Redakteur des „Hanauer Anzeigers", Merlau, darauf angesprochen: „Keine Schäden sind zu erwarten, niemand wird etwas von der Übung bemerken." Stadtrat Lapp kündigte seinerseits ein „Gespräch aller Beteiligten" an, wo nach seinen Vorstellungen die Widersprüche der Bauern gegen die imperialistischen Besatzungstruppen abzustumpfen und somit die „reibungslose Durchführung des Manövers zu gewährleisten" seien. Viel fuchteln sie herum mit der „Entschädigung". Die Bauern haben uns erzählt, was es mit dieser Entschädigung auf sich hat: „Mit der Entschädigung ist es doch ein Hohn. Da werden die Spuren der zerfurchten Teile des Bodens auf Quadratmeter umgerechnet. Da kriegt man grad das Geld, was man reingesteckt hat. Aber davon kann man noch lange kein neues Futter kaufen. Im Ballungszentrum schon gar nicht, da fressen das Heu die Herrenreiter, und der Heupreis hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Wenn ich das Heu jetzt kaufen müßte, könnte ich gleich die Kühe schlachten. Aber das ist ja noch nicht alles. Bis die Oberfläche der Felder wieder in Ordnung ist, dauert das Jahre – das zählt keiner." Ein anderer Bauer sagte: „Ich habe die ganze Sache erst aus der Presse erfahren. In der Gemeinde sagen die nur, die Amis wären doch unsere Freunde und man könnte nichts machen, das sind eben Besatzer, und es gibt den Besatzungsstatus." Die Bauern werden jedenfalls auf das „Gespräch aller Beteiligten" hingehen, um dort klarzumachen, daß man sich von einem Stadtrat Lapp den Widerstand nicht durch noch so schöne Reden zerreden lassen wird, um dann letztlich das Manöver über sich ergehen zu lassen. – (Zelle Hanau, Bezirk Frankfurt)

Neue Polizei-Gebührenordnung: 1 Polizeioffizier pro Stunde 51 DM, 1 Polizeihund 5 DM

Am 14. Dezember 1977 ist für Niedersachsen die „Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Inanpruchnahme der Polizei und ihrer Einrichtungen" erlassen worden. Es sollen Gebühren erhoben werden „1.1. für eine Amtshandlung auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr, d.h. für das Einschreiten der Polizei gegen Störer von Amts wegen (z.B. Maßnahmen zur Beseitigung einer Ölspur auf der Straße, Verhütung von Straftaten). 1.2. für eine Amtshandlung im Verwaltungszwangsverfahren, besonders bei Anwendung unmittelbaren Zwangs (z.B. Räumung eines widerrechtlich besetzten Hauses)."

Diese Gebührenordnung ist etwas Neues. Sie ist im Innenministerium unter Federführung von Polizeiminister Groß schon seit längerem vorbereitet worden. Im Mai 1977 hatte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg erstmals Hausbesetzer verurteilt, Tausende Mark für Auslagen für den Polizeieinsatz, Reisekosten, Verpflegung etc. zu zahlen. Dieses Unterdrückungsmittel will Groß auch gegen die Kernkraftwerksgegner des „Antiatomdorfes" in Grohnde durchsetzen. Mit 10000 DM für jeden einzelnen an Schadenersatz wird gedroht.

Eine Verschärfung demgegenüber ist die Gebührenordnung: Für jeden einzelnen Polizisten, für jedes Pferd, für jedes Fahrzeug, für die Fahrt im Polizeiwagen, für die Nacht, die man in der Zelle eingesperrt ist, soll von den Massen gezahlt werden. Neben der Unterdrückung durch Polizeiknüppel und Gerichte ist das eine zusätzliche Unterdrückungsmaßnahme.

Nach der Verordnung sollen die Massen zusätzlich überall dort bluten, wo sich die Polizei in ihre Angelegenheiten einmischt: Werden Jugendliche von der Polizei „aufgegriffen", wenn sie abends im Park bei einer Flasche Bier sich unterhalten wollen, so müssen sie den „Einsatz" jedes Polizisten, Polizeifahrzeuges usw. bezahlen, bis dahin, daß sie dafür, daß sie in eine Zelle eingesperrt werden, auch noch blechen sollen. – (Bezirk Hannover)

Gebührenverzeichnis (aus 40 Punkten):

- je Polizeioffizier pro Stunde: 51 DM
- je einfacher Polizist pro Stunde: 22 DM
- je Diensthund pro Stunde: 5 DM
- je Dienstpferd pro Stunde: 12 DM
- Aufenthalt im Polizeigewahrsam je 24 Stunden: 12 DM
- Transport mit Polizeifahrzeug je Person: 15 DM
- bei Alarmierung der Polizei ohne Grund für jedes eingesetzte Fahrzeug: 75 DM

PzBtl. 64: Dienstausgleich für Zusatzdienste gefordert

Stadt Allendorf. Im PzBtl. 64 in Stadt

PzBtl. 64: Dienstausgleich für Zusatzdienste gefordert

Stadt Allendorf. Im PzBtl. 64 in Stadt Allendorf hat der Otl. Lassonczyk zum zweitenmal innerhalb von vier Wochen neun Stunden zusätzlichen technischen Dienst angesetzt. Die Mannschaften sollten abstimmen, hat er den Vertrauensleuten befohlen, ob sie den Dienst lieber Samstags oder als Nachtdienst leisten wollen. Die Soldaten haben gesagt, daß das eine Frage ist, ob man lieber erschossen oder erhängt werden will. Den letzten zusätzlichen Dienst hatte der Btl.-Kdr. für Samstags angesetzt. Das mußte er zurücknehmen, weil ihm die Vertrauensleute des ganzen Btl. auf den Pelz gerückt sind. Stattdessen hat er Nachtausbildung unter der Woche angesetzt. Jetzt diskutieren die Soldaten, wie sie für diesen und den geplanten Zusatzdienst zwei Tage Dienstausgleich durchsetzen können.

Elbeseitenkanal: Spuren des Dammbruchs erfolgreich verwischt?

Nach 1 1/2 Jahren haben die eingesetzten Gutachter und die Staatsanwaltschaft ihre Aufgabe erfüllt und den beteiligten Baukapitalisten jegliche Schuld an den Pfuscharbeiten beim Bau des Elbeseitenkanals abgesprochen. Umhin konnten sie zwar nicht, „schwerwiegende Fehler bei Planung, Bauausführung und -überwachung" entlang des gesamten Kanals festzustellen, jedoch: „Die Beweise sind mit dem Wasser davongeschwemmt", charakterisieren sie ihre langwierige Spurenwischerei.

Korruption und Schiebereien von Baumaterialien ist eine legitime Bereicherungsquelle aller Baukapitalisten. Dafür wird kein Kapitalist bestraft. Denn: „Keiner dieser Fehler hätte die Katastrophe auslösen können, vielmehr sei das Zusammentreffen mehrerer Ursachen dieser Art nötig gewesen", also die aller beteiligten Kapitalisten, „um den Kanal bersten zu lassen". Diese aber sind für die Gutachter und die Staatsanwaltschaft „ungünstige Einflüsse" und gelten auch allgemein als Naturkatastrophen.

Bereits 68 Millionen DM haben die Reparaturarbeiten am Kanal den Kapitalisten der Baubranche schon wieder eingebracht, nachdem sie seit 1962 den Preis für den Bau des Kanals von 763 Millionen DM auf 1,3 Mrd. DM hochberechnet haben. Die in die 100 Millionen DM gehenden Schadenersatzansprüche, die durch ca. 15 qkm überschwemmten landwirtschaftlich genutzten Landes verursacht wurden, wird kein beteiligter Kapitalist bezahlen brauchen; den Bauern jedoch, die Schadenersatzansprüche anmelden und sich nicht abspeisen lassen, hat die Justiz schon mit langwierigen Schadenersatzprozessen gedroht.

Demonstrationen der spanischen Kleinbauern und Landarbeiter



Die wachsende Bewegung der Kleinbauern und Landarbeiter in Spanien ist eine bedeutende Entwicklung im Klassenkampf. Im November und Dezember fanden zahlreiche große Demonstrationen statt, wie hier eine Demonstration von 12000 in Rioja am 26.11. auf den Aufruf der „Union der Bauern und Landarbeiter". Insgesamt haben in ganz Spanien über 100000 demonstriert. Die Forderungen der Bauern wie die nach Mindestpreisen, die die Zwischenhändler ihnen zahlen sollen, und die Forderungen der Landarbeiter, wie die nach einem Mindestlohn, unterstützen sich gegenseitig. Die Demonstrationen erinnern an die ungelöste Landfrage in Spanien: 26000 große Grundbesitzer halten 22 Millionen Hektar Land in Besitz, nahezu die Hälfte des nationalen Territoriums (50 Mio. Hektar), davon lassen sie 18,5 Mio. Hektar unbebaut verkommen.

Malta: Ein schmerzhafter Stachel gegen den Imperialismus

Die letzten britischen Truppen müssen jetzt Malta verlassen. Es handelt sich um das Schwadron 203 der britischen Luftwaffe mit 750 Flugzeugen. Der Abzug, der jetzt beginnt, muß bis April abgeschlossen sein. Malta hatte 1964 gegen den erbitterten Widerstand der Imperialisten und trotz ihrer heftigen Drohungen und wirtschaftlicher Erpressung nach jahrhundertelanger Unterjochung seine Souveränität gegen seine letzten Kolonialherren, die britischen Imperialisten durchgesetzt und damit auch den Abzug aller britischen Truppen erzwungen.

Malta liegt 95,5 km südlich von Sizilien und 320 km nördlich der afrikanischen Küste und ungefähr in der Mitte zwischen Gibraltar und Alexandria. Die Lage des Inselstaates, der aus den Inseln Malta, Gozo und Comino besteht, hat über Jahrhunderte hinweg Sklavenhalter, Kaufleute, Kolonialisten und Imperialisten als Ausgangspunkt zur Unterwerfung des gesamten Mittelmeerraumes zur Besetzung und Unterwerfung angestachelt. Zur Bedeutung des Mittelmeerraumes führt „Kamps Neues Realienbuch", das der niedersächsische Kultusminister von 1950 damals hatte veröffentlichen lassen, aus:

„Das Mittelländische Meer, auch kurzweg Mittelmeer genannt, verdient seinen Namen. Schau dir nur die Karte an. Zwischen drei Erdteilen liegt es und hat daher eine europäische, afrikanische und asiatische Küste."

Zum ersten Mal herausgebrochen aus der arabischen Welt, der Urbevölkerung und Land angehören, wurde Malta vom Stauferkaiser Friedrich II.
Malta vom Stauferkaiser Friedrich II.

Nachdem die Osmanen die kreuzfahrenden Ritter aus Palästina und von der Insel Rhodos, einem wichtigen Handelsplatz und Ausgangspunkt für die Kreuzzüge in den Nahen Osten, zurückgedrängt hatten, zogen diese sich auf die Inseln Maltas als Stützpunkt im Mittelmeer zurück. Im Jahr 1530 wurde Malta vom Johanniterorden, einem von Kaufleuten gegründeten „militanten" Orden, als Lehen besetzt. Seitdem nennen sich die Johanniter auch Malteser, als ausdrückliche Würdigung der Bedeutung der Insel für ihre Kreuzfahrten. Napoleon beendete die Herrschaft des Johanniterordens, um das Land zur französischen Kolonie zu machen. Das maltesische Volk erhob sich gegen die neuen Herren, um sich von der jahrhundertelangen Knechtschaft zu befreien. Das britische Empire sah seine Stunde gekommen. Unter dem Vorwand, der maltesischen Bevölkerung Hilfe zu gewähren gegen die napoleonischen Truppen, stellten die englischen Kolonialisten sich an die Seite des Volkes von Malta, um es nach der Niederlage Napoleons als Kronkolonie zu annektieren. Die britischen Imperialisten begannen, Malta zum Flotten- und später Luftwaffenstützpunkt auszubauen. Als „Schlüssel des britischen Empire" oder von den Imperialisten auch „Fort- und Hafenkolonie" bezeichnet, war Malta in beiden Weltkriegen schwersten Angriffen vom Wasser und aus der Luft ausgesetzt. In wahrem Großmut verlieh die englische Bourgeoisie dem maltesischen Volk, das den Angriffen Mussolinis und den deutschen Bombern standhielt, 1942 das Georgskreuz 2 „für die Erduldung deutscher Flugangriffe". Als Zeichen englischer Oberhoheit und zur Demütigung des Volkes, das sich immer mehr im Kampf um Selbstbestimmung zusammenschloß, ließen sie obendrein das Georgskreuz, das noch heute englische Admiralsfahne ist, in die Fahne Maltas aufnehmen. (Der heilige Georg ist Schutzheiliger der Waffenschmiede, seit dem 13. Jahrhundert englischer Nationalheiliger und außerdem Schirmherr der Pfadfinder.)

Nach dem ersten und vor dem zweiten Weltkrieg nahm der Kampf des maltesischen Volkes für das Recht auf Selbstbestimmung einen Aufschwung,
Selbstbestimmung einen Aufschwung,
und Ende des zweiten Weltkrieges mußte die englische Regierung eine Verfassung Maltas anerkennen. Den englischen Imperialisten gelang es zunächst jedoch noch, sich die Hoheit über die Verteidigung Maltas zu sichern. Mit einer Volksabstimmung für die Integration Maltas in das Königreich Großbritannien versuchten sie, das Streben des Volkes nach Unabhängigkeit aufzuhalten. Als sie damit scheiterten, verhängten sie 1958 den Ausnahmezustand über das Land, den sie aber gegen den Kampf des Volkes gegen die imperialistischen Besatzer wieder aufheben mußten. 1961 mußten sie endgültig eine eigenständige Verfassung Maltas anerkennen. In einer Volksabstimmung 1964, die die maltesische Regierung durchführte, erklärte die Bevölkerung mit dem Austritt auch aus dem Commonwealth seine vollständige Unabhängigkeit. Damit schied das Land auch aus der Nato aus.

Die koloniale und imperialistische Herrschaft über Malta hatte eine eigenständige Entwicklung der Industrie, in vielen Punkten auch der Landwirtschaft, verhindert. Die britischen Imperialisten hatten auf Malta vor allem eine Rüstungsindustrie aufgebaut. Nach der Unabhängigkeit Maltas versuchten die Imperialisten, Malta wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Den schrittweisen Abzug der britischen Truppen kommentierten die britischen Bourgeois mit düsteren Zukunftsprognosen, daß das Land in Elend verfalle und es bald, ohne die britischen Truppen, nur noch Arbeitslose auf der Insel gäbe. Obwohl im Aufbau der Landwirtschaft in allen Bereichen Fortschritte gemacht wurden und die Industrialisierung der Landwirtschaft zunimmt, ist Malta zum größten Teil noch auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Die Regierung stützt sich dabei vor allem auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Handel mit den übrigen Mittelmeerstaaten und der Volksrepublik China. Die wichtigsten Erzeugnisse der Landwirtschaft – der Boden wird fast zu 75 Prozent künstlich bewässert – sind Kartoffeln, Tomaten, Zwiebeln, Gemüse, Futtermittel, Weintrauben, Melonen und andere Obstsorten, Blumen und Blumenzwie-
Obstsorten, Blumen und Blumenzwie-
beln. Kartoffeln, Zwiebeln und Blumen sind die wichtigsten Ausfuhrprodukte der maltesischen Landwirtschaft.

Um fast 70 Prozent ist die Produktion von Baustoffen aus Steinbrüchen und Sandgruben, dem wichtigsten Industrieprodukt der Insel, gestiegen seit 1963. Ein großer Anteil am Industrieprodukt entfällt auf die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie. Der größte Betrieb auf Malta ist das Trokkendock in Valetta, wo 5000 Arbeiter beschäftigt sind, und das weiter ausgebaut wird.

Wie die Hyänen umlagern die Imperialisten mit ihren Flotten, allen voran die sowjetische und US-amerikanische, den Inselstaat, um erneut eine „Fort- und Hafenkolonie" daraus zu machen, von der aus sie den Mittelmeerraum zu unterwerfen trachten.

In einem Interview in Radio Zagreb hat der maltesische Premierminister Dom Mintoff nochmals ausdrücklich betont, daß sich alle Mittelmeerländer zusammenschließen müssen, um den Einfluß der Supermächte zurückzudrängen, und hat die Mittelmeerländer zu Einheit, Solidarität und wirtschaftlicher Zusammenarbeit aufgefordert. Die Forderung nach Abzug aller fremden Truppen aus dem Mittelmeer, wie sie Malta gegen das laute Geschrei der Imperialisten auf der ersten KSZE-Konferenz in Helsinki gefordert hatte, wurde auch im letzten Jahr von der Konferenz der blockfreien Staaten in Colombo unterstützt. Zur Durchsetzung dieser Forderung ist die eindeutige und klare Haltung der maltesischen Regierung ein wichtiger Beitrag. – (Z-Red)

DDR: Notstandsgesetze gegen die proletarische Revolution

Einführungsgesetz im neuen Arbeitsgesetzbuch

Am 1. Januar ist in der DDR das neue Arbeitsgesetzbuch in Kraft getreten. Ist dieses Gesetz schon ein übles Machwerk gegen das Proletariat der DDR, ein Gesetz, das die Ausbeuterklasse in der DDR erlassen hat, um die Ausbeutung und Unterdrückung zu verschärfen, so ist ebenfalls am 1. Januar das Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetzbuch in Kraft getreten. Dieses Gesetz mit dem so unscheinbaren Namen enthält einen Paragrafen, der als Generalklausel gilt, um alle Arbeitsgesetze außer Kraft zu setzen. Fein verpackt in einer Menge scheinbar nützlicher Bestimmungen. So wird z.B. festgehalten, daß alle derzeitigen Streitpunkte, die bis vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes noch bestehen, nach dem neuen Gesetz entschieden werden müssen. Doch es gibt auch den § 5 des Einführungsgesetzes zum Arbeitsgesetzbuch der DDR: „Der Ministerrat kann zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder ähnlicher Gefahrensituationen und zur Beseitigung ihrer Folgen sowie zur Gewährleistung der Sicherheit des Staates vom Arbeitsgesetzbuch abweichende Regelungen in Rechtsvorschriften treffen oder andere Staatsorgane damit beauftragen."

Die Bourgeoisie in der DDR hat sich mit diesem Gesetz allerlei Schwierigkeiten vom Hals geschafft. Genauer gesagt 305 Gesetze und zig Verordnungen. Bei Katastrophen, bei der Vorhersage von Katastrophen, bei der Beseitigung von Katastrophen, bei der Verletzung der Sicherheit des Staates usw. Solche Klauseln braucht eine Ausbeuterklasse.

Die Sicherheit des Staates kann sowohl von außen, als auch von innen bedroht sein. Die Ausbeuter in der DDR wissen eine Antwort: alle noch so geringen Rechte außer Kraft setzen, arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Keinerlei Verzögerung mehr mit Konfliktkommissionen, im Ernstfall muß eines klar sein: Rechte gibt es nicht mehr, nur noch Befehl und Gehorsam. Die westdeutsche Bourgeoisie hat diese Gesetzesänderung aufmerksam registriert, nach zwei Seiten hin. Einerseits ist ihnen klar, daß diese Gesetzesänderung den Willen der Machthaber in der DDR zeigt, keinesfalls kampflos etwas herauszurücken, auf der anderen Seite schon beinahe neidisch, solche Generalklauseln nicht zu haben.

So kommentiert die Zeitschrift „Recht in Ost und West" vom September 77 das Einführungsgesetz folgendermaßen: „Der Ministerrat kann schlechthin zur Gewährleistung der Sicherheit des Staates vom Arbeitsgesetzbuch abweichende Regelungen treffen oder andere Staatsorgane damit beauftragen … Der Ministerrat unterliegt bei der Ausübung dieser Kompetenz zur Abweichung von den allgemeinen Regeln des Arbeitsrechts keiner Beschränkung." So was beeindruckt diese Schreiberlinge. Die Bourgeoisie in der DDR bereitet sich mit solcherlei Taten auf Notstandszeiten vor. Schon beim Arbeitsgesetzbuch der DDR wurde darauf geachtet, daß die staatlichen Gewaltorgane einen enormen Einfluß bekommen. In der DDR-Zeitschrift „Neue Justiz" Nr. 18/77 wird das deutlich gemacht. Unter der Überschrift „Unterstützung der Konfliktkommissionen durch die Staatsanwaltschaft" heißt es: „Hier muß die staatsanwaltliche Aufsicht künftig stärker dazu beitragen, daß Rechtswidrigkeiten, die allmählich „gewohnheitsrechtlichen" Charakter annehmen können, nicht geduldet werden. Jeglichen Erscheinungen laxen Verhaltens bei der Handhabung des Arbeitsrechts ist deshalb konsequent entgegenzutreten." Diese Drohung der Staatsanwälte dient der Ausrichtung der 225000 FDGB-Mitglieder in den Konfliktkommissionen. Die Laxheit, die die Staatsanwälte so rügen, sind die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten gegen die verschärfte Ausbeutung. Dazu wird im neuen Arbeitsgesetzbuch ausdrücklich festgehalten, daß Prämien an Kollektive nicht mehr das Kollektiv verteilen darf, sondern nur der Betriebsleiter.

Dr. Heinrich Toeplitz, der Präsident des Obersten Gerichtshofes der DDR äußert sich deshalb so: „Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Gerichte, die Gewerkschaften in Ihrer Rechtsarbeit stetig besser zu unterstützen, die Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Leitungen intensiver zu gestalten und den Gewerkschaften zu helfen, allen Werktätigen diejenigen Rechtskenntnisse zu vermitteln, die für die richtige Handhabung des sozialistischen Rechts als Instrument zur Festigung der Macht der Arbeiterklasse erforderlich sind."

In der DDR wächst und gedeiht der staatliche Unterdrückungsapparat in immer steigendem Ausmaße. Er muß das, weil der Kampf der Arbeiterklasse in der DDR unweigerlich zunimmt. Die neue Bourgeoisie schützt sich mit einem Wall von Gesetzen und Verordnungen, doch wo gab es das schon mal, daß eine Ausbeuterklasse damit ihren Sturz verhindern konnte. – (Bezirk Westberlin)

Portugal: Maßnahmen der sozialdemokratischen Regierung, die landwirtschaftlichen Kooperativen zu vernichten



Kartoffelernte auf einer der mehr als 400 Kooperativen, die sich die Landarbeiter geschaffen haben, nachdem die antifaschistische Revolution von 1974 die Grundherren davongejagt hatte. Die Unerschrockenheit, mit der die Landarbeiter ihren neu gewonnenen Boden verteidigt haben, hat wesentlich zur gegenwärtigen Regierungskrise beigetragen. Die Versuche der sozialdemokratischen Regierung, mittels der Nationalgarde die Landarbeiter einfach zu verjagen und den Großteil des Landes an die Grundherren zurückzugeben, oder an die Imperialisten zu verkaufen, haben bisher nicht zum Erfolg geführt. Jetzt soll durch die Sperrung jeden Kredits die Masse der Kooperativen zum Aufgeben gezwungen werden. Aber die Landarbeiter halten eisern an dem von ihnen eingeschlagenen Weg fest. Ihr Elend kann nur die sozialistische Revolution beseitigen. Darum kämpfen sie.

Australien: Landraub Zug um Zug

Die Imperialisten saugen die Reichtümer Australiens aus auf der Grundlage des Landraubs und der versuchten Ausrottung der Ureinwohner

Am 20. Dezember konnte der wiedergewählte australische Premierminister Fraser einen Minister nicht vereidigen, sondern mußte ihn aus der Regierung wieder rauswerfen. Kurz vor der Vereidigung hatte dieser erklärt, Australien könne von der Apartheidpolitik Südafrikas lernen. Nicht, daß die Kolonialisten in Australien mit Fraser an der Spitze gegen die Unterdrückung der rechtmäßigen Besitzer des Landes wären – eine Zeitlang haben sie die südafrikanische Clique durch die versuchte völlige Ausrottung zu übertreffen gesucht – aber Fraser will es leise, unter dem Deckmantel von Verständnis, Hilfsprogramm und Arbeitsplatzbeschaffung organisieren. Tatsächlich unterscheidet Australien in seinem Kolonialcharakter nichts von Südafrika:

Fleisch-, Wolle- und Uranlieferant

Australien ist voller riesiger Naturreichtümer. Fleisch, Getreide, Wolle, Kohle, Eisenerz, Uran sind nur Beispiele dessen, was die Imperialisten aus Australien herausholen. Die US-Imperialisten werden 1978 über 400000 Tonnen Rindfleisch, 51% ihrer gesamten Fleischeinfuhr aus Australien beziehen. Die australische Wirtschaft ist eine koloniale Wirtschaft, ausgerichtet auf die möglichst billige und damit profitträchtigste Methode, die Naturreichtümer des Kontinents unter Auspowerung aller natürlichen und menschlichen Ressourcen den Imperialisten zu liefern.

Ausländische Kontrolle über die australische Wirtschaft

	Großbritannien	USA	andere	ausländ. Kontrolle gesamt	austral. Kontrolle
Industrie 1974–75	16,2%	13,1%	5,0%	34,3%	65,7%
Bergbau 1974–75	12,6%	40,6%	5,7%	58,9%	41,1%
Versicherungen 1972–73	31,6%	2,9%	10,5%	45,0%	55,0%
Lebensversicherungen 1973	13,9%	2,1%	3,4%	19,4%	80,6%
Finanzgesellschaften 1973	19,5%	17,5%	4,5%	41,5%	58,5%

(vom australischen Statistischen Amt ausgewählte Gruppen, ausländische Kontrolle in %)

Über 50% der Exporte sind unbearbeitete Produkte, also Rohstoffe, insgesamt über 70% Produkte von Landwirtschaft und Bergbau.

Die Blutsauger Australiens sind die Finanzbourgeoisie der USA und Großbritanniens.

Trotz ihrer Mängel zeigt die Tabelle die tatsächlichen Besitzverhältnisse deutlich. Welche Konkurrenz die britischen Imperialisten nicht nur durch die US-Imperialisten bekommen, zeigt folgende Tabelle: Die japanische Finanzbourgeoisie dringt mit Macht ein und profitiert.

Australischer Export und Import

(Anteil der wichtigsten Länder in Prozent)

Land	Export 1954/55	Export 1964/65	Export 1974/75	Import 1954/55	Import 1964/65	Import 1974/75
Frankreich	8,27	4,22	2,02	1,74	2,30	1,73
Großbritannien	36,88	19,47	5,48	44,88	26,21	15,02
Japan	7,57	16,62	27,63	2,18	8,90	17,58
Kanada	1,36	1,51	3,33	2,83	4,03	2,69
Neuseeland	4,88	5,97	6,10	0,95	1,60	2,28
USA	6,77	9,96	9,59	12,11	23,83	20,64
UdSSR	0,15	2,88	2,80	0,02	0,07	0,08
Westdeutschland	4,11	3,16	3,56	3,65	5,54	7,18

Quelle: Australian Yearbook 1975/76. Hrsg. vom Australischen Statischen Amt. Canberra, 1977.

Die Beherrschung durch das imperialistische Kapital vor allem der USA und Britanniens zeigt sich in den politischen Formen der Stützpunktabkommen zwischen den USA und Australien, dem zweiseitigen Verteidigungspakt, Australiens Mitgliedschaft im britischen Commonwealth und der Tatsache, daß die britische Königin Staatsoberhaupt Australiens ist. Auf Grund dieser Tatsache konnte vor zwei Jahren der britische Gouverneur Kerr auf Anweisung seiner Regierung die australische Regierung stürzen und eine neue einsetzen. Australien ist eine Kolonie, beherrscht vom britischen und US-amerikanischen Finanzkapital, mit Hilfe einer kleinen Schicht von Bourgeois in Australien selbst.

Grundlage ist der Landraub und die versuchte Ausrottung der rechtmäßigen Besitzer

Als 1788 die ersten Strafgefangenen, darunter viele politische Häftlinge, vor allem Iren, von der britischen Regierung nach Australien deportiert wurden, um unter dem Zwang der englischen Bourgeoisie die ersten Schritte der Kolonisierung durchzuführen, betrug die Zahl der rechtmäßigen Besitzer Australiens 300000. Heute sind es 106000. 1803 wurde – inzwischen waren neben den Häftlingen auch andere Siedler gekommen – die Insel Tasmanien im Süden des australischen Kontinents zum ersten Mal besiedelt. 4000 Eingeborene lebten auf der Insel. 1876 war die Ausrottung der Eingeborenen auf dieser Insel vollendet.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der „Aborigines" (Ureinwohner), wie sie von den Engländern genannt wurden, waren kurz vor dem Übergang zur Klassengesellschaft. In Westdeutschland sind sie als Erfinder der Jagdwaffe Bumerang bekannt. Tatsächlich hatten die Ureinwohner mehrere solche Erfindungen gemacht und begannen, erste Ackerbauten anzulegen. Dadurch versetzten sie sich in die Lage, der Hungersnöte Herr zu werden, die beim unregelmäßigen Jagderfolg noch auftraten. Das durch den Ackerbau mögliche Mehrprodukt der menschlichen Arbeit war die Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft. Ein Staat bestand nicht.

Die Briten begannen sofort nach ihrer Ankunft, von den Küsten ausgehend, ins Landesinnere vorzudringen, tausende der Ureinwohner abzuschlachten und Schafweiden aus ihren Jagdgebieten zu machen. Die Eingeborenen wurden immer weiter ins Landesinnere in die Trockengebiete getrieben.

Das Land wurde dabei zum allergrößten Teil nicht Privateigentum der Siedler, sondern „Crown Land", Land der Krone. Heute sind 10% der 7,69 Millionen Quadratkilometer Australiens Privatbesitz, 3% werden gerade dazu gemacht. Der Rest ist „Crown Land", heute im Besitz der australischen Bundesstaaten, zum größten Teil an Kapitalisten für Bergbau und Landwirtschaft billigst verpachtet (4,2



Australische Ureinwohner demonstrieren in Alice Springs für das Recht auf ihr Land. Der jüngste Landraub ist das Werk der Uranbergbau und -exportkapitalisten.

Mio. qkm). Der Rest umfaßt Straßen, Eisenbahnen, Wüsten und auch die Reservate.

Von den 106000 Eingeborenen sind 46000 durch den Landraub in die Slums der großen Städte getrieben worden. Die übrigen 60000 leben zum größten Teil in den Reservaten, die nicht einmal 2% des Landes ausmachen, das ihnen gehört. Sie liegen in den Staaten New South Wales, Queensland und im Nordterritorium und sind in der Regel wasserarm und haben schlechten Boden.

Dort, wo die Kolonialisten irgendeinen Nutzen aus diesem Land ziehen können, gehen sie jetzt dazu über, auch dies zu nehmen. Ein Sprecher der Eingeborenen in *Queensland* erklärte auf einer Konferenz für Landrechte, daß die Regierung von Queensland (im Nordosten Australiens) Teile des Reservats an Viehzuchtgesellschaften und Tourismus-Firmen verkaufen will. Im Yarrabah-Reservat solle ein internationaler Flughafen gebaut werden. Die Phantom-Insel solle zum Touristenzentrum ausgebaut werden. Teile seien schon verkauft. Zynisch erklärte am nächsten Tag der zuständige Minister, es sei nicht wahr, daß schon verkauft sei. Falls das nötig sei, werde das Parlament entsprechend entscheiden. Die Flughafenpläne seien aufgegeben, und die Insel sei kein Reservat.

Das größte Reservat liegt im Nordterritorium, das direkt der Zentralregierung untersteht. Hier liegen die großen Uranvorkommen Australiens. Die Regierung betreibt mit allen Mitteln die Vertreibung der Eingeborenen aus diesem Land:

Januar 77: Mit viel Reklame wird ein Gesetz verabschiedet, daß den rechtmäßigen Besitzern im Nordterritorium, so der zuständige Bundesminister Viner, den „Besitz an ihrem traditionellen Land" gibt. Daß fast das ganze Nordterritorium „traditionelles Land" vor der Kolonisation war, verschweigt er. Die Geschichte Australiens sei „befleckt mit Blut der Ungerechtigkeit, Schlächterei, des Auseinandertreibens, der Beraubung und schließlich der Gleichgültigkeit" gegenüber den Ureinwohnern gewesen, beschreibt Viner die Verbrechen seiner Klasse. Das Gesetz soll offensichtlich die Eingeborenen unter dem Vorwand des Besitzes auf noch engerem Raum zusammendrängen, weg von den Uranfeldern. – Zur gleichen Zeit, in der Viner Reklame für sein Gesetz macht, geben Vertreter der Eingeborenen bekannt, wie die Polizei von Alice Springs, im Nordterritorium, unter Befehl dieser Regierung gewaltsam gegen die Eingeborenen vorgeht. Sie fordern eine öffentliche Untersuchung.

Im März wird ein Bericht über den angeblichen Rassismus der Masse d. weißen Australier veröffentlicht, um die Arbeitermassen für die Greuel der Imperialisten verantwortlich zu machen.

Im Mai erklärt die Zentralregierung, sie habe eine „neue Strategie" gegen die hohe Arbeitslosigkeit von 50 Prozent unter den Eingeborenen, die Beschäftigung in Staatsdienst und Privatbetrieben sollten stimuliert werden.

Im Juni meldet Radio Australia, daß die Regierung die Uranangelegenheit diskutiert habe und dabei „hauptsächlich über die Landrechte der Eingeborenen, Umweltprobleme und nukleare Sicherheitsmaßnahmen" gesprochen habe. Die Uranförderung wird gebilligt.

Im September erklärt ein Bourgeoispolitiker aus dem Nordterritorium, die Gefühle der Eingeborenen über Landrechte und die Uranförderung seien falsch repräsentiert. Die meisten Eingeborenen verstünden gar nicht, um was es ginge. Aber meistens würden ihre Auffassungen von ihren Führern ignoriert. Uran-Bergbau würde Geld und Arbeitsplätze in das Territorium bringen. Und drohend fügte er hinzu: Sie hätten sehr wenig Anspruch auf das Land, wo Uran gefunden wurde.

Die Führer der Eingeborenen haben von Anfang an ihr Veto-Recht bei der Entscheidung über Bergbau oder nicht gefordert.

Unter der „Hilfe", der „Arbeitsplatzbeschaffung" wird fortgesetzter Landraub, wird polizeilicher Terror zur Durchsetzung versteckt.

Die bürgerliche Presse, auf die wir angewiesen sind, unterdrückt die Wahrheit des Kampfes der Eingeborenen. Aber man spürt die Furcht, wenn Zipfel dieser Wahrheit ans Licht kommen. So wird im Oktober gemeldet, die Delegierten der Eingeborenen von New South Wales hätten eine Kampagne für ihre Landrechte beschlossen. Im September über Demonstrationen in Alice Springs. Über die Autofahrt von 34 Eingeborenen aus Perth im Westen über 4000 Kilometer nach Sidney, um dem verantwortlichen Minister ihre Meinung zu sagen über ihre Wohnverhältnisse.

Der Zusammenschluß der Eingeborenen kommt voran, er drückt sich in Versammlungen und Aktionen aus und spiegelt sich in der Furcht der Reaktion. Um diesen Zusammenschluß zu torpedieren, hat die Regierung im November Wahlen zu einer nationalen Eingeborenen-Konferenz durchgeführt. Die Regierung will sie unter die Fuchtel bekommen, sie soll, sagt der Minister, ein „Forum sein, wo die Standpunkte der Eingeborenen zum Ausdruck kommen".

Die Arbeiterklasse muß den Kampf für die nationalen Rechte der Eingeborenen zu ihrem Kampf machen

Die Kolonie Australien war von Anbeginn an auch ein Zwangszuchthaus für weiße Arbeiter. Ab 1820 haben sich Gewerkschaften gebildet. Ab 1839 gab es Streiks. 1854 setzten die Bauarbeiter von Sidney und Melbourne den Achtstundentag durch.

Die australische Arbeiterklasse, die den Großteil der weißen Bevölkerung von 12 Millionen ausmacht, hat große Kampferfahrung. Bisher bestand wenig Verbindung mit dem Kampf der Eingeborenen gegen den Raub ihres Landes und für ihre Rechte. Der Kampf gegen die völlige Aussaugung der natürlichen Reichtümer Australiens durch die Imperialisten entwickelt sich zu einer gemeinsamen Kampffront. Die Gewerkschaftsbewegung kämpft gegen den Uranverkauf, es gab Streiks und Demonstrationen. Der australische Gewerkschaftsbund hat sich gegen diese Exporte ausgesprochen, die Hafenarbeiter haben mehrere Male dagegen gestreikt. Die australische Arbeiterklasse kann sich nicht befreien, wenn sie sich nicht vollständig von den politischen und ideologischen Fesseln der Kolonialisten löst und den gerechten Kampf der rechtmäßigen Besitzer des Landes unterstützt. – (Korrespondentenbericht London)

Die Völker Indochinas werden dem Wolf die Hintertür zuschlagen

Als die Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam im April 1970 ihre zweite Gipfelkonferenz durchführten und in einer gemeinsamen Erklärung die gegenseitige Unterstützung im bewaffneten Kampf gegen den US-Imperialismus beschlossen, freuten sich die Arbeiter und die Völker der Welt. Die US-Imperialisten und die Sozialimperialisten aber waren zutiefst betrübt. Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker machte ihnen einen dicken Strich durch die jeweilige Rechnung.

Die US-Imperialisten hatten wenige Wochen zuvor in Kambodscha einen Putsch inszeniert, um die Regierung Sihanouk zu beseitigen. Das Khmervolk antwortete auf die Errichtung eines Marionettenregimes mit der Bildung der Nationalen Einheitsfront. Der Volkskrieg wurde aufgenommen. Die Regierung der Nationalen Einheitsfront lud die Führer der indochinesischen Brudervölker zur Gipfelkonferenz ein. Statt sich den Rükken frei zu machen, hatte sich der US-Imperialismus in Kambodscha eine neue Front eingehandelt.

Die Sozialimperialisten haben die diplomatischen Beziehungen zu der Putschistenclique um Lon Nol aufrechterhalten. Bis zuletzt hat sich ihr Botschafter in Phnom Penh herumgetrieben.

Die Unterstützung des Lon-Nol-Regimes entsprach der sonstigen Politik der Sozialimperialisten in Indochina. Erst wollten die Sozialimperialisten die Funken des Volkskrieges in Vietnam austreten. Dann haben sie auf eine Verhandlungslösung gesetzt, ohne das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes zu achten. Den neuen Zaren schwebte eine Teilung der Länder Indochinas in Einflußsphären des US-Imperialismus und des Sozialimperialismus vor. Die Einheitsfront der indochinesischen Völker wollte den Sieg im Volkskrieg. Also versuchte der Sozialimperialismus zu spalten.

Tschou En-lai hat bereits 1968 auf einem Empfang des vietnamesischen Botschafters in China vor den Absichten des Sozialimperialismus gewarnt: „In der Vietnamfrage hat der Sowjetrevisionismus seit langem eine Politik der scheinbaren Unterstützung, aber des tatsächlichen Verrates verfolgt. Die Pläne für Friedensgespräche über Vietnam sind in Wahrheit vom US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus gemeinsam ausgeheckt worden. Nachdem der Sowjetrevisionismus eine Invasion gegen die Tschechoslowakei unternommen und sie besetzt hat, wird der US-Imperialismus in der Vietnamfrage bestimmt einen höheren Preis fordern. Und der Sowjetrevisionismus wird sich noch knechtischer für die Pläne des US-Imperialismus, die vietnamesische Nation zu teilen und Südvietnam mit Gewalt zu besetzen, zur Verfügung stellen. Es ist höchste Zeit, daß all jene, die sich Illusionen über den Sowjetrevisionismus und US-Imperialismus hingeben, aufwachen!"

Die Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam haben zusammen mit der Invasion der USA auch die ursprünglichen Pläne des Sozialimperialismus zerschlagen. Deshalb hat der Sozialimperialismus seine imperialistischen Absichten gegenüber den Völkern Indochinas noch lange nicht aufgegeben. Im Gegenteil. Jetzt, wo die Völker den US-Imperialismus vertrieben haben, wird der Sozialimperialismus nur noch dreister und hofft, die alleinige Vorherrschaft erringen zu können.

Zwischen den Völkern Kambodschas und Vietnams gibt es einige Fragen, die in friedlichen Verhandlungen gelöst werden müssen und gelöst werden können. Diese Grenzfragen sind die Hinterlassenschaft der jahrzehntelangen Kolonialherrschaft, die auf Spaltung nach dem Prinzip „teile und herrsche" aufgebaut war. Wo die Sozialimperialisten solche Probleme aufspüren, spalten sie und mischen sich ein. Voraussetzung für die Lösung dieser Probleme durch die Völker ist die gemeinsame Abwehr der sozialimperialistischen Einmischungsversuche. Das ist in Afrika, in Angola, Äthiopien und Somalia nicht anders als in Asien.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat erklärt: „Das Demokratische Kampuchea besteht immer auf dem Standpunkt der Freundschaft zu Vietnam und bemüht sich um eine freundschaftliche Lösung, weil es die Ansicht vertritt, daß nur dieser Standpunkt die Gewähr dafür bieten kann, die Probleme zwischen den beiden Ländern zu lösen." Sie hat auch erklärt, daß die Ausländer, die in die Auseinandersetzungen eingreifen und Aggression betreiben, sofort verschwinden sollen. Sie hat festgestellt, daß die Völker Kambodschas und Vietnams zur Lösung ihrer Probleme keine Vermittlung durch Dritte brauchen. Die Völker Indochinas haben in der Einheitsfront gegen den US-Imperialismus gesiegt. Sie werden auch die Hegemonialbestrebungen des Sozialimperialismus zurückschlagen, wenn sie sich zusammenschließen. – (Z-Red.)

Die beiden Supermächte konkurrieren um das Monopol der Kupferproduktion und erpressen die Länder der Dritten Welt

Am 19. Dezember vermeldet „Blick durch die Wirtschaft“, daß der Kupferpapst der US-Imperialisten, B. Dodge, beschlossen habe, mit sofortiger Wirkung den Abgabepreis für Kupferkatoden um 3 auf 63 Cent je pound (454 Gramm) zu erhöhen. Lediglich der Blick auf die amerikanische Antitrustbehörde hätte ihn daran gehindert, auf 70 Cent je pound zu gehen. Die US-Imperialisten haben 2 Millionen Tonnen Kupfer gehortet. Durch Stützungskäufe haben sie das Militärregime in Chile gestützt, und über den Druck der Kupferhalden setzten sie ihre Preise durch. Mit der Manipulierung der Kupferpreise wollen sie die Konferenz der kupferproduzierenden Länder, die sich in der CIPEC 1967 zusammengeschlossen haben, unter Druck setzen und spalten. Die Länder Sambia, Zaire, Chile und Peru haben sich 1967 zusammengeschlossen, um sich gemeinsam gegen den Ausverkauf ihrer natürlichen Resourcen durch die Imperialisten zu wehren. Im Dezember 1977 sind sie zusammengekommen, um Maßnahmen gegen den weiteren Verfall der Kupferpreise zu beschließen. Die Kupferpreise sind von 1974 90 Cents je pound auf 1976 60 Cents je pound gefallen. Berücksichtigt man dabei die Schwindsucht des US-Dollar, so ist der Kupferpreis glatter Betrug. Die kupferproduzierenden Länder erhalten immer weniger Waren, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände für ihr gegen Dollar verkauftes Kupfer.

Die US-Imperialisten erpressen Chile durch hohe Zinsrückzahlungsforderungen auf US-Kredite. Chile hat an den Verhandlungen der CIPEC im Dezember 1977 nicht teilgenommen, was man einer schlichten Erpressung durch die US-Imperialisten zuschreiben kann. Die CIPEC konnte auf dieser Konferenz die Assoziierte Mitgliedschaft Jugoslawiens im Verband der Kupferproduzenten vermelden.

Kapitalexport und Militärputsch – die Rohstoffsicherung der US-Imperialisten

Mit 1,5 Milliarden Tonnen Bergwerksproduktion (1972) von Kupfer ist der US-Imperialismus der größte Kupferproduzent der Welt. Die Gier nach den Reserven der Rohstoffe der Welt deckt sich mit der Gier der Imperialisten nach Höchstprofit und der gegenseitigen Vernichtung. Die andere Supermacht ist der zweitgrößte Kupferbesitzer, und um sich weiteres Kupfer zu sichern, muß der US-Imperialismus mit Hilfe von Kapitalexport sich die Verfügungsgewalt über mehr Kupfervorräte sichern.

Im Dezember 1976 veröffentlichte die Deutsche Überseebank in Hamburg Daten zur Wirtschaftslage Chiles. Der amtierende Finanzminister, Cauas, so schreibt sie, bekommt einen Posten als Botschafter in Washington. Der Kettenhund hat ausgezeichnete Arbeit geleistet, zum ersten Mal war der volle Zinssatz für die ausländischen Kapitale aus den chilenischen Volksmassen herausgepresst worden, 860 Millionen US-Dollar. Zum Dank und zur Stützung hat der US-Ölkonzern Exxon für 235 Millionen DM 86 % der chilenischen Kupfermine Disputada aufgekauft. Gegenwärtig lagern unter seiner Fuchtel 2 Millionen Tonnen. Die setzt er ein, um den Kupferpreis und den Abbau von Kupfer auf der ganzen Welt zu kontrollieren. An die kupferproduzierenden Länder Afrikas und Südamerikas hat er Maschinen und Anlagen für den Kupferabbau verkauft. Die Maschinen und Anlagen stellen einen großen Teil des Reichtums der Völker dar. Das Kupfer muß abgebaut werden, die Anlagen sind auf eine jährliche Steigerung von 7% ausgelegt. Die Bergwerksanlagen und Maschinen wollen die Imperialisten aber bezahlt haben, deshalb nimmt die Verschuldung der kupferproduzierenden Länder ständig zu. Um die Kupferpreise weiter zu drücken, lassen die Imperialisten verbreiten, daß sie mit einem jährlichen Wachstum von 2% auskommen würden.

Kupfer – rotes Gold – die strategische Bedeutung des Kupfers

50% des Kupfers, das zur Verarbeitung kommt, wird in der Elektroindustrie verarbeitet. Ein Elektromotor besteht zu 60 bis 80 Prozent aus Kupfer. Eine Ausweitung des Einsatzes von Maschinen ist nicht denkbar ohne weiteren Einsatz von Elektromotoren. Die gesamte Umsetzung von Wärme oder elektrischer Energie in mechanische Energie beruht im wesentlichen darauf, daß Kupfer in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht. 672000 Tonnen Kupfer wurden 1972 in Westdeutschland verarbeitet, in den USA 2,9 Millionen Tonnen. In Westdeutschland wurden neben den 50% in der Elektroindustrie 20% im Baugewerbe verarbeitet und 7% in der Automobilindustrie. Die restlichen 23% werden nicht näher ausgeführt, aber für die Produktion von Patronenhülsen wird Messing, eine Kupfer-Zinn- Legierung verwandt. Die westdeutschen Imperialisten versuchen sich zwar gemeinsam mit den französischen Imperialisten in der Nähe von Straßburg mit der Entwicklung eines Gewehrgeschosses ohne Hülse mit ausschliesslich gepresstem Pulver, ohne Metallmantel, aber die Versuche scheiterten an der mangelnden Abdichtung der Gewehrverschlüsse, die beim Abfeuern eines Geschosses mit Messinghülse durch das Anlegen der Messinghülse an die Schloßwand abgedichtet wird. Der Handelskrieg wird geführt und die bewaffnete Auseinandersetzung um die Neuaufteilung der Welt wird vorbereitet, die Imperialisten versuchen sich die Verfügungsgewalt über die Rohstoffreserven der Erde gegenseitig abzujagen. Jeder der Imperialisten strebt nicht nur danach seinen eigenen Bedarf zu decken, sondern darüberhinaus der Konkurrenz die strategische Basis für ihre Raubzüge zu vermindern, zu schmälern, um so selber Vorteile im Handelskrieg und zu einer besseren Ausgangsposition für den Krieg zu gelangen.

Mit dem Gewehrlauf in der Tür von „Freundschaft und internationaler Arbeitsteilung“ reden

Mit einer auf 120000 angewachsenen Streitmacht hat sich der Sozialimperialismus im Süden Afrikas eingenistet. Angola, zweitgrößter Kupferproduzent der Welt, soll nach seinem Willen das Nest werden, von dem aus er seine Raubzüge nach Afrika hinein unternehmen will. Die Länder im südlichen Afrika bergen große Reichtümer an Rohstoffen. Im Kampf um die Vorherrschaft versuchen die Sozialimperialisten ihren Einfluß im Süden Afrikas auszudehnen. Zaire und Sambia sind konsequent gegen eine Einmischung der Supermächte im Befreiungskrieg des Volkes von Angola eingetreten und haben immer konsequent für eine Regierung der Nationalen Einheit in Angola ihre Stimme erhoben.

Im Frühjahr 1977 versuchten die Sozialimperialisten ihren ersten Angriff. Mit Katanga-Söldnern, in Zaire übriggebliebenen Truppen der alten Kolonialisten, versuchten sie die wichtigste Provinz Zaires, das Bergbau- und Kupferzentrum Shaba (ehemals Katanga) abzuspalten. Die Rechnung, die inneren Widersprüche des Volkes von Zaire für ihre Ziele auszunutzen, ist jedoch mißlungen. Im Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren festigten die verschiedenen Volksstämme ihre Einheit. So hatten pygmäische Elitebogenschützen entscheidend zur Befreiung der ersten größeren Stadt, die von den Invasoren besetzt wurde, beigetragen.

Die Sozialimperialisten waren isoliert und die OAU sicherte in einer Botschaft Zaire die Unterstützung beim Zurückschlagen der Invasion zu. – (Z-Red)

Kupfer für Zündhütchen

Die Weltproduktion von Kupfer hat sich in den letzten Jahren verdoppelt; es wurden 1905 insgesamt 708810 Tonnen erbeutet. Dieselmotoren werden zusehends durch platzsparende und wirkungsvollere Elektromotoren ersetzt. Diese weitreichende Entwicklung der Produktivkräfte erforderte die Steigerung der Kupferproduktion. In dem Maße wie der Elektromotor in allen kapitalistischen Nationen zum Einsatz gebracht wird, wird die Sicherung der Rohstoffe, die zum Bau der Motoren und für Leitungen notwendig sind, erforderlich. 1907 sicherte sich der deutsche Imperialismus in seinen Kolonien in Südafrika durch die Gründung der Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft die Produktion und den Transport der Kupfer-, Zinn- und Zinkvorräte. Die Imperialisten brauchen das Kupfer, denn ohne Kupfer keine Zündhütchen und ohne Zündhütchen kein Kupfer und keine Kolonien, das empfiehlt der Lexikonschreiber von Mayers der deutschen Bourgeoisie schon 1908.

1918 war der deutsche Imperialismus seine Verfügungsgewalt über die Rohstoffquellen Südafrikas wieder los. Die Otavi-Minen- und Transportgesellschaft wurde von einer Allianz der imperialistischen Siegermächte der Südafrikanischen Union unterstellt und die Bodenschätze durch das internationale Kapital geplündert.

Der nach dem Ersten Weltkrieg wieder aufstrebende deutsche Imperialismus verfügte über keinen direkten Zugriff auf das Kupfer. Der Plan, sich wieder Kupfer zu beschaffen, ist auch in der Metallstatistik der deutschen Metallgesellschaft veröffentlicht. Rußland wird dort geteilt in ein europäisches Rußland und ein asiatisches Rußland. Die Hüttenproduktion von Kupfer im europäischen Teil wird für das Jahr 1934 mit 40000 Tonnen und im asiatischen Teil mit 4100 Tonnen angegeben. Der Raum im Osten Europas, den der deutsche Imperialismus erobern wollte, war gefüllt mit Kupfer.

Heute, 1977, wird die gesamte Kupferproduktion der westlichen Welt und der Zugang zum Kupfer von 10 US-Konzernen beherrscht.

RGW: „Hilfe bei der Beseitigung des kolonialen Erbes“?

Die neue Bourgeoisie der DDR wird Vorstehhund / Die Sozialimperialisten bleiben die Hauptgeschäftemacher

Seit ihrem 25. Parteitag 1976 bereiten die Sozialimperialisten zielstrebig eine Offensive im Kampf um die Warenmärkte und Kapitalanlagesphären vor. Breshnew verkündete das „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitglieder des RGW“. Die „weitere Ausdehnung des Handels, der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“ wurde zu einer der Hauptstützen dieser Offensive der imperialistischen Geschäftemacherei für das „Planjahrfünft 1976 – 1980“ erklärt.

Die neue Bourgeoisie in der DDR hat den Ball, den ihr die Sozialimperialisten der UdSSR zugeworfen haben, mit Interesse aufgefangen. In der DDR-Zeitschrift „horizont“ mehren sich die Minister-Erklärungen über die „Uneigennützigkeit“ der RGW-„Hilfe“, die Bedeutung der RGW-Staaten als „natürliche Partner der jungen Nationalstaaten“ und der „Wirtschaftshilfe“ der RGW-Staaten als „entscheidender äußerer Bedingung“ für die „Beseitigung des kolonialen Erbes“ in den Staaten der Dritten Welt.

Von den RGW-Staaten wurde mit starker Beteiligung der DDR eine „Problemkommission“ eingerichtet für die Behandlung der Fragen der „Industrialisierung der Entwicklungsländer“. In der DDR läßt die Bourgeoisie speziell einen „Zentralrat der Asien-, Afrika-, Lateinamerikawissenschaften“ die zweimonatliche Zeitschrift „Asien, Afrika, Lateinamerika“ herausgeben, die sich z.B. mit der „Arbeitskräfteplanung der arabischen Länder“, mit der „Außenwirtschaft der Entwicklungsländer“ oder mit Fragen der „Gruppierung der Entwicklungsländer“ beschäftigt.

Das schlichte Geschäftsinteresse von imperialistischen Geschäftemachern bei all diesen theoretischen Anstrengungen und Erforschungen lugt trotz der ideologischen Verkleisterungsversuche daraus hervor. Es beginnt schon bei der Bilanz, die die DDR-Wissenschaftler über die „Hilfe bei der Beseitigung kolonialen Erbes“ vorstellen:

Die neue Bourgeoisie der DDR empfiehlt sich den Sozialimperialisten als Vorstehhund mit der Lieferung von 500 kompletten Anlagen in dem Zeitraum von 1955 bis 1974 an die Staaten der Dritten Welt. Das macht ein Sechstel der jetzt offiziell bekanntgegebenen 3000 „Objekte“ der RGW-Staaten in Ländern der Dritten Welt aus. Die UdSSR beanspruchen mit 900 Anlagen ein knappes Drittel dieser „Objekte“ für sich.

Rund 3/4 der „Finanzhilfen“ der UdSSR werden auf die Finanzierung von Industrieprojekten gerechnet. Bei der DDR sind es inzwischen über 70% der vergebenen Kredite. Die metallverarbeitende Industrie stellt die Hauptmasse der exportierten Güter. Der Maschinenbau dominiert. Lieferungen von Produktionsmitteln für die Textil- und Nahrungsmittelindustrie werden von den DDR-Wissenschaftlern an erster Stelle genannt.

„Damit trägt die DDR zur weiteren Festigung der ökonomischen Unabhängigkeit und Industrialisierung dieser Länder bei und schafft die Möglichkeit, den Bezug volkswirtschaftlich wichtiger Waren aus diesen Ländern zu erweitern“, kommentieren die Wissenschaftler der neuen Bourgeoisie der DDR.

Als besonderen Vorteil ihrer „Hilfen“ preisen die neuen Bourgeois, ebenso wie die sozialimperialistische Vormacht des RGW, die „Verrechenbarkeit“ ihrer „Hilfen“ an:

Bezahlt werden könne „in Form von traditionellen Exportgütern oder Produkten der nationalen Industrie einschließlich der Erzeugnisse der mit ihrer Unterstützung erbauten Betriebe“.

Das gibt schon eine genauere Vorstellung von dem „Bezug volkswirtschaftlich wichtiger Waren aus diesen Ländern“:

– Über die Handels-und Kreditabkommen sichern sich die DDR-Bourgeois per „Verrechnung“ die Zulieferung von Erdöl aus Irak und Syrien, ebenso die Zufuhr von Eisenerz, Rohphosphaten und Buntmetallen, also der wichtigen industriellen Grundstoffe. Brasilien, Kolumbien und Indien müssen Rohkaffee liefern. Neben Baumwolle muß Ägypten inzwischen auch mit Baumwollgarnen und -geweben für seine Kredite bezahlen.

Voller Neid blicken die DDR-Wissenschaftler auf die diesbezüglichen Errungenschaften der sozialimperialistischen UdSSR. Die Sozialimperialisten hätten es unter anderem bereits fertiggebracht, Guinea zu 30-jährigen Bauxitlieferungen „in Verrechnung“ zu zwingen.*

– Einig sind sich die neuen Bourgeois in der DDR mit den Sozialimperialisten darüber, daß „Gewinn“ sein muß. Bereits bei Abschluß der Verträge berücksichtigen das die Kreditgeber, nämlich über die Festsetzung der Umrechnungskurse für die „Verrechnung“, die sie diktieren. Sodann wird unterschieden zwischen „Staatskrediten“ und „kommerziellen Krediten“. Bei den „Staatskrediten“ muß die Tilgung in jährlich gleichen Raten innerhalb von 10 – 15 Jahren bei 2,5 – 3% Verzinsung erfolgen. Bei den „kommerziellen Krediten“ ist die erste Rate schon bei Vertragsunterzeichnung fällig, die zweite bei der Lieferung und die dritte gestreckt auf 5 – 8 Jahre bei 3 – 4% Zinsen.

– Der „Vorteil“ bei der „Tilgung aus den Einnahmen der Werke, die mit Hilfe der UdSSR gebaut wurden“, ist die Krönung dieser Geschäftemacherei. Es wird offenbar, daß es sich bei dieser „Hilfe“ um Neokolonialismus, bei der Kreditierung um Kapitalverwertung und bei der Tilgung seitens der Staaten der Dritten Welt auf Seiten der Sozialimperialisten und neuen Bourgeoisie um Kapitalaufhäufung handelt.

– Das besondere Interesse der imperialistischen Geschäftemacher aus dem RGW gilt den „Investitionen im staatlichen Sektor“. Diese Vorliebe ist gut zu verstehen. Das soll den Einfluß, auf den sie spekulieren, ergänzen durch Schaffung direkter politischer Abhängigkeit dieser Länder und den Sozialimperialisten und neuen Bourgeoisien des RGW Kontrolle verschaffen über die in gesellschaftliches Eigentum verwandelten Produktionsmittel der Völker der dritten Welt. Gleichzeitig wird durch die „Investitionen im staatlichen Sektor“ eine Voraussetzung geschaffen, um durch politische Erpressung die Volksmassen zum Objekt der Ausbeutung zu machen zwecks Sicherung des „Gewinntransfers“, wie es die Imperialisten der westlichen Prägung nennen.

Ägypten ist ein Beispiel für die knechtenden Bedingungen dieser unter Führung der Sozialimperialisten stehenden „Hilfe zur Beseitigung des kolonialen Erbes“. Der wichtigste Posten der Ausfuhr Ägyptens sind die Baumwolle und Baumwollprodukte. In den vergangenen Jahren machten sie je nach Ernte zwischen einem Viertel und der Hälfte des gesamten Werts der Ausfuhr aus. Die ägyptische Zentralbank veröffentlichte über den „Verkauf“ der Ernten des Jahres 1973 bis 1975 jetzt folgende Daten:

Exporte (Mio US-Dollar)	1973	1974	1975
in austauschbarer Währung	144,7	272,6	54,0
auf Verrechnungsbasis	281,3	390,4	316,7

Rund zwei Drittel der Ernte dieser Jahre sind also bereits „verrechnet“, h.h. verkauft und somit Gegenstand von Schuldentilgung. Über den Umfang dieser knechtenden Praxis der imperialistischen Geschäftemacher geben die DDR-Wissenschaftler Auskunft:

1974 hatte die UdSSR einen Gesamtumsatz von 9,6 Milliarden Dollar mit den Entwicklungsländern. Davon Export in die Entwicklungsländer 5,7, Import aus den Entwicklungsländern 3,9 Milliarden Dollar.

Die DDR-Wissenschaftler bemerken dazu: „1974 bestand die Hälfte des sowjetischen Imports aus diesen Ländern aus Rückzahlungen für sowjetische Kredite an diese Länder.“

Und weiter: „Bis jetzt (1976) haben die Entwicklungsländer der SU ungefähr ein Drittel ihrer Aufwendungen innerhalb der Zusammenarbeit zurückgezahlt.“

Es gehört schon eine ausgemachte imperialistische Profitseele dazu, bei dieser Ausbeuterbilanz gleichzeitig durch „Hilfe“-Beteuerungen und „Zusammenarbeits“-Beschwörungen Nebel zu werfen. Man versteht jetzt, daß Ägypten heute als bis 1971 hochgehaltenes „Musterland“ der „UdSSR-Hilfe“ mit 9 Milliarden Dollar allein gegenüber den Sozialimperialisten höher verschuldet ist als je zuvor. Dies, *obwohl* der ägyptische Minister für Bewässerung am 1. Januar die Überweisung der letzten Rate auf das seit 1958 mit den Sozialimperialisten bestehende Assuan-Kreditabkommen bekanntgeben konnte.

Die Methode der Erweiterung der Abhängigkeit der Staaten der Dritten Welt ist berechnet. Zieht man von dem Import der Staaten der Dritten Welt in die UdSSR die „verrechnete“ Hälfte ab, klafft sogleich ein riesiges Loch von 3,65 Mrd. Dollar in ihrer Zahlungsbilanz gegenüber der UdSSR. Damit ist für die imperialistischen Geschäftemacher bereits die nächste Gelegenheit für die Anwendung ihres Prinzips der „Hilfe bei Beseitigung des kolonialen Erbes“ ausgemacht.

Seit der Ministerpräsident der DDR, Sindermann, bei seiner „Freundschaftsreise“ durch Staaten des Nahen Ostens bis nach Indien im November/Dezember 1974 die Rolle der DDR als Vorstehhund des Sozialimperialismus bei der Durchsetzung dieser imperialistischen Geschäftemacherei anmeldete und noch im ersten Halbjahr 1975 „gemeinsame“ Wirtschaftskommissionen der DDR mit dem Irak, Syrien und Indien gebildet wurden, ist die Begeisterung der neuen Bourgeoisie der DDR für die „internationalen ökonomischen Beziehungen neuen Typs“ beständig gewachsen.

Daß die sozialimperialistischen Hauptgeschäftemacher, die UdSSR-Imperialisten, im vergangenen halben Jahre weitere Schläge der Völker hinnehmen mußten – so den Baumwollieferstopp durch die ägyptische Regierung und die Ausweisung ihres diplomatischen und militärischen Personals aus Ägypten und Somalia – bestärkt die Hoffnung der neuen Bourgeois der DDR, für sich selber in der Rolle des Vorstehhundes um so mehr herausschlagen zu können. Dafür haben sie auch bereits eine Bereicherung des Inventars der „Internationalen Arbeitsteilung“ ersonnen:

„Durch den erfolgreichen Prozeß der internationalen Entspannung ... ergeben sich neue Voraussetzungen der dreiseitigen Kooperation. Durch Zusammenarbeit sozialistischer und kapitalistischer Unternehmen werden in Entwicklungsländern industrielle Projekte in Angriff genommen, die in dieser Form vorhandene Reserven zu Nutzen der Entwicklungsländer erschließen helfen.“ („Asien, Afrika, Lateinamerika“) – (Z-Red)

* Trotz verschiedener Versuche Guineas, den Vertrag rückgängig zu machen, wird es von den Sozialimperialisten gezwungen, zur Abzahlung eines 90 Mio Dollar-Kredits für den Ausbau des Bergwerks Kindia 30 Jahre lang jährlich 2 Mio t Bauxit (fast die gesamte Produktion des Bergwerkes) an die Sowjetunion zu liefern – berechnet zu Weltmarktpreisen von 1969. Um das Ausmaß dieser Räuberei erfassen zu können, muß man wissen, daß die BRD-Imperialisten 1975 Bauxit für 51,56 DM pro Tonne importieren und einen Teil davon für 352,75 DM pro Tonne wieder exportieren.

Kampf der argentinischen Arbeiter und Bauern gegen USA-Imperialismus und einheimische Kompradoren

Gegenwärtig und vor allem Ende des letzten Jahres fanden in ganz Argentinien Streikkämpfe der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole und die einheimischen Kompradoren statt. Praktisch in allen Industriebereichen und vor allem im öffentlichen Dienst sind die Arbeiter zu Kampfaktionen angetreten. Automobilarbeiter, Hafenarbeiter, die Arbeiter in der Erdölindustrie, die Handelsangestellten, die Eisenbahner, die zeitweise das gesamte Streckennetz lahmlegten, ebenso die Metrofahrer in Buenos Aires. Kleinere Streiks haben in den Wasser- und Elektrizitätswerken stattgefunden, ebenso streikten die Piloten der staatlichen Luftfahrtindustrie. Die Forderungen, die bei diesen Streikaktionen aufgestellt wurden, waren einerseits Lohnerhöhungen sowie Forderungen nach politischen Rechten, nach Streikrecht und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie regelmäßig Forderungen nach Freilassung der politischen Gefangenen, die zu Tausenden in den Gefängnissen der Militärregierung eingekerkert sind.

Nach Angaben der UNO gibt es in Argentinien ca. 12000 bis 17000 politische Gefangene, die seit dem von den US-Imperialisten eingeleiteten Militärputsch vom März 1976 verhaftet worden sind. Davon sind mittlerweile über 6000 ermordet worden, unzählige sind vollständig verschwunden, einige zu meist hohen Haftstrafen verurteilt worden. Es vergeht keine Woche, wo nicht in Argentinien politische Demonstrationen stattfinden für die Freilassung der politischen Gefangenen.

Die Militärjunta ist im Jahre 1976 genau zu dem Zweck errichtet worden, die vielfältigen Formen der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kämpfe der Volksmassen gegen den Imperialismus und die inländischen Kompradoren, bürokratisches Kapital und Großgrundbesitz, zu brechen.

Gleichzeitig sollten Versuche früherer Regierungen, den Einfluß des Imperialismus durch Nationalisierungen von verschiedenen Industriezweigen zurückzudrängen, zunichte gemacht werden. Mit Kreditsperre und Druck von innen haben die Imperialisten, voran die US-Imperialisten, den Militärputsch betrieben. Die Verschuldung gegenüber den Imperialisten betrug damals schon 8,95 Milliarden Dollar, wovon 3,5 Milliarden 1976 zurückgezahlt werden mußten. Argentinien war praktisch auf die Kredite angewiesen, um die Schulden zurückzuzahlen. Fachkräfte wurden abgezogen, die Produktion gedrosselt sowie Arbeiter entlassen. Hauptzweck dieser Erpressungsmanöver waren die Errungenschaften der argentinischen Arbeiterklasse, erkämpfte gewerkschaftliche und politische Rechte wie das Streikrecht, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu zerschlagen. Damit wurde auf die Tatsache reagiert, daß zunehmend der politische Bruch mit dem Peronismus, der lange Zeit die Arbeiterbewegung gefesselt hat, vollzogen worden ist durch die argentinische Arbeiterbewegung.

So leitete die Militärjunta unter General Veleda sofort umfangreiche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse, die Bauern und Volksmassen ein, um die Profite der Imperialisten zu sichern. Streikverbot, teilweises Gewerkschaftsverbot, vollständiger Lohnstopp. Die begonnenen Nationalisierungen wurden rückgängig gemacht. Mittlerweile berichtet die imperialistische Presse stolz, daß große Teile der verstaatlichten Industrie in die „freie Marktwirtschaft rückgeführt worden sind“.

So wurde Argentinien nach dem Militärputsch dann auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) ein großer Kredit gewährt (300 Millionen Dollar), „zur Unterstützung des 1976 von der argentinischen Regierung in Kraft gesetzten Finanzierungsprogramms“. Mittlerweile ist ein heftiger Konkurrenzkampf um den argentinischen Markt und vor allem um die billigen Arbeitskräfte und die Rohstoffressourcen des Landes entbrannt. Die Sozialimperialisten sind dabei die Hauptkonkurrenten des US-Imperialismus, gefolgt von den BRD-Imperialisten. Die Sowjetunion ist der größte Handelspartner und in Form von sogenannten Kompensationsgeschäften der größte Abnehmer von Fleischwaren sowie Getreide. Dafür liefert die Sowjetunion Maschinen und setzt sich vor allem in der Schlüsselindustrie des Landes fest, so z.B. beim Bau eines riesigen Wasserkraftwerkes am Parana, einem Nebenfluß des Rio de la Plata.

Der BRD-Imperialismus steht dem kaum nach. Argentinien hat von der Deutschen Bank im September letzten Jahres eine Anleihe von 100 Millionen Mark bekommen zu einem Zinssatz von 7,5%. Dieser Kredit muß 1984 zurückgezahlt werden. Argentinien ist mittlerweile noch höher verschuldet, nämlich mit 10,3 Milliarden Dollar.

Bezahlen müssen die imperialistische Ausbeutung die argentinischen Volksmassen. Das Land hat die höchste Inflationsrate der Welt. 170% wird offiziell gerechnet. Die Verelendung der Arbeiter und Bauern schreitet voran.

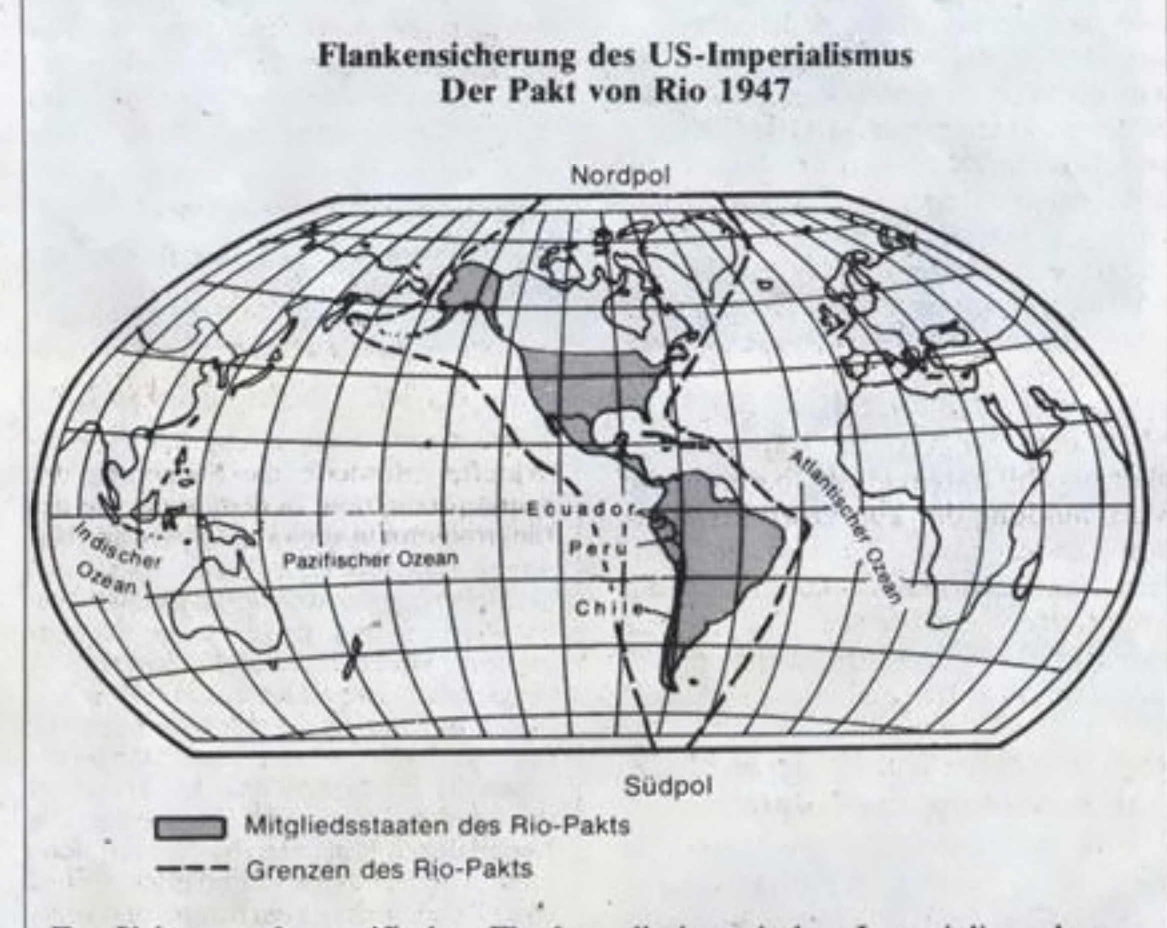
Der gleich nach dem Putsch verhängte Lohnstopp (der niedrigste Grundlohn beträgt um 225 DM monatlich) sowie das Verbot von Streiks ist praktisch trotz großangelegter Unterdrückungsmaßnahmen immer wieder durchbrochen worden. 10000 Renault-Arbeiter streikten letztes Jahr für mehr Lohn und politische Rechte. Die Ende letzten Jahres durchgeführten Streiks endeten alle mit einem, wenn auch oftmals begrenzten Erfolg der Arbeiter. Gestaffelte Lohnerhöhungen bzw. vollständige Erhöhungen mußten die imperialistischen Konzerne und die Regierung fast überall zugestehen. Ein Beispiel ist das Ergebnis des Kampfes der Belegschaft der Gesellschaft für das Post- und Fernmeldewesen „Encotel“, wo die Belegschaft eine Lohnerhöhung von 80% durchsetzte.

Alle Streikaktionen sind trotz rigoroser Unterdrückung durch die Konzerne und die Militärdiktatur durchgeführt worden. Die Kapitalisten versuchten, die Arbeiter zu spalten, indem sie das einheitliche Lohnsystem, was sich die Arbeiter teilweise früher erkämpft haben, zu durchbrechen suchten durch Prämiensysteme verschiedenster Art, „gerechter Leistungslohn“, wie sie sagen. „Nur wenn das nicht ausreicht“, so der Chef einer Niederlassung eines deutschen Chemiekonzerns, „wird Militär in die Fabrik gerufen.“ (Handelsblatt)

Immer wieder werden Verhaftungen von Streikführern und Arbeitern durchgeführt, um den Widerstand zu brechen. Besonders heftig wird der Kampf im öffentlichen Dienst geführt. Im Februar letzten Jahres wurde die Arbeitszeit in den öffentlichen Diensten von 35 auf 43 Stunden angehoben, gleichzeitig eine riesige Rationalisierungswelle eingeleitet. Bei den Eisenbahnern sollen von 100000 Angestellten knapp die Hälfte entlassen werden. Teile der Strecken werden stillgelegt.

Der Streik wurde bei der Metro und der Eisenbahn geführt. Nachdem er Ende Oktober zum Zwecke von Verhandlungen eingestellt worden ist, ist er am 2.11. wieder aufgenommen worden. Insgesamt lief er über zwei Wochen in verschiedener Stärke und verschiedenen Kampfformen wie Bummelstreik, plötzliche Unterbrechung sowie vollständige Bestreikung, und führte zum Zusammenbruch des ganzen Netzes. Militär wurde eingesetzt, um die Hauptlinien aufrechtzuerhalten. Forderungen bei der Wiederaufnahme des Streiks waren: 1. Wiederfreilassung der Festgenommenen, 2. Ablehnung des Angebots der Regierung von 34% bis 48% und Beibehaltung der Forderung von 80 bis 100% Lohnerhöhung. Nach Meldung der bürgerlichen Presse war der Streik erfolgreich und konnten die Arbeiter und Angestellten Lohnerhöhungen erkämpfen, die weit höher lagen, als das Angebot der Regierung.

Im ganzen Land werden verschiedene mutige Aktionen von Arbeitern, Bauern, Studenten und Guerillagruppen durchgeführt, bewaffnete Aktionen gegen den Staatsapparat, die Imperialisten und die Kompradoren. Vor kurzem berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, daß das Militär eine illegale Fabrik zur Herstellung von Störsendern ausgehoben hat, mit der die Übertragungen der Fußballweltmeisterschaften unterbrochen und revolutionäre Sendungen versandt werden sollten. Eine solche Entwicklung, vor sollten. Eine solche Entwicklung, vor allem die Kämpfe der Arbeiter, machen die Imperialisten unruhig. Zwar ist es ihnen gelungen, die Ausbeutungsbedingungen zu verbessern, auch der Arbeiter- und Bauernbewegung Schläge und Verluste zu versetzen. Aber die Kämpfe der Massen wurden nicht zerschlagen. Gegenwärtig redet die imperialistische Presse viel vom Terror in Argentinien, womit die Kämpfe der Volksmassen gemeint sind. Gleichzeitig wird die Militärregierung kritisiert, weil sie „die Herrschaft des Gesetzes in die Unterwelt des Terrors absinken“ ließ, und „dadurch die stärkste Waffe im Kampf gegen den Terrorismus, die moralische Autorität, fallengelassen habe“ (Carter). Besonders der US-Imperialismus, der die Militärregierung in den Sattel gehoben hat, tut sich dabei hervor. US-Außenminister Vance übergab im November der Militärjunta ein Memorandum über die politischen Gefangenen in Argentinien und führte dazu aus, daß die Frage der politischen Gefangenen nach Ansicht der US-Regierung „eine Bedrohung für die an sich schon gefährdete Stabilität der Regierung bedeutet“. Die politischen Absichten sind klar. Wenn die Imperialisten von „Terror“ reden, dann meinen sie den Nationalen Befreiungskampf und die proletarische Revolution. Wenn der US-Imperialismus die Junta mit „Menschenrechtsverstößen“ droht, dann um Ausbeutung und Unterdrückung parlamentarisch zu vernebeln. So soll die Revolution verhindert werden. Die Absicht ist, neue Verbrechen gegen die Völker der Welt vorzubereiten und durchzuführen, wozu erst einmal die eigene Weste etwas reingewaschen werden soll. Der US-Imperialismus will sich weiterhin die Profite in Argentinien sichern. Auf die Dauer wird das seinen Untergang nicht aufhalten. Die unterdrückten Volksmassen Argentiniens werden sich unter Führung der Arbeiterklasse von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreien. – (Z-Red.)



Zur Sicherung der pazifischen Flanke – die japanischen Imperialisten hatten den US-Imperialisten 1941 bei einem Angriff auf Pearl Harbor fast die gesamte Flotte versenkt – schlossen die US-Imperialisten mit den südamerikanischen Staaten den Pakt von Rio, 1947.

Sie beschlossen „automatische Beistandspflicht bei Angriffen, die von auswärts auf ein genau umschriebenes Gebiet erfolgen.“
Zur Sicherung des pazifischen Gebiets 1952 ein Abkommen mit Peru über die Leistungen der militärischen Stationen.

1962 ein Abkommen mit Chile über die Errichtung einer Wetterstation in Punta Neuas. 1975 legen sie ihre militärischen Interessen offen. Abkommen mit Ecuador über Stationen, die der Verfolgung und Beobachtung von Satelliten dienen.

Die Völker der Welt werden die US-Imperialisten von ihren Stützpunkten rund um die Welt verjagen müssen, wollen sie nicht ständig bewaffneten Drohungen ausgesetzt sein.

Referendum in Chile: Schmutziges Manöver des US-Imperialismus

In den letzten Monaten hat es in Chile verschiedene Streiks und Kampfaktionen der Arbeiter gegeben. Bummelstreiks im Hafen von Valparaiso, Streiks der Kupferminenarbeiter von El Teniente. Die Kampfaktionen richten sich gegen die zunehmende Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole, die das Land ausplündern, und gegen die politische Unterdrückung durch die vom USA-Imperialismus eingesetzte Militärjunta Pinochet. An verschiedenen Stellen des Landes ist den Faschisten eine Bombe unter dem Sessel losgegangen.



Pinochet handelte sich mit dem Referendum die ersten Massendemonstrationen seit Errichtung der Junta ein.

Die Lage der Massen in Chile hat sich in den letzten Jahren rapide verschlechtert. Offiziellen Statistiken zufolge wären 1727 Pesos notwendig, um eine fünfköpfige Familie mit dem Notwendigsten zu ernähren. Da der offizelle Monatslohn aber bei 1190 Pesos liegt, ist das nicht möglich. Spaltung der Arbeiterklasse und Einsatz der industriellen Reservearmee ist ein weiteres Mittel der imperialistischen Monopole, sich hohe Profite zu sichern. Die Arbeitslosenrate beträgt offiziell 19%.

Die Pinochet-Regierung hat ein „Mindestbeschäftigungsprogramm gegen die Arbeitslosigkeit“ eingeführt, das ein Programm zur rigorosen Senkung des Lohns unter das Existenzminimum beinhaltet. Demnach können die imperialistischen Konzerne und Kapitalisten Arbeitslose mieten, die 505 Pesos im Monat bekommen, keinerlei Rechte haben sowie keine Sozial- und Rentenversicherung bekommen. Dagegen richtet sich der Widerstand der chilenischen Arbeiter- und Volksmassen, und das ist auch der Grund, daß die Junta ein Referendum durchführen mußte, das ihre Herrschaft legitimieren sollte.

Zum andern will Pinochet den Anschein der „Unabhängigkeit des Landes“ geben. Das muß er, weil weltweit offensichtlich ist, daß die Junta eine Agentur des USA-Imperialismus ist.

Die Junta knüpft dabei an der Tatsache an, daß Chile jahrzehntelang dem heftigen Konkurrenzkampf der Imperialisten ausgesetzt war und in den letzten Jahren insbesondere den beiden Supermächten ausgesetzt ist, die das Land ausplündern und die Massen ausbeuten. So hatten sich die Sozialimperialisten bei ihrer imperialistischen Expansion nach Lateinamerika gerade unter der Regierung Allende über Chile ein Sprungbrett auf diesen Kontinent gesichert. Demagogisch lautet deshalb auch der Text des Referendums:

„Angesichts der internationalen Aggression gegen die Regierung unseres Landes unterstütze ich Präsident Pinochet bei der Verteidigung der nationalen Würde Chiles, und ich bestätige die Legitimität der Regierung, souverän die Institutionalisierung des Landes zu leiten.“ Die Militärjunta hat das Referendum gegen einen Bericht einer Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO durchgeführt, die hauptsächlich aus Vertretern der Dritten Welt zusammengesetzt ist, und der die Lage der chilenischen Massen und die politische Unterdrückung behandelt. Das ganze ist ein abgefeimtes Manöver im Auftrag des USA-Imperialismus, die Völker der Dritten Welt zu zerspalten und zu zersplittern.

Pinochet knüpft am berechtigten Interesse der Staaten und Völker der Dritten Welt und somit auch des chilenischen Volkes an nationaler Unabhängigkeit an, um gleichzeitig die Empörung der Völker über die Verbrechen des USA-Imperialismus in Chile und damit auch der Junta zu brechen und abzulenken auf die UNO und Vertreter der Dritten Welt.

Für dieses schmutzige Manöver hat sich Pinochet ein miserables Ergebnis eingehandelt. Die ersten Massendemonstrationen seit Errichtung der Junta haben stattgefunden, getragen von Arbeitern und Angehörigen verschleppter Kämpfer gegen Imperialismus und Faschismus. Das Ergebnis, laut Regierungsangaben 75% mit „Ja“, 20% mit „Nein“ und 5% ungültig, ist direktes Ergebnis des mutigen Kamfes der chilenischen Arbeiter und Bauern, die erneut Kraft gewinnen im Kampf gegen USA-Imperialismus und die einheimischen Kompradoren.

Wenn nachträglich das USA-Außenministerium im Gleichklang mit dem Sozialimperialisten Kritik am Referendum übt, so ist das nichts weiter als eine üble Heuchelei beider Supermächte.

Die Sowjetunion versucht mit allen Mitteln ihre imperialistische Expansion nach Lateinamerika voranzutreiben. Daß das US-Ministerium vom „Fehlen demokratischer Freiheiten“ spricht, ist kein Widerspruch zur Tatsache, daß die USA-Imperialisten die Junta selbst installiert haben und üble Manöver durchführen lassen. Die USA-Imperialisten fürchten seit langem, daß die Klassenwidersprüche in Chile eine solche Schärfe annehmen, die zum Ausbruch der Revolution führen muß, wenn es ihnen nicht gelingt, rechtzeitig Teile der Nationalbourgeoisie, die heute in Opposition zum Faschismus stehen, auf ihre Seite zu ziehen und sich selber die Weste reinzuwaschen. Deshalb unterstützen die USA-Imperialisten heute auch gleichzeitig bürgerliche oppositionelle Kräfte in Chile. Ihre Sorge um die „Menschenrechte“ ist wie die der Sozialimperialisten die Sorge um die Profitquellen. – (Z-Red.)

BRD-Imperialisten: Erbitterte Feinde des Befreiungskampfes der Völker

„Brot für die Welt und Arbeitsplätze für die BRD" – Sozialdemokraten versuchen, dem BRD-Wolf das Schafsfell überzuziehen

„Wir brauchen eine Art Marshall-Plan für die Entwicklungsländer", erklärte Marie Schlei, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, auf dem Entwicklungspolitischen Kongreß der SPD 1977:

„Mit einem solchen Programm könnten Projekte in den Entwicklungsländern gefördert und gleichzeitig Arbeitsplätze in der BRD gesichert werden."

„Brot für die Welt, Arbeitsplätze in der BRD", so stellen die Sozialdemokraten die „Entwicklungspolitik" des westdeutschen Imperialismus vor. Die Bilanz der Politik des BRD-Imperialismus wird mit dieser Doktrin frech umgelogen und verschleiert. Werfen wir einen Blick auf ihre Ergebnisse:

BRD	1970	1975	plus/minus in %
geleistete Arbeiterstd.	12,2 Mio.	9,3 Mio.	– 24
Industrieumsatz (DM)	529 Mrd.	733 Mrd.	39
Auslandsumsatz (DM)	102 Mrd.	172 Mrd.	69
Kapitalexport			
– in Industrieländer	14,8Mrd.	34,8Mrd.	134
– in Entwicklungsländer	6,2Mrd.	14,9Mrd.	139
Arbeitslose	0,15 Mio.	1,07 Mio.	613

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober hat Egon Bahr, der Vorgänger von Marie Schlei und jetzige Geschäftsführer der SPD, versucht, die Gewerkschaften vor den Karren dieser durch und durch betrügerischen Doktrin von „Brot für die Welt, Arbeitsplätze für die BRD" zu spannen:

„Anderen Ländern helfen, ist nur möglich durch Produktionen, die in den Industrieländern – also auch bei uns – liegen. Der Bedarf ist da. Die Produktionsmittel sind da. Die Arbeiter sind da. Es liegt auch in unserem Interesse, im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen ... Ein Konzept dafür wird die SPD nicht entwickeln ohne die Erfahrung, die Auffassungen, die Interessen der Gewerkschaften."

Als „Weg zur Vollbeschäftigung" versuchen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer diese Praxis der imperialistischen Expansion an den Mann zu bringen.

Das ist durch und durch verlogen. Die industrielle Reservearmee, die sich in den letzten Jahren in der BRD wie in den anderen imperialistischen Ländern erheblich erweitert hat, wird gesetzmäßig durch die kapitalistische und imperialistische Profitmacherei selbst hervorgebracht, weil die Verwertung des Kapitals in der BRD wie in den anderen imperialistischen Ländern auf Schranken stößt. Die Kapitalisten versuchen diese Schranken zu „überwinden" durch die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter und die vermehrte Ausplünderung anderer Völker und Länder, und nicht durch „Brot für die Welt" und „Arbeit für die BRD".

„Brot für die Welt" und „Arbeit für die BRD".

Keinen Deut weniger betrügerisch und verlogen ist also diese Parole der BRD-Imperialisten gegenüber den Staaten und Völkern der Dritten Welt:

„Wir stellen mit unserer Hilfe einen gewissen, wenn auch geringen Ausgleich her zwischen dem Überfluß bei uns und der materiellen Not der Menschen in den Entwicklungsländern. Dieser Ausgleich ist gerechtfertigt, weil unser Lebensstandard auch ermöglicht wird durch niedrige Löhne dort und niedrige Rohstoffpreise, die dort gemacht werden",

erklärte die Bundesministerin Marie Schlei am 24. Oktober 1977 im Bundestag. Kurz vor Jahresende erschien der „Dritte Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung". Die mitgeteilten Tatsachen enthüllen, was hinter der Heuchelei von „Ausgleich" und „Zusammenarbeit" auf seiten des BRD-Imperialismus steckt. Auf eine Gesamtschuld von *500 Mrd. DM* wird die Verschuldung der Länder der Dritten Welt inzwischen geschätzt.

„Gegenüber der BRD sind die Entwicklungsländer mit 75,7 Mrd. DM verschuldet ... Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit hat die Bundesregierung bis zum 31. Dezember 76 Darlehensverträge über rund 29 Mrd. DM abgeschlossen. Die Auszahlungen betragen rund 20 Mrd. Mark. Die darauf bisher fälligen Tilgungen von rund 3,4 Mrd. Mark sowie die *Zinsen in Höhe von rund 3,6 Mrd. DM* sind – abgesehen von relativ geringen Beträgen – vertragsgemäß bezahlt worden ..."

Die BRD-Imperialisten sind inzwischen unter den Völkern der Dritten Welt bekannt als gnadenloser Eintreiber von Schulden, und neben den USA-Imperialisten Hauptbetreiber der fortwährend zunehmenden Erpressertätigkeit und direkten imperialistischen Einmischung von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Forderung der Staaten der Dritten Welt nach Erleichterung der Kreditbedingungen und Rückzahlungsverpflichtungen, sowie nach einem Moratorium über die Streichung der bisherigen Schulden, vorgetragen auf der Welthandelskonferenz 1976 in Nairobi, wurde dort von den BRD-Imperialisten am frechsten und kompromißlosesten abgelehnt, was allgemeine Empörung hervorrief.

Anfang Juni 1977 fanden in Paris auf der Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) darüber erneut Verhandlungen zwischen der „Gruppe der Neunzehn", den Vertretern der Dritten Welt, und den westlichen Imperialisten statt. Erneut verweigerten die Imperialisten jedes Eingehen auf die Forderungen der Länder der Dritten Welt: Die Verhandlungen über die „Verschuldung der Entwicklungsländer" blieben ergebnislos.

„Die Gruppe der 19 ist daher der Auffassung, daß die Ergebnisse der KIWZ die gesteckten Ziele eines umfassenden und gerechten Aktionsprogramms zur Errichtung der neuen internationalen Weltwirtschaftsordnung nicht erreicht haben",

heißt es im Kommuniqué der Konferenz.

Unter anderem Guayana hat inzwischen die Auflösung des Hauptinstruments der imperialistischen Erpressepolitik verlangt, des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Interessen der BRD-Imperialisten und entsprechenden Zielsetzungen ihrer soziallliberalen Geschäftsführer gehen in die entgegengesetzte Richtung:

„Den in den letzten Jahren erhobenen Forderungen der Entwicklungsländer nach pauschalen Umschuldungsregelungen ist die Bundesregierung entgegengetreten",

brüstet sich der „Entwicklungspolitik-Bericht".

Für den Fall der „Zahlungseinstellung" seitens der Staaten der Dritten Welt verlangen die Geschäftsführer der BRD-Imperialisten:

„Die Umschuldung findet im sogenannten Gläubigerklubverfahren statt und wird durch bilaterale Verhandlungen vollzogen ... der Schuldner verpflichtet sich, zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds ein Stabilisierungsprogramm auszuarbeiten und unter seiner Anleitung durchzuführen ..."

In den Organisationen, die sich die Finanzkapitalisten der westlichen imperialistischen Länder zwecks Sicherung ihrer Ausbeutung der Völker geschaffen haben, hat sich das BRD-Finanzkapital inzwischen auf den zweiten Rang hinter den USA vorgeschoben:

Die Weltbank bewilligte 1976/77 Darlehen in Höhe von 5,8 Mrd. Dollar. „Zu den ergiebigsten Quellen für die von der Weltbank aufgenommenen Mittel gehörte mit 1,2 Mrd. Dollar 1976/77 der deutsche Kapitalmarkt" erklärt die Regierung stolz. Nicht anders in der Weltbank-Unterorganisation International Development Agency (IDA), die sich, wie in dem nebenstehenden Beispiel des Landwirtschaftsprojekts in Kenia, vor allem um die Herstellung der Voraussetzungen des Kapitalexports kümmert. An der IDA halten die BRD-Imperialisten inzwischen einen Kapitalanteil von 11%.

Entsprechend wirken die BRD-Imperialisten inzwischen in der „Asiatischen" und in der „Interamerikanischen Entwicklungsbank". Mit besonderem Interesse registrieren die BRD-Imperialisten ihren wachsenden Einfluß auf die „Afrikanische Entwicklungsbank".

Die „Afrikanische Entwicklungsbank" wurde 1963 gegründet und war bisher trotzdem kaum bekannt. Der Grund: Die afrikanischen Staaten hatten den Imperialisten die Mitgliedschaft verweigert. 1973 gelang es den Imperialisten, die afrikanischen Staaten zur Bildung eines Sonderfonds der Bank unter ihrer Beteiligung zu zwingen. Die BRD-Imperialisten gehören zu den Gründungsmitgliedern dieses Fonds. Inzwischen haben sie auch hier einen Kapitalanteil von 10,15%, stellen ab Anfang 1977 einen Geschäftsführenden Direktor mit Sitz in Abidjan (Elfenbeinküste) und erklären befriedigt, daß der Einfluß des „Sonderfonds bereits ebenso groß sei wie der der Mutterbank".

Die BRD-Imperialisten verfolgen gegenüber den afrikanischen Staaten handfeste Interessen: Einen Großteil der wichtigen Rohstoffe beziehen die BRD-Imperialisten aus den afrikanischen Ländern. Bei dem Gesamtaußenhandelsüberschuß von 34,4 Mrd. DM müssen die BRD-Imperialisten zähneknirschend feststellen, daß ihre Außenhandelsbilanz gegenüber den Staaten Afrikas aufgrund der Rohstoffimporte negativ ist: Importen von 14,7 Mrd. DM stehen bloß Exporte in Höhe von 11,1 Mrd. DM gegenüber.

Gleichzeitig erstarkt der revolutionäre Befreiungskampf der afrikanischen Völker, und trotz der nach wie vor gewaltigen und anwachsenden Last der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung wächst ihre Fähigkeit zur wirtschaftlichen Selbständigkeit gegenüber dem Imperialismus.

Die Rechnung der BRD-Imperialisten ist, die heftige Rivalität um die Vorherrschaft auf dem afrikanischen Kontinent zwischen den beiden imperialistischen Hauptausbeutern USA und UdSSR und ihr ständig weiter sinkendes Ansehen bei den Völkern ausnutzen zu können, um sich auf diesem Kontinent einnisten und eine feste Basis verschaffen zu können.

Um so entschiedener treten sie mit diesen Ambitionen gegen die Forderungen der Staaten der Dritten Welt auf, vor allem der nach dem Recht, „ausländische Investitionen allein nach nationalem Recht zu enteignen". Die BRD-Imperialisten verlangen ultimativ „auf internationalen Konferenzen (die Anerkennung) jener Grundsätze, die Voraussetzungen für ein günstiges Investitionsklima sind". Sie „warnen" davor, die Kolonialistenregimes im Südlichen Afrika „zu isolieren", weigern sich nach wie vor, die Beziehungen abzubrechen und drohen mit der „Anwendung ihres wirtschaftlichen Einflusses". Sie sind erste Spekulanten auf die Ausbeutung des immer noch versklavten Namibia und große Spalter gegenüber der Patriotischen Front in Zimbabwe. Infolgedessen sind die BRD-Imperialisten inzwischen den afrikanischen Völkern als erbitterte Feinde ihres Kampfes um die politische Unabhängigkeit bekannt und stoßen ebenso wie die Supermächte auf Widerstand.

Da ist es nicht erstaunlich, daß sich die BRD-Imperialisten seit mehr als anderthalb Jahren Gedanken machen über die Ausdehnung des Operationsgebietes der NATO nach Süden und ihre sozialchauvinistischen Predigten immer ahnungsvoller und düsterer werden, wie z.B. die von Brandt auf dem IGM-Gewerkschaftstag:

„Ich sage euch, ohne zu dramatisieren: Wenn es in den vor uns liegenden fünf bis zehn Jahren nicht gelingt, den Ressourcentransfer zu beschleunigen, und zwar ohne bei uns den Lebensstandard zu senken, dann wird uns der Teufel holen. Denn dann werden sich Milliarden von Menschen in Bewegung setzen gegen etwas, daß sie nicht mehr für tragbar halten ..."

Als herben Schlag gegen ihre sozialchauvinistischen Anstrengungen und betrügerischen Vorstellungen von „Entwicklungshilfe" spüren die Sozialdemokraten die Antwort, die die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier diesen Agenten des Imperialismus gegeben haben:

„Der Elfte ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier erklärt sich solidarisch mit allen Völkern, die für ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit und die Beseitigung des Kolonialismus und Imperialismus kämpfen. Wir unterstützen sie in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrükkung. Wir fordern die Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten, deren unverzichtbarer Bestandteil die Legalisierung der Gewerkschaften ist." (einstimmig angenommen) – (Z-Red.)



„,... Ich habe manche Leute sagen hören, daß wir die weiße Regierung im Südlichen Afrika unterstützen müßten, komme, was mag, da sie antikommunistisch sei. Dabei ist es so, daß die anhaltende Verweigerung rassischer Gerechtigkeit im Südlichen Afrika die Möglichkeiten der Intervention von außen förmlich einlädt.' ... So der amerikanische Außenminister. Ich stimme ihm zu ..." (Egon Bahr in der Bundestagsdebatte vom 27.10.77)



„... In diesen Tagen versuchen die Imperialisten neue Manöver, um Vorwände zu schaffen für eine direkte bewaffnete Intervention als dem letzten verzweifelten Versuch, ihre Herrschaft über Zimbabwe zu erhalten. Diese Manöver schlagen sich in den nutzlosen Versuchen des Rassisten Smith nieder, mit afrikanischen Marionetten ins Geschäft zu kommen. Diese Manöver sind die Antwort der Imperialisten auf die Erfolge der ZANLA-Streitkräfte.
In diesem Augenblick ist es richtig, wenn die kämpfende Arbeiterklasse eine Kompanie der ZANLA ausrüstet und bis an die Zähne bewaffnet." (aus dem Aufruf der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU))

Bewässerungsprojekt in Kenia: Vorbereitungen für den Kapitalexport

Nach „Weltbank"-Maßstäben gehört Kenia zu den „Ärmsten der Armen" unter den Staaten der Dritten Welt. Die 13,4 Millionen Einwohner dieses in Ostafrika um den Äquator gelegenen Landes nähren sich zum großen Teil durch Nomadenwirtschaft und aus kleinbäuerlicher Existenz. Als Brutto-Sozialprodukt pro Kopf verzeichnet die Weltbank 1975 220 Dollar.

Im Osten Kenias finanziert jetzt die Weltbank mit 91,7 Mio Dollar ein „Bewässerungsprojekt". Im BRD-Fernsehen wird es alle Nase lang als großherzige Tat der Imperialisten vorgestellt. Durch Seßhaftmachung von Nomaden solle, so heißt es, die mit ihren herumziehenden Herden verbundene Gefahr der größeren Versteppung und infolgedessen der Dürre bekämpft werden.

5150 Nomadenfamilien, insgesamt 36000 Menschen, sollen angesiedelt werden. Auf künstlich bewässerten Feldern werden Mais und Bohnen angebaut und in einem Versorgungscamp gelagert. Die Nomaden werden mit Nahrung versorgt unter der Bedingung, daß sie im projekt mitarbeiten. „Zum Versorgungscamp im Projekt von Kalkadakka kommen viele nur, weil sie der Hunger treibt." (Korrespondentenbericht in Heute, ZDF, September 1977)

Im Jahresbericht der Weltbank von 1977 werden solche Bewässerungs-und Agrarentwicklungsprojekte gekennzeichnet: „Diese Projekte umfassen unter anderem den Aufbau von Institutionen." „Die notwendigen sozialen, gesundheitsfürsorgerischen und verwaltungsmäßigen Einrichtungen werden zur Verfügung gestellt." „Mit diesen Projekten hat sich die Bank unmittelbarer in den Dialog mit den Regierungen über die Preisbildung, Subventionen, die Exportpolitik und die Verwaltungsreform eingeschaltet."

Das sei deshalb eine günstige Entwicklung, weil „ein Entwicklungsland von sich aus ein gesundes Investitionsklima schaffen muß. Dazu gehören: Innenpolitische Stabilität, solide Finanz-und Wirtschaftspolitik und Schutz des privaten Eigentums." (Politik der Partner, Informationsschrift des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Mai 1976)

Das Projekt in Kenia hat den Zweck, freie Nomaden in Lohnarbeiter zu verwandeln. In der oben zitierten Broschüre werden solche Projekte als Vorhaben bezeichnet, „die keinen Gewinn abwerfen, weil sie zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben die Infrastruktur verbessern." „Erst nachdem eine Infrastruktur besteht, kann man mit einer Industrialisierung mittels privater Investitionen beginnen." (Politik der Partner ...)

Das Bewässerungsprojekt in Kenia werde langfristig nur Erfolg haben, wenn im Anbau von Mais und Bohnen Überschuß produziert werde. Aus dem Erlös der Vermarktung dieses Überschusses müsse man Kunstdünger kaufen, damit der Boden nicht so rasch ausgelaugt werde. Die BRD-Imperialisten sind einer der Hauptmonopolisten für Kunstdünger auf dem Weltmarkt. In der Informationsschrift der Bundesregierung heißt es dazu befriedigt: „Das Agrarwunder der ‚Grünen Revolution' ist allerdings auch kostspielig. Die neuen Sorten (an Getreide) benötigen viel Kunstdünger. Gedüngter Boden braucht mehr Wasser. Das bedeutet größere Bewässerungsanlagen, größere Mengen Unkrautbekämpfungsmittel, (...), umfangreichere Beratungsdienste und schließlich Forschungsarbeit, um die Ausbaumethoden den lokalen Verhältnissen anzupassen." Dies „birgt die Gefahr, daß sich soziale Ungerechtigkeit verstärkt, weil Großgrundbesitzer die Voraussetzungen für die ‚Grüne Revolution' leichter schaffen können." (Politik der Partner)

Die Schaffung von Investitionsmöglichkeiten für die Imperialisten geht einher mit der Unterwerfung der selbstständigen Nomadenvölker, mit der Ruinierung der kleinen Bauern. Getrieben von der Gier nach Profit versucht das imperialistische Kapital sie in die Fessel der Lohnarbeiterexistenz zu pressen. – (Z-Red)

Kommunistische Volkszeitung